Nr. 32. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 7. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Schweinburgsche Statistik.

Mit der Skrupellosigkeit, die sie seit jeher ausgezeichnet hat, setzt die agrarische Presse ihre statistischen Fälschungen ungeniert fort, mögen ihr auch immer wieder die gröbsten „Irrungen" nachgewiesen werden. So leisten sich neuerdings die Schweinburgschen „Berliner Politischen Nachrichten" folgende famose Beweisführung für den handelspolitischen Nutzen hoher Schutzzölle:

„Zu den am häufigsten angewendeten Kampfmitteln gegen eine energische Schutzzollpolitik gehört die Behauptung, daß unter einer solchen die Ausfuhr leide und demzufolge auch die an der Ausfuhr beteiligten heimischen Erwerbszweige. Aber auch diese Behauptung wird, wie die meisten freihändlerischen Behauptungen, durch die Thatsachen auf das bündigste widerlegt. Unbestreitbar verfolgen die Vereinigten Staaten von Nordamerika die planmäßigste und energischte Schutzzollpolitik. Zugleich aber nimmt die Ausfuhr der Vereinigten Staaten in einem Maße zu, wie die keines andern Kulturlandes. So ist nach den von dem Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten für Handel und Industrie die Ausfuhr der Vereinigten Staaten von 1253 Millionen Dollar im Jahre 1899 auf 1478 Millionen Dollar im Jahre 1900, also in einem Jahre um nicht weniger als 18 Proz. gestiegen. In dem gleichen Zeitraum hat sich die Ausfuhr Deutschlands trotz seiner festen und langfristigen Handelsverträge nur von 4368 Millionen Mark auf 4555 Millionen Mark, also noch nicht einmal um voll 4 Proz. gehoben. Man sieht also, daß die strengere Schutzzoll-Politik der Vereinigten Staaten der Ausfuhr jenes Landes und den beteiligten Erwerbszweigen nicht nur nicht geschadet, sondern erheblich mehr genutzt hat, als selbst unsre Politik langfristiger Handelsverträge unsrer Ausfuhr, und man ist daher zu dem Schlusse berechtigt, daß wenn demnächst auch bei uns wichtigen Zweigen des Erwerbslebens ein wirksamerer Zollschutz gewährt werden soll, dadurch unsre Ausfuhr nicht geschädigt wird."

Man weiß nicht, worüber man mehr erstaunen soll, ob über die Unverschämtheit oder über die Einfältigkeit, mit der hier aus den Ergebnissen eines einzigen Jahrs die weitgehendsten Schlüsse gezogen werden, ohne daß irgendwie auf die besonderen Entwicklungsverhältnisse der beiden miteinander verglichenen Länder eingegangen wird. Ebenso gut, wie mit den Vereinigten Staaten, läßt sich die Handelsentwicklung Deutschlands mit jener Rußlands und Frankreichs vergleichen, die ebenfalls die Bahn einer strengen Schutzzollpolitik eingeschlagen haben und von denen das letztere überdies seit 1892 die agrarische Forderung des Doppeltarifsystems durchgeführt hat. Hier aber zeigt sich sofort ein andres Bild. Die Ausfuhr beider Länder ist in den letzten Jahren nicht nur relativ, sondern sogar absolut zurückgegangen, diejenige Frankreichs im vorigen Jahre z. B. um ungefähr 81 Millionen Franks. Außer den natürlichen Reichtümern eines Lands, seiner Bodenqualität, seinen Wasserverhältnissen, seinem Mineralreichtum 2c. kommen auch seine politisch-sociale Lage sowie eine ganze Reihe alljährlich wechselnder Umstände, beispielsweise der Ausfall der Ernte, mit in Betracht. So weist denn auch, und zwar gilt das noch weit mehr von den Vereinigten Staaten als von Deutschland, die Steigerung in den einzelnen Jahren die stärksten Schwankungen auf. Gehen wir nur ein Jahr weiter, also auf das Jahr 1898 zurück, so ergiebt sich sofort ein ganz andres Resultat; denn in diesem Jahr betrug die amerikanische Ausfuhr (ohne Edelmetallexport) bereits rund 5181 Millionen Mark, im Jahre 1899 5262 Millionen. Es hat also im vorletzten Jahr nur eine Zunahme von 81 Millionen Mark stattgefunden, während die deutsche Ausfuhr im gleichen Zeitraum um 357,8 Millionen Mark stieg, also um weit mehr als das Vierfache.

Doch nicht nur, daß die „Berl. Polit. Nachrichten" sich eine völlig wertlose Gegenüberstellung der Ziffern gestatten, sie fälschen auch noch. Die Zahl von 4555 Millionen Mark giebt keineswegs den wirklichen Wert der deutschen Ausfuhr im vergangenen Jahr an, sondern, wie die offizielle Statistik deutlich hervorhebt, eine Berechnung der letztjährigen Ausfuhr nach den Einheitswerten von 1899. Da aber die Preise vieler Ausfuhrartikel von 1899 bis 1900 bedeutend gestiegen sind, erhöht sich die Gesamtwertsumme noch beträchtlich, wahrscheinlich um ungefähr 300 Millionen Mark. Daß den „Berliner Polit. Nachrichten" diese Thatsache bekannt war, daran ist kaum zu zweifeln, denn das Gegenteil annehmen zu wollen, hieße das ministerielle Organ doch tiefer einschätzen, als es steht; so bleibt nur die Annahme, daß es sie bewußt zum Zweck seiner Beweisführung unterschlägt.

Läge dem offiziösen Blatt wirklich daran, zu erfahren, wie die Handelsverträge auf die Ausfuhr gewirkt haben, dann bietet sich hierzu ein weit besseres Mittel: es braucht nur nachzusehen, in welchem Maße die Ausfuhr seit Abschluß der Handelsverträge nach den Vertragsländern und nach den Nichtvertragsländern gewachsen ist.

Nun betrug in 1892 die deutsche Ausfuhr im Specialhandel 3150 Millionen Mark, 1899 dagegen 4368 Millionen Mark. Es stieg also der Export um 1218 Millionen Mark oder um beinahe 39 Proz. An dieser Ausfuhr waren in den betreffenden beiden Jahren beteiligt:

	1892	1899
Oestreich-Ungarn . .	376,6 Mill. M.	466,0 Mill. M.
Rußland mit Finnland	239,5 „ „	437,8 „ „
Schweiz	173,8 „ „	284,7 „ „
Belgien	140,7 „ „	207,1 „ „
Italien	91,2 „ „	116,0 „ „
Rumänien	89,4 „ „	86,8 „ „
	1061,2 Mill. M.	1547,9 Mill. M.

Das ergiebt für die sechs Vertragsstaaten eine Steigerung von 486,7 Millionen Mark oder rund 46 Proz. Demnach bleibt für die Nichtvertragsstaaten nur ein Zuwachs von ungefähr 731 Millionen oder nicht ganz 35 Proz.

Daraus folgt als klares Facit, das alle agrarischen statistischen Experimentierkünste nicht aus der Welt schaffen, daß unsre Ausfuhr nach den Vertragsländern ungleich stärker gewachsen ist, als nach den Nichtvertragsstaaten, daß also die Handelsvertragspolitik zu Anfang der neunziger Jahre ganz wesentlich zur Förderung der deutschen Ausfuhr beigetragen hat. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Februar.

Der Reichstag

sah am Mittwoch das Gespenst der lex Heinze dem Grabe entsteigen. Wieder wurde die „Unmoral" vor die Schranken gefordert; wieder feierte das Muckertum seine Orgien; wieder focht Herr Roeren für das, was er Jugend, Moral, gute Sitte, Anstand nennt und was er durch Polizeimacht geschützt zu sehen verlangt.

Der freisinnige Antrag Bargmann betreffend Aufhebung der Theatercensur entfaltete am heutigen — wie schon am vorigen Schwerinstage — eine lebhafte Debatte, der wiederum am Bundesratstisch nur ein einsamer Geheimrat beizuwohnen für gut befand.

Erster Redner des Tags war der nationalliberale Führer Bassermann. Seine Rede, der es nicht an einigen guten Partien und glücklichen Wendungen fehlte, war doch im Grunde ein fortgesetztes „Wenn" und „Aber". Herr Bassermann billigt die „Grundforderung" des freisinnigen Antrags, hat aber Bedenken" gegen die völlige Aufhebung der Theatercensur; echt nationalliberal sucht er nach einem Mittelweg; er glaubt einen solchen gefunden zu haben, indem er „für gewisse Fälle" der Polizei das Recht vorbehält, Aufführungen zu verbieten. Zu diesen „gewissen Fällen" gehören „unruhige Zeiten"; zu solchen unruhigen Zeiten rechnet der socialpolitisch erleuchtete Herr Bassermann auch Streikbewegungen. Herr Bassermann schlug schließlich Kommissionsberatung vor.

Von einer solchen wollen die Konservativen und die Centrumsleute nichts wissen; sie halten es für bequemer, den Antrag Bargmann kurzerhand in den Papierkorb zu werfen. Der Konservative Himburg, der Ultramontane Roeren hielten ihre schon von der Heinze-Zeit her bekannten Reden; der erstere ist völlig mit der Censur, wie sie jetzt geübt wird, einverstanden; dem zweiten — ist sie noch zu milde; nur von politischen Anspielungen will er gnädigst einige mehr durchlassen, als der Censor. Nebenbei entdeckte Herr Roeren zur Abwechslung einmal wieder sein partikularistisches Herz, indem er den Antrag als einen Eingriff in die Landesgesetzgebung bezeichnete: das Centrum ist eben bald partikularistisch, bald unitarisch, wie es gerade trifft, und wie es seinen jeweiligen Interessen am besten paßt.

Von der Linken sprachen Pachnicke und Stadthagen. Dr. Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung wies darauf hin, daß Staaten wie Hamburg und Braunschweig den Beweis dafür erbringen, daß man selbst in Deutschland ohne Censur auskommen kann. Eine gründliche Abrechnung mit der Theatercensur, mit der Prüderie und der Heuchelei hielt in einer an humoristisch-satirischen Bemerkungen reichen Rede Genosse Stadthagen. Unser Redner ließ die Geißel des Spotts auf dem Rücken jener Herren tanzen, die aus ihrer verdorbenen Phantasie heraus, die sie natürlich auch bei anderen voraussetzen, nach dem Censor, nach der Polizei und der Knebelung der Kunst schreien. Ein Aristophanes, meinte Stadthagen, würde uns not thun, der mit souveränem Spott unsre litterarischen und politischen Zustände geißelt; aber die Censur, setzte er sofort unter großer Heiterkeit hinzu, würde seine Stücke nicht zur Aufführung gelangen lassen.

Mit Stadthagens Rede schloß die Sitzung. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf den nächsten Schwerinstag vertagt. Donnerstag: Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichs-Justizamts.

Die Kanalbebatte

geht nur langsam vorwärts. Am Mittwoch erlebte man das Schauspiel, daß ein Parteigenosse des Freiherrn v. Zedlitz, der waschechte Agrarier v. Tiedemann, sich gerade im Interesse der Landwirtschaft für den Kanal aussprach. Der Abg. v. Tiedemann hat bereits vor zwei Jahren den Mittelland-Kanal als das geeignetste Bindeglied zwischen dem Osten und dem Westen bezeichnet, er ist damals infolge seiner kanalfreundlichen Haltung nicht nur von der „Deutschen Tageszeitung" in Acht und Bann erklärt worden, sondern auch ein Teil seiner Wähler hat gegen ihn Stellung genommen. Aber er ist nicht bekehrt worden und hält auch heute noch an seinen ketzerischen Anschauungen fest. Er habe es nie verstanden, meinte er, wie der Bund der Landwirte gegen den Kanal Stellung nehmen konnte, der den Osten mit dem kaufkräftigen Westen in Verbindung bringe. Jetzt fehle es der Landwirtschaft des Ostens an einer Industrie, wäre eine solche vorhanden, so würde auch der Zug der Arbeiter nach Westen abnehmen, denn sie könnten dann zeitweise in der Landwirtschaft und zeitweise in der Industrie arbeiten, und der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte wäre ein größerer, namentlich wenn erst die Getreidezölle erhöht wären.

Gegen diese Anschauungen wandte sich mit großer Schärfe der Abg. v. Staudy (k.), der seine Freunde gegen den Vorwurf in Schutz nahm, als ließen sie sich von agrarischen Interessen leiten; sie seien keine principiellen Kanalgegner, sondern fürchteten nur den unheilvollen Einfluß des Kanals auf die Staatsfinanzen. Im übrigen sei es Aufgabe der Kommission, die Reihenfolge zu bestimmen, in der die einzelnen Projekte zur Ausführung kommen sollen. Die entsprechenden Summen müßten dann jährlich in den Etat eingestellt werden. Damit ist die Brücke gebaut, auf der es zwischen Regierung und den Kanalrebellen zu einer Verständigung kommen könnte.

Die Reden der Abgg. Gothein (frs. Vg.) und Wallbrecht (natl.) für den Kanal faßten noch einmal die bekannten Gründe zusammen. Die Reden der Kanalgegner Schwarze (C.), Felisch (k.), v. Arnim (k.) und v. Zedlitz (f.) enthielten überhaupt keine Argumente, die der Erwähnung wert sind. Auch die Minister sagten nichts Neues mehr.

Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt. —

Englischer Byzantinismus.

Es ist nicht eben englische Art, gekrönte Häupter übertrieben zu umschmeicheln. Um so auffälliger ist es, daß sich ein erheblicher Teil der englischen Presse bei der langen, nunmehr beendigten Anwesenheit Wilhelm II. in England einer überschwenglichen Redeweise bedient hat, wie man sie bei uns etwa vom „Kleinen Journal" gewöhnt ist.

Diese Anpassung an deutsche Gepflogenheiten kann nur daraus erklärt werden, daß man sich von solchem Verfahren Nutzen verspricht. Man hat wohl angenommen, daß man mit den künstlich erhitzten Huldigungen Eindruck erzielen und diesen Eindruck für englische Zwecke fruchtbar machen könne.

So sehr wir eine engere Verbindung und ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dem deutschen und englischen Volk wünschen, so wenig können wir damit einverstanden sein, wenn der englische Großkapitalismus, der imperialistische Weltraubpolitik treibt, ganz offenbar darauf ausgeht, durch lockende Manöver Deutschland für seine Geschäftsinteressen zu mißbrauchen. Wiederholt möchten wir darauf hinweisen, daß in der Chinafrage England den agent provocateur gespielt hat, und daß das Deutsche Reich sich durch die englischen Sensations- und Alarmnachrichten in ein völlig sinnloses Abenteuer hineinlocken ließ. Die militärische Ohnmacht, die sich im Transvaal-Krieg so grell offenbart, zwingt England dazu, in Deutschland ein gefügiges Werkzeug für seine Interessen zu werben. Zu solchen Liebesdiensten hat aber Deutschland nicht den mindesten Anlaß.

Bei den Reichstags-Verhandlungen über den Empfang Krügers wehrte sich der Reichskanzler Graf Bülow mit großem Nachdruck gegen eine Intervention zu Gunsten der Boerenrepublik und sprach sich für strikte Neutralität aus. Es scheint jetzt aber kaum noch zweifelhaft, daß es um diese Neutralität auf deutscher Seite seltsam bestellt ist. Bestätigt sich die Nachricht, daß **Lord Roberts**, der bisherige Oberstkommandierende im Boerenkrieg, den **höchsten preußischen Orden**, den Schwarzen Adler-Orden erhalten hat, so beleuchtete das die Lage sehr grell. Wie würde man in England schreien, wenn etwa der heldenmütige Boerenführer De Wet auch nur den Roten Adler-Orden vierter Klasse, geschweige den Schwarzen Adler-Orden erhalten würde.

Die kulturelle Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und England zu fördern, ist sicher eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Wenn aber Deutschland verleitet werden soll, für das britische Reich, das einen verbrecherischen Eroberungskrieg wider ein kleines freies Volk begonnen hat, jetzt, wo dieser Krieg dem Schuldigen schwere Ungelegenheiten bereitet, die Kastanien aus dem Feuer zu holen — so protestiert auch die englandfreundliche Socialdemokratie gegen einen solchen Bund. Wir haben um so weniger Anlaß, dem britischen Imperialismus deutsche Beihilfe zu leisten, als ja auch die englischen Arbeiter Gegner dieser ebenso ruchlosen wie gefahrvollen Weltpolitik sind.

Die plumpen Ausbrüche des heuchlerischen Byzantinismus der englischen Kapitalistenwelt werden geradezu beleidigend und beschämend für das deutsche Volk. Welche Vorstellungen muß man drüben von den politischen Zuständen und Möglichkeiten in Deutschland haben, wenn man mit derlei rohen Mitteln Erfolge erzielen zu können wähnt! —

* * *

Deutsches Reich.

Herr Direktor Otto Sanden,

der Bruder des verhafteten frommen Kommerzienrats, gehört zu den furchtlosen Männern, die auch auf den Trümmern des Erdballs nicht erschrecken würden. Am Mittwochvormittag erstattete er der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr einen Bericht über die Umstände dieser zwichtigsten und größten von den Filialen des Sanden-Klüngels, — einen Bericht, der von dem unverwüstlichen Optimismus der Familie Sanden ein glänzendes Zeugnis ablegt. Die Aktiengesellschaft für Grundbesitz 2c. ist von

der Hypothekenbank seiner Zeit gegründet worden, um auf der Bank lastende Grundstücke zu übernehmen. Sie ist sehr bald die Müllgrube für den Schutt aus der Verbindung der Hypothekenbank mit Anhalt u. Wagner geworden. Der Bericht giebt von den vielen in diese Müllgrube nach und nach abgeschobenen faulen Werten und den Bedrängnissen des Generalkonsuls Schmidt (Anhalt u. Wagner) eine Uebersicht, die sehr kennzeichnend ist. Allemal, wenn Verlegenheiten von Anhalt u. Wagner die Hypothekenbank bedrohten, wurde die Müllgrube aufgeklappt und der Schutt abgeladen.

Herr Otto Sanden behauptet aber, daß die Stettiner und Wilmersdorfer Terrains und Häuser seiner Gesellschaft so viel wert seien, daß sie alle jene Verluste tragen und noch Gewinne abwerfen könnten, wenn nur die Scheinhypothek von 20 Millionen gelöscht und der Gesellschaft Mittel und Zeit zur Verwertung gewährt würden. Neuerdings, das heißt nach Eintritt des Krachs, sind für weit über eine Million Parzellen in Stettin verkauft. Mit diesem Verkauf hat es aber, wie Herr Grundschuldliquidator Eupel enthüllte, eine eigne Bewandtnis. Es sind gerade diejenigen Parzellen verkauft, die an schon fertigen Straßen liegen, außerdem sind die Verkäufe zu niedrigen Preisen, zum Teil an unsichere Leute und mit nur 10 Proz. Anzahlung gemacht. Diese 10 Proz. sind weiter mit 1½ Proz. für allgemeine Kosten und **8½ Proz. Provision für die Verkäufe** darauf gegangen. Von den 8½ Proz. hat der Stettiner Vermittler Köple 6 Proz. und der Direktor der verkaufenden Gesellschaft, **eben Herr Sanden selbst**, 2½ Proz. bezogen. Herr Sanden erklärte erregt, daß diese 2½ Proz. ihm laut Aufsichtsratsbeschluß zukämen. Die Bemerkung des Herrn Eupel, daß durch eine solche Provision ein Direktor einer Terraingesellschaft angereizt werde, gegen das Interesse seiner Gesellschaft Verkäufe zu forcieren, wies Herr Otto Sanden unter Berufung auf seinen Charakter zurück. Herr Sanden hat durch diese 2½ Prozent in den Monaten des Krachs noch etwa 30 000 M. eingestrichen, der Stettiner Vermittler **etwa 70 000 M.** Das letztere findet Herr Sanden ebenfalls ganz in der Ordnung, unter anderm auch deshalb, weil der Vermittler den ganzen Verkehr mit den Behörden besorge! Ist denn der so kostspielig oder so schwierig?

Der Bericht behauptet, daß die Stettiner Grundstücke mindestens 10 Millionen mehr wert seien, als sie in der Bilanz erscheinen. Die Generalversammlung wählte einen neuen Aufsichtsrat und eine Kommission, welcher die Direktion Rechnung legen soll. Es ist kein Zeichen einer tüchtigen Geschäftsführung, daß die Sanitätsräte der beiden Banken nicht früher als Monate nach ihrem Krach Herrn Sanden verhindern konnten, für mehr als eine Million Terrains zu verkaufen, während fast die ganzen Aktien der Gesellschaft für Grundbesitz und Hypotheken (4 Millionen) in den Händen der beiden Banken sind. Warum hat man nicht sofort Schritte gethan, um die Filiale selbst in die Hand zu nehmen? —

Die Delegierten-Versammlung des Centralverbands deutscher Industrieller beendete am Mittwoch ihre Beratungen. Zunächst wurden zwei socialpolitische Fragen behandelt. Rechtsanwalt Wandel-Essen verteidigte die Ausschließung des den Arbeitern günstigen § 616 des B. G.-B., der die Weiterzahlung des Lohns an den „während verhältnismäßig nicht erheblicher Zeit ohne sein Verschulden verhinderten Dienstpflichtigen" vorschreibt, aus dem Arbeitsvertrage. Dr. Haßlacher-Gelsenkirchen suchte durch einseitige Auslegung des das Recht des Arbeiters besser, als es früher der Fall war, schützenden § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine vermehrte Zulassung von Lohnabzügen als erlaubt zu erweisen. Der Centralverband ist eifrig am Werke, die geringen Vorteile, die das neue Bürgerliche Gesetzbuch den Arbeitern bringen kann, „klein zu bekommen".

Weiter wandte sich die Versammlung nach Anhörung einiger Referate gegen die Bestrebungen, eine Reichsaufsicht über die Syndikate herbeizuführen. —

Der Fünf Mark-Zoll. Die „Frankfurter Zeitung" läßt sich aus Petersburg melden, Finanzminister Witte werde gegen einen Getreidezoll von höchstens fünf Mark keinen ernsten Widerspruch erheben. Es scheint in der That, daß der Reichskanzler sich im stillen Rußlands Zustimmung zu einer Zollerhöhung in diesem Umfange vergewissert hat.

Wenn dies richtig ist — und es verlautet seit längerer Zeit, daß man sich mit Rußland abfinden und mit Amerika es auf einen Zollkrieg ankommen lassen werde — so ist das ein Grund mehr, mit allen Mitteln gegen den Brotwucher sich aufzulehnen. —

Gegen Erhöhung der Getreidezölle erklärte sich eine große polnische Reichstagswähler-Versammlung in Posen. —

Die Kornwucher heischenden Volksparteiler,

die am letzten Freitag in der württembergischen Zweiten Kammer sechs Mann stark für Erhöhung der Getreidezölle eingetreten sind, werden von der „Münch. Allg. Ztg." als Bundesgenossen und Eideshelfer der Brotwucherer freudig bewillkommt. Das Eintreten dieses halben Dutzend volksparteilicher Sauluse für die Erhöhung der Getreidezölle werde auch für die Reichstags-Verhandlungen nicht ohne Bedeutung sein. Denn wenn die Richter oder Fischbeck und Genossen dann gegen Junkertum und Getreidewucher wetterten, werde ihnen von der andern Seite mit Recht entgegenschallen: „Was wollt ihr denn, ihr sonderbaren Leute; eure Parteifreunde im gelobten Lande der Demokratie sind ja selbst für den Zollschutz eingetreten."

Trotzdem ist das Blatt freilich hämisch genug, über die Abstimmung der schmählich Umgefallenen die volle Schale verächtlichen Spotts auszugießen:

„Es wäre unschön und thöricht, einen bekehrten Gegner und nunmehrigen Bundesgenossen mit Spott und Hohn zu begrüßen: besser spät zur Vernunft kommen als überhaupt nicht. Aber davon ist ja bei der württembergischen Volkspartei gar keine Rede. Nicht der Vertiefung der Einsicht in das staatliche Erfordernis und einer veränderten Beurteilung der lebendigen wirtschaftlichen und politischen Kräfte ist das so seltsam dem Parteiprogramm widersprechende Votum zuzuschreiben, sondern der Interessenpolitik im niedrigsten, weil persönlichsten Sinne, und daher ist nicht etwa von jenem Ereignis eine fortschreitende Gesundung jener Oppositionspartei zu einer praktischen Reformpartei zu erwarten. Diejenigen sechs Abgeordneten und ebenso die Mitglieder der Partei, die, ohne in der Abstimmung für die Zollresolution einzutreten, in der Debatte sich zollfreundlich ausgesprochen haben, wie ihr Führer M. Haußmann, sind in Kreisen gewählt, wo die landwirtschafttreibende Bevölkerung überwiegt und der Bauernbund großen Einfluß gewonnen hat. Lediglich daraus erklärt sich ihre Haltung, die bei jedem andren vielleicht begreiflich, ja pflichtgemäß wäre, nur nicht bei denen, die eingeschriebene Mitglieder der Volkspartei sind und bleiben; denn diese verwirft grundsätzlich die „künstliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch indirekte Steuern und Zölle." (Diese Worte sind dem Partei-Organ selbst entnommen.) Wenn Principien überhaupt einen Sinn haben, so war am Freitag der Zeitpunkt gekommen, wo die Volkspartei im Halbmondjaal ihnen ihre Treue bezeigen konnte. Aber dann hätten Mandate gefährdet werden können. Wie berechtigt jedoch ist der Hinweis der Getreidezollfreunde, daß das Bedürfnis der Landwirtschaft nach Erhöhung der Kornzölle wirklich dringend sein muß, wenn die volksparteilichen Abgeordneten, die sich über die Stimmung ihrer Wähler und über ihr eignes Interesse doch nicht täuschen werden, lieber ihre Principien verraten und sich dem Gelächter aller Welt preisgeben, als den Zorn ihrer Wähler auf sich laden."

Auf der am 6. Januar in Stuttgart stattgefundenen Landesversammlung der schwäbischen Volkspartei donnerte auch der Abg. Payer unter dem „langanhaltenden und stürmischen Beifall" der „glänzend besuchten Versammlung" gegen die Brotwuchergelüste der Agrarier, durch die die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zum Ausland außerordentlich gefährdet, Handel und Industrie geschädigt und eine „ungerechte Ueberlastung der Brotkonsumenten" herbeigeführt werden würde. Wahrscheinlich waren unter den Beifallspendenden auch etliche der sechs Landtags-Abgeordneten, die am Freitag mit fliegenden Fahnen ins Lager der Brotwucherer übergingen. Ob Herr Muser, der an demselben Tage für die bürgerliche Demokratie das „Recht des Optimismus" in Anspruch nahm, nach dem jämmerlichen Principienverrat der sechs Schwaben noch immer nicht von seinem unverwüstlichen Optimismus geheilt ist? Gleichfalls nach Herrn Muser beruht der Erfolg der Socialdemokratie darauf, „aus dem demokratischen Golde gangbare Münze zu prägen". Jedenfalls versteht es die Volkspartei, ihr kostbares Principiengold ungemünzt in der Schatzkammer ihres Programms ruhen zu lassen.

Ob man wenigstens mit den sechs programmverleugnenden Mandatklebern gründliche Abrechnung vornehmen wird? —

Zu noch höherem Adlerflug als am 17. Januar hat sich der Präsident des Reichstags Graf Ballestrem bei dem am Dienstagabend gehaltenen Festmahle zu Ehren des Kaiser-Geburtstags emporgeschwungen. Sein Trinkspruch zeichnete den Kaiser also:

„In allerkürzester Zeit — Graf Ballestrem sprach von der China-Expedition — wurde eine Truppenmacht auf die Beine gebracht, ebenso organisiert wie die deutsche Armee und dennoch ihr nicht einverleibt; in der kürzesten Zeit wurden, was gewiß unsren Kaiser, der immer so viel Sinn und so viel Verständnis für die Angelegenheit auf dem Meere gehabt hat, hoch erfreuen mußte, — in der kürzesten Zeit wurden von unsrer Handelsmarine, von unsrer Postdampfschiffs-Marine die nötigen Schiffe gestellt, um diese Truppen und alles, was dazu gehört, ausschließlich auf deutschen Schiffen nach Ostasien zu bringen. Es war jedenfalls ein großartiges Werk, wie es noch nicht dagewesen ist. Und wenn Seine Majestät der Kaiser auf dasselbe zurückblickt, so wird Stolz und Befriedigung sein Herz schwellen lassen, und er wird sich sagen: das, was meine Voreltern vorbereitet in mühsamer Zeit, was ich fortgepflegt, das hat herrliche Früchte getragen, und das hat es bewiesen, daß wir allen Anstrengungen gewachsen sind. Und das wird unser Ansehen im Auslande erhöhen und wird dem Vaterlande zum Segen gereichen! . . .

„So hat nun unser Kaiser eigentlich einen schönen Rückblick auf das letzte Jahr seines Lebens. Und wenn wir ihn bei allen diesen Gelegenheiten betrachten, und nicht nur bei diesen feierlichen Gelegenheiten, sondern auch zwischen denselben im täglichen Leben, so sehen wir, daß unser kaiserlicher Herr immerfort im Dienste ist, — vom frühen Morgen bis zum späten Abend — so einen Herrn kann man ja verfolgen, denn es wird ja in den Zeitungen genau berichtet, was er thut — er ist immer im Dienst des Vaterlands, im Dienst der Allgemeinheit, sei es als Kriegsherr zu Lande und zu Wasser, sei es als Regent seiner Staaten, sei es als Protektor der Wissenschaft, sei es als Mäcen der Künste, immer ist er ein hohes, hehres Beispiel treuer Pflichterfüllung für jeden Deutschen. Meine Herren, mögen auch die Mitglieder des Reichstags sich ein Beispiel nehmen am kaiserlichen Herrn (Heiterkeit und Bravo!) und in steter Pflichterfüllung ihren Dienst thun! Das wäre ein Rückblick für uns, der uns sehr heilsam wäre."

Selbst wenn der übliche Ueberschwang bei derartigen Trinksprüchen vom nüchternen Beurteiler in Rechnung gebracht wird, bleibt das höfische Talent des Reichstags-Präsidenten aller Anerkennung wert. Die Erklärung des von allen großen Parteien des Reichstags mit skeptischem Mißtrauen betrachteten Chinazuges zu einem „großartigen Werk", auf das der Kaiser „mit Stolz und Befriedigung" zurückblicken dürfe und das „herrliche Früchte" getragen hat — dies ist eine Leistung, um die der alldeutscheste Weltpolitiker den Reichstags-Präsidenten neiden kann.

Wenn der Humor des Herrn v. Ballestrem dem Reichstage die Arbeitsamkeit des Kaisers als Vorbild setzt, so werden vielleicht seine Centrumsparteigenossen ihm antworten, er möge nur eine entsprechende Summe aus dem Steuersäckel als Diäten für die Abgeordneten in Vorschlag bringen. —

Erhöhung der Zuckerpreise durch den Zuckerring. Die „Voss. Ztg." führt den Nachweis, daß seit der Bildung des Zuckerrings im Jahre 1899 der Preis für raffinierten Zucker um 10,80 M. pro Doppelcentner gesteigert worden ist, wohingegen der Preis des nach dem Ausland ausgeführten Rohzuckers noch um 40 Pfennige gefallen ist. Der deutsche Konsument muß das **Pfund Zucker mit 32 Pfennigen** bezahlen, während dem Ausländer das Pfund Zucker nur **12 Pfennige** kostet. —

Moment-Bilder aus China.

Die Pariser Zeitung „La vie illustrée" hat einen Berichterstatter nach China entsandt, der zahlreiche photographische Momentaufnahmen gemacht hat, die in dem genannten Blatt reproduziert werden. Lucian Leroy kam nach Tientsin, als dort der Kampf bereits vorüber war.

Eins der Bilder zeigt das Hauptquartier des französischen Generals Frey. Vor dem Palast liegen aufgestapelt ganze Berge von Porzellan, Nippsachen, Kunstgegenstände aller Art; auf dem nächsten Bilde sind die Sachen verschwunden und etwa 20 große Kisten decken den Platz. Es sind das die Kisten, die für die Minister und die Museen in Frankreich bestimmt waren und die bei ihrer Ankunft in Marseille auf Veranlassung des französischen Ministeriums der Beschlagnahme verfielen.

Auf einem andren Bilde ist eine Versteigerung in der italienischen Botschaft dargestellt. Tische und Stühle sind belegt mit Seide, Glas, Porzellan, Stickereien usw.; Civil und Militär stehen umher und betrachten sich prüfend die Auktionsstücke. An andrer Stelle haben amerikanische Soldaten ebenfalls eine Auktion veranstaltet. Ihre Käufer sind die Chinesen selbst, denen man die Dinge aus den Wohnungen gestohlen hat; friedlich und kalt feilschen sie um den Preis. Wir wenden das Blatt und finden eine andre Scene von ähnlicher Art. Zwei japanesische Soldaten rufen einen Chinesen herbei; er muß ihnen die Gegenstände nach ihrem Quartier tragen, die sie eben in seiner Wohnung zusammengeraubt haben.

Ein andres Bild: Wiederum zwei japanische Soldaten und ein Chinese. Die Japaner halten dem Chinesen eine Tafel vor, auf der geschrieben steht: „Hast Du eine Uhr?" „Hast Du Kleinodien?" „Hast Du Geld?" Lautet die Antwort des Chinesen bejahend, so wird er höflichst ersucht, die Taschen zu leeren. Lautet die Antwort verneinend, so wird er mit Schlägen traktiert. Das hilft in den meisten Fällen; der Chinese entsinnt sich, daß er doch Uhr oder Geld in der Tasche hat.

Auch Lucian Leroy bestätigt, daß die Pfaffen sich in hervorragender Weise an der Plünderung beteiligt haben; eines seiner Bilder zeigt einen Missionar, der sich von einem Kuli helfen läßt, einen großen Kasten fortzuschleppen. Die französische Kathedrale in Peking, die der Bischof Favier das „Maison du bon dieu" („Das Haus des lieben Gott") nennt, verdient, so meint Leroy, vielmehr den Namen „Maison du bon marché" (der Name eines großen Pariser Warenbazars), so vollgepfropft sei sie mit geplünderten Gegenständen aller Art.

Lucian Leroy kommt zu folgendem Schlusse: Bis zum Kriege waren es nur die Boxer, welche die Europäer als die „fremden Teufel" betrachteten. Die große Masse der friedliebenden Chinesen hatte an dem Fremdenhasse keinen Anteil. Heute ist das anders. Heute giebt es nicht einen Chinesen mehr, der nicht überzeugt wäre, daß die „Paladine der Civilisation" allesamt „schlechte fremde Teufel" sind.

Unauslöschlicher Fremdenhaß, Mißtrauen und unterdrückter Groll — das ist das Facit des Khakifeldzugs. —

Der Offiziersmord in Mörchingen.

Entgegen den Lesarten, wonach Hauptmann Adams in Mörchingen, der von dem Oberlieutenant Rüger in Anwesenheit zweier andrer Offiziere erschossen wurde, das Opfer eines Duells geworden sei, berichtet die Mörchinger Lokalpresse, daß Hauptmann Adams vom Oberlieutenant Rüger ganz einfach niedergeschossen worden sei. Das „Mörchinger Wochenblatt" giebt folgende Darstellung des Mords und der ihm vorhergegangenen Scene:

„Am Sonntagabend nach beendetem Festessen saßen im Offizierskasino noch einige Herren im engeren Kreise in heiterer Stimmung beisammen; es mußte dabei die Rede u. a. auch auf Körperstärke gekommen sein. Um eine Kraftprobe anzustellen, begannen Hauptmann Adams und Oberstabsarzt Dr. Rüger das sogenannte Häkeln mit den Händen. Als aber ersterer sich für überwunden erklären mußte, gab er dem letzteren einen Schlag ins Gesicht, worauf dieser erklärte, daß er für diese thätliche Beleidigung Genugthuung verlangen und ihm seine Zeugen schicken werde. Die hierzu ernannten beiden Hauptleute begaben sich nach der Wohnung des A., fanden hier bereits auf dem Korridor den Oberlieutenant Rüger vor, der sich vorher bereit erklärt hatte, für seinen Bruder einzutreten, da er von dessen Familie Unglück abwenden wolle. Oberlieutenant R. meldete sich dienstlich bei einem der Herren und erbat den Vortritt, da er eine persönliche Sache zu erledigen habe, die ihrem Auftrage vorgehe. Die drei betraten darauf gemeinsam die Wohnung des Hauptmanns A. und warteten, da sich derselbe schon zu Bett begeben hatte, auf dessen Eintreten. Als dieser in der Nebenthür erschien und sich zum Gruß verneigte, knallte ein Schuß und Hauptmann Adams fiel, ins Herz getroffen, tot nieder. R. schnallte hierauf seinen Degen ab und erklärte sich für arretiert."

Der That des Oberlieutenants Rüger läge danach sozusagen ein ethisches Motiv zu Grunde. Um zu verhindern, daß der vom Hauptmann Adams thätlich beleidigte Bruder im Duell womöglich von dem Beleidiger obendrein noch niedergeknallt würde — denn bei dergleichen „Ehrenhändeln" pflegt ja nur zu oft der Beleidigte eine derartige „Genugthuung" zu erhalten —, hätte er aus Rücksicht auf den Bruder und dessen Familie den Gegner unschädlich gemacht. Falls dem Mörder im Offiziersrock kein andres Mittel zur Verfügung gestanden, das seinem Bruder drohende Verhängnis abzuwenden, so würfe dieser Umstand ein neues Streiflicht auf den verbrecherischen Duellunfug. Freilich liegt auch die Annahme nicht gar zu fern, daß auch Oberlieutenant Rüger ebenso sehr unter der Einwirkung des Alkohols gehandelt haben könnte, wie der erschossene Beleidiger seines Bruders. —

Der Komödie Ende.

Aus **Baden** wird uns vom 4. d. Mts. geschrieben: Unsere Nationalliberalen haben, kühn und mutig, wie sie nun einmal sind, mit der Regierung in der **Wahlrechtsfrage** bereits wieder ihren Frieden geschlossen. Bereits sind die großen Worte vergessen, die sie machten, als das neue Ministerium Schenkel sich in unzweideutig gehaltenen Kundgebungen gegen ihr Abschwenken ins Lager der Anhänger des lautelenlosen direkten Wahlrechts wandte und die unbotmäßig gewordenen Amtsverkündiger in die Schranken des politischen Gehorsams zurückwies. So scharf im Anfange des Konflikts beiderseits in das Streithorn gestoßen wurde, ebenso sanft ertönt heute hüben wie drüben die Friedensschalmei. Die nationalliberalen Preßorgane werden nicht müde, zu beteuern, daß sie dem Ministerium wegen seiner Haltung in der Wahlrechtsfrage keinerlei Schwierigkeiten bereiten wollten. Man hat eben eingesehen, wie nötig man sich gegenseitig braucht, und es mag den mutigen Mannesseelen des Fieserschen Anhangs im stillen Kämmerlein manchmal vor der eignen Oppositionswut gewaltig gegraut haben. Was sollte man sich auch ohne Not in einen Konflikt mit der Regierung begeben, da man doch nach dem eignen Ausspruch hervorragender Parteiführer nicht etwa aus Ueberzeugung und im Interesse des badischen Volks sich für das lautelenlose direkte Wahlrecht erklärt hatte, sondern lediglich aus Furcht vor dem völligen Zerfall der Partei, der bei längerem Widerstreben gegen das Verlangen der Wählerschaft nach Beseitigung des politisch bevormundenden Wahlmänner-Systems unausbleiblich schien! Man kehrte also auf den früheren Platz an der Sonne der Regierungsgunst zurück, unter deren Strahlen sich viel leichter nationalliberale Wahlen machen lassen, als im Wettersturm des oppositionellen Wahlkampfs.

Und auch Herr Minister Schenkel hatte alle Veranlassung, den Dienstvertrag mit der bewährten Leibgarde seines Vorgängers Eisenlohr seinerseits zu verlängern. Denn die ihm nahestehende konservative Partei ist im badischen Parlament ohne jede Bedeutung, und vom Centrum unter der Führung des intransigenten Pfarrers Wacker trennt unsre Regierung eine ungleich höhere Scheidewand, als dies zwischen der Reichsregierung und den Getreuen Liebers der Fall ist. Das Abrücken von den Nationalliberalen hätte für das Ministerium Schenkel also eine totale Isolierung, ein Sitzen zwischen zwei Stühlen bedeutet, das nicht im Interesse der Regierung liegen konnte. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn bereits jetzt, noch bevor die ersten Signale zum Wahlkampf ertönen, Regierung und Nationalliberale sich bereits wieder die Hand zum Bunde gereicht haben.

Den Parteien von der Opposition kann das nur erwünscht sein. Je klarer das Gefechtsbild, desto günstiger ihre Position. Jede Verschwommenheit in der Stellungnahme der einzelnen Parteien wäre für sie nur von Nachteil gewesen. Heute weiß das badische Volk bereits, daß die taktischen Evolutionen der Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage nur ein Scheinmanöver waren, um die unruhig gewordene Anhängerschaft über die wahren Absichten der Parteileitung zu täuschen. Weit entfernt aber, den Nationalliberalen irgend einen Vorteil zu bringen, hat diese Taktik ihre Position nur verschlechtert, weil sie das badische Volk in seiner Auffassung von der totalen politischen Unzuverlässigkeit der Anhänger Fiesers noch bestärkte.

Die unwürdige Schindluderpolitik, die unsre Nationalliberalen nun schon seit Jahren in der Wahlrechtsfrage treiben, ist in ein neues Stadium getreten. Der Ausfall der im Spätjahr stattfindenden Landtagswahlen wird den Herren beweisen, daß das badische Volk es endlich satt hat, sich von der Partei derer von „Bildung und Besitz" am Narrenseil herumführen zu lassen. —

Wegen Majestätsbeleidigung war in Schweinfurt der Kolporteur Kretschmar aus Reizendorf bei Dresden angeklagt. Er soll sich über den deutschen Kaiser in beleidigender Weise geäußert haben. Nach Beobachtung seines Geisteszustands wurde der Angeklagte auf Grund des ärztlichen Gutachtens freigesprochen.

Die Fälschung der Nahrungsmittel

wurde am 6. d. von den Agrariern in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bitter beklagt. Die Recht-

sprechung stehe vor einer sehr schwierigen Aufgabe, weil das Nahrungsmittel-Gesetz weiter Auslegung fähig sei. Es fehle am geeigneten Schutz der Landwirtschaft!

Wenn die Agrarier die Nahrungsmittelfälschung beklagen, so mögen sie doch auch recht gründlich vor der eignen Thür kehren! Macht doch ein großer Teil der Agrarier ein sehr gutes Geschäft damit, daß sie die allerdings sehr dehnbaren Bestimmungen des Gesetzes zu ihren Gunsten ausnutzen, zum Schaden des Publikums, wobei sie bezüglich der Milchfälschung leider durch ein Urteil des Reichsgerichts noch geschützt werden.

Die Milch kommt nur zu oft weit wässeriger in den Handel, als es der Gesundheit der Säuglinge, die auf Kuhmilch angewiesen sind, zuträglich ist. Diese wässerige Milch wird als Vollmilch verkauft, da ihr „kein Wasser zugesetzt" und „kein Fett abgeschöpft" ist. Und dennoch ist es bewußter Betrug, solch wässerige Milch als unverfälscht zu verkaufen. Nur ist sie nicht nach dem Melken, sondern vor dem Melken, das heißt durch das Futter so wässerig gemacht! Es ist eine allbekannte Thatsache, daß die Art der Fütterung auf die Zusammensetzung und Beschaffenheit der Milch von großem Einfluß ist. Wässeriges Futter (Rübenschnitzel, Schlempe) machen auch die Milch wässerig. Das weiß jeder Landwirth und jedes Lehrbuch der Landwirtschaft weist darauf hin. Das Reichsgericht aber fällte ein Urteil, das sich um diese Thatsache nicht kümmerte. Am 21. Dezember 1899 hat es entschieden, daß „unter Vollmilch Milch in ihrer ursprünglichen vollen Zusammensetzung zu verstehen ist, der nichts von ihren natürlichen Bestandteilen entzogen und an der nichts durch Zusätze oder weitere künstliche oder natürliche Einwirkung verändert ist, kurz Milch, wie sie von der Kuh kommt. Auf einen bestimmten Fettgehalt kommt es nicht an".

Dieses Urteil geht, wie die Begründung zeigt, von der falschen Voraussetzung aus, daß Milch ein Naturerzeugnis sei, „das sich zwar in gewissem Maße vom Menschen beeinflussen, aber nicht unter menschliche Vorschrift beugen lasse."

Das ist unrichtig, denn durch die Art der Fütterung kann man die Zusammensetzung der Milch in Bezug auf Wasser- und Fettgehalt ganz wesentlich beeinflussen — und es giebt leider nur zu viel Landwirte, die diese „Kunst" ausüben.

Gewiß ist die Nahrungsmittel-Fälschung energisch zu bekämpfen, aber nicht erst beim Händler, sondern schon an der Produktionsstätte und sei sie auch der Kuhstall eines noch so hochgeborenen Agrariers! —

Ein Schwindel.

Genosse Bebel hat in der Nr. 23 des „Vorwärts" die Erklärung abgegeben, daß er die Worte, die er in der Kommission über den Antrag Kanitz sollte gesprochen haben und die angeblich dahin lauteten:

„Wenn Sie mir sagen, in zwei Jahren werde die ganze Landwirtschaft kaput sein, so würde das für mich die erfreulichste Aussicht sein."

nicht gesprochen haben könne und entschieden zurückweise.

In der württembergischen Kammer hat dann anläßlich einer Getreidezoll-Debatte der Abgeordnete Kienle die erwähnten Worte gegen die Partei citiert, worauf Genosse Tauscher in seiner Antwort auf die Rede Kienle's sich auf die Erklärung Bebels im „Vorwärts" bezog.

Darauf nahm der Abg. Kienle am nächsten Tage wieder das Wort und bezog sich auf eine Zuschrift des Reichstags-Abgeordneten Pichler, der als Mitglied der Kommission über den Antrag Kanitz die Worte Bebels sofort wollte niedergeschrieben haben.

Dieses veranlaßte Bebel, auf eine Anfrage unsrer Genossen in der württembergischen Kammer folgendes zu antworten:

„Richtig ist, daß die stenographische Niederschrift der Reden erst mit der vierten Sitzung begann. Für die dritte Sitzung, mit der die eigentlichen sachlichen Verhandlungen ihren Anfang nahmen, wurden die Redner aufgefordert, die Niederschrift ihrer Reden selbst zu besorgen, dem kam auch ich nach.

Hätte ich nun eine solch unglaubliche Aeußerung, wie sie mir in den Mund gelegt wird, gethan, so wäre doch sicher einer der nachfolgenden Redner auf dieselbe zurückgekommen, oder Herr Pichler selbst. Und hätte ich gar die mir in den Mund gelegte Aeußerung unterschlagen, so wäre mir dies in einer der nachfolgenden Sitzungen selbstverständlich unter die Nase gerieben worden.

Von alledem ist im Bericht keine Spur zu finden.

Zunächst konstatiere ich, daß in der dritten Sitzung nach mir noch die Abgg. Franck-Pforzheim (Landwirt), Steininger (Centrum und Landwirt), Graf Galen (Centrum) und Dr. Meyer-Halle zum Wort kamen und keiner eine Aeußerung, wie ich sie gethan haben soll, erwähnte.

Auch in den folgenden Sitzungen ist dies nicht geschehen, und als Herr Pichler in der 6. Sitzung in längerer Rede zum Wort kam, hat er mich zwar dreimal in derselben erwähnt, aber mit keinem einzigen Wort des Tadels, geschweige daß er die mir in den Mund gelegte Aeußerung citierte.

Ich kann also nur wiederholen, es handelt sich um einen frechen Schwindel. Und da Herr Pichler angeblich der Urheber desselben sein soll, so werde ich ihn zur Rede stellen, sobald ich ihn im Reichstag sehe."

Mittlerweile hat Bebel den Abgeordneten Pichler zur Rede gestellt und in der That blieb dieser allen Einwendungen Bebels zum Trotz bei seinen Angaben stehen. Auf das Ersuchen Bebels, das Stenogramm ihm zur Einsicht vorzulegen, erklärte der Abgeordnete Pichler, er habe vor ungefähr einem Jahre sein Material über den Antrag Kanitz weggeworfen, er wolle aber nachsehen, ob dieser Teil seines Materials noch vorhanden sei.

Bebel blieb natürlich mit aller Entschiedenheit bei seiner Erklärung stehen.

Hervorgehoben sei noch als Ergänzung zum Bebelschen Brief, daß nach dem Kommissionsbericht kein Redner, der vor Bebel sprach, eine Ausführung machte, die Bebel zu der ihm unterstellten Aeußerung veranlassen konnte. Auch als in der nächsten Sitzung die Abgeordneten Graf Kanitz und von Manteuffel zum Wort kamen und lebhaft gegen Bebel polemisierten, hat keiner der beiden auf Aeußerungen, wie sie der Abg. Pichler Bebel unterstellte, Bezug genommen, was doch zweifellos geschehen wäre, wenn eine solche Aeußerung Bebels vorgelegen hätte. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es anläßlich der am Mittwoch stattgefundenen Ergänzungswahl in Maros-Vasarhely. Die aufgeregte Volksmenge insultierte die Gendarmen; letztere machten von der Feuerwaffe Gebrauch, drei Personen wurden getötet, 20 verwundet. —

Niederlande.

Utrecht, 6. Februar. Präsident Krüger wurde heute auch am rechten Auge operiert. Die Operation gelang vollkommen. —

Frankreich.

Die Arbeitsverhältnisse in den französischen Militärwerkstätten sollen gemäß einem Dekret des Kriegsministers durch eine Kommission untersucht werden. Es seien Beschwerden der Gewerkschaften entweder direkt an ihn, den Minister, gelangt, oder aber die betreffenden Gewerkschaften hätten auf ihren Kongressen Resolutionen angenommen, in denen sie Forderungen zum Ausdruck gebracht. Dabei sei darauf hingewiesen worden, daß die Arbeiter andrer Staatsbetriebe, sowie auch die mancher Privatbetriebe unter besseren Bedingungen arbeiten. Wiewohl schon durch frühere Verordnungen wesentliche Verbesserungen in den Militär-Werkstätten durchgeführt seien, dürften die neuen Beschwerden und Reklamationen der Arbeiter doch nicht von der Hand gewiesen werden, sondern erforderten eine eingehende Prüfung.

Damit ist gewiß noch nichts erreicht, aber diese Art der Behandlung von Beschwerden der Arbeiter sticht doch vorteilhaft ab von der „im Lande der socialen Reform" üblichen. —

England.

Selbstherrlichkeitsgelüste Eduard VII. Eine Londoner Privatdepesche des „Neuen Wiener Journals" meldet, daß König Eduard eine starke Neigung zu selbstherrlichen Tendenzen zeige und die Rechte der Krone gegenüber dem Kabinett allzu energisch betone. Man spricht von ernsten Differenzen zwischen ihm und dem Ministerium.

Eduard VII. mag kein Mann von hervorragender Einsicht sein; aber auch eine nur ganz oberflächliche Erinnerung an die Geschichte seiner Vorgänger müßte ihn abhalten, durch ein Tasten an der Verfassung seines Lands sich die Finger zu verbrennen.

Mit dem schlechten Zustand der englischen Marine beschäftigt sich lebhaft die englische Presse angesichts des Umstands, daß Wilhelm II. von Vlissingen aus auf einem holländischen Passagierdampfer nach England übersetzen mußte, da angeblich kein Schiff des englischen Kanalgeschwaders wegen des herrschenden Sturms im stande war, die Ueberfahrt zu bewerkstelligen. So schreibt der „Daily Graphic":

„Man teilt uns mit, daß J. M. S. „Minerva" des schlechten Wetters wegen den Kaiser von Vlissingen nicht abholen konnte — als ob die Kreuzer der britischen Flotte nicht im stande wären, gegen Sturm zu fahren! Dies ist ein Geständnis, das unsrer Flotte zu Schimpf und Schande gereicht, und wogegen unsre Marine nicht scharf genug protestieren kann. Ist es wahr, daß kein Schiff schnell genug in stand gesetzt werden konnte? Welch eine Beleuchtung des Zustands unsrer Flotte, daß nicht ein einziger Kreuzer im stande war, sofort in See zu gehen! Es ist unglaublich, zu vernehmen, daß unsre besten und neuesten Kreuzer nicht seeklar seien, ohne daß jemand nachlässig gewesen wäre!"

Ein Amsterdamer Blatt, „Het Nieuws van den Dag" behauptet sogar, daß die Dampfkessel der meisten Schiffe des englischen Kanalgeschwaders defekt seien.

Asien.

Erfolglose Friedensunterhandlungen.

Aus Peking wird gemeldet:

Die Vertreter der Mächte hatten mit den chinesischen Friedensvermittlern eine Unterredung. Der Doyen des diplomatischen Corps verlas ein Memorandum des französischen Gesandten Pichon über die gegen die Mandarinen während der Unruhen erhobenen Anschuldigungen. Das Memorandum schließt mit der Forderung der Todesstrafe für fünfzehn chinesische Würdenträger, darunter Prinz Tuan und Herzog Lan. Li-Hung-Tschang antwortete darauf, indem er ein längeres Telegramm des Kaisers verlas, in welchem derselbe die Vorschläge des Hofs mitteilt und die Mächte anfleht, von China nicht mehr zu verlangen, als es geben könne. „Wie können Sie meine Aufrichtigkeit anzweifeln", so führte Li weiter aus, „nachdem ich Ihrem gerechten Zorne den Prinzen Chuan, einen Prinzen königlichen Bluts, geopfert habe!" Ferner erklärte er, daß er vom Kaiser ermächtigt sei, die von den Mächten verlangten Todesurteile zu gewähren, ausgenommen betreffs des Prinzen Tuan und des Herzogs Lan, welche degradiert und verbannt werden sollten. Der russische, französische und amerikanische Vertreter haben diese Vorschläge bereits beantwortet. Der deutsche Vertreter hofft eine baldige Antwort von seiner Regierung über diese Frage zu erhalten.

Man ist also noch immer um keinen Schritt vorwärts gekommen.

Die Kolonne Trotha hat nach einer Meldung Waldersees am 5. Februar ihren Vormarsch auf Tschatau (63 Kilometer nordwestlich von Peking) fortgesetzt.

Kolonialunruhen auf Java. Das Amsterdamer „Handelsblad" meldet aus Batavia: Von der Expedition gegen Samalangan (Atchin) wurde die atchinesische Festung Batu Ilil eingenommen. Die holländischen Verluste betrugen 6 Mann tot, vier Offiziere und 36 Mann verwundet. Die Verluste der Atchinesen beziffern sich auf 70 Mann. —

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

In der Mittwoch-Sitzung der Kommission begründete zunächst Graf Oriola (natl.) die Resolution, wonach der Reichstag auf Grund der Erklärung des Herrn Reichskanzlers über die Abänderung des Invalidengesetzes die betreffende Vorlage für die China-Krieger zur Zeit ablehnt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dann wurde die gestrige Debatte fortgesetzt, die sich an die Beratung der verschiedenen Titel der Einnahmen aus dem Telegraphen- und Telephonwesen, aus der Beförderung von Zeitungen und Briefen usw. geknüpft hatte. In der Sache selbst wurden keine Beschlüsse gefaßt. Die Einnahme-Titel wurden alsdann ohne weitere Debatte genehmigt. — Beim Titel: „Gehalt des Staatssekretärs" kam der Abg. v. Jazdzewski (Pole) auf die Verhandlungen des Reichstags über die bekannte Polen-Interpellation zu sprechen, brachte die Verordnung des Staatssekretärs über die Behandlung polnischer Briefe mit polnischen Adressen zur Sprache und wünschte in derselben einige Abänderungen zu Gunsten der polnischen Bevölkerung. Von den Rednern sämtlicher Parteien wurde erklärt, daß der Staatssekretär in dieser Verordnung die äußerste Grenze dessen erreicht habe, was die Polen wünschen könnten; wenn die Polen, wie der Abgeordnete v. Jazdzewski zugegeben hatte, jetzt ostentativ sich polnischer Adressen bedienten, weil sie durch die Nationalisierungs-Maßregeln der preußischen Regierung sich bedrückt fühlten, so müßten sie sich auch gefallen lassen, daß von der Post nicht zu lesende Adressen auf dem durch die Verordnung des Staatssekretärs vorgeschriebenen Wege zur Klarstellung gebracht würden. Aehnlichen Maßregeln müsse sich jeder auch im übrigen Deutschland unterwerfen, der es unterlasse, seine Postsendungen in der von der Post vorgeschriebenen Weise zu adressieren.

Damit wurde die Debatte geschlossen.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde am Dienstagabend angefragt, ob im Zusammenhang mit der Verleihung von Kommerzienratstiteln Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Der Minister verneinte die Frage und teilte mit, daß bei den betreffenden Personen, von welchen die Aufforderung um Mitteilung von Wünschen nach Verleihung von Titeln ausgegangen sei, Haussuchung stattgefunden habe. Das Material sei der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Eine Verbindung im Ministerium hatten die Personen nicht angeben können.

Bei dem Titel „Gewerberäte und Inspektoren" wurde von der Regierung erklärt, daß sie den Versuch gemacht habe, zwei Assistentinnen anzustellen, da solche unter Umständen für die Frauen zweckmäßiger seien. Der Versuch habe sich bewährt und die weitere Anstellung von Assistentinnen werde in Erwägung gezogen.

Bei dem Titel „Staatskommissar bei der Berliner Börse" wurde seitens der Regierung die völlige Zufriedenheit mit der Einrichtung ausgesprochen. Die Regierung werde durch die Berichte des Staatskommissars über die Geschäfte an der Berliner Börse eingehend informiert, und die mündlichen Berichte seien hier außerordentlich wichtig. Von einer Seite wurde gefragt, ob der Staatskommissar in einer solchen Weise beschäftigt werde, daß sein hohes Gehalt sich rechtfertigen lasse. Demgegenüber wurde von andrer Seite erklärt, daß das hohe Gehalt schon deswegen sich rechtfertige, weil der Staatskommissar mit der hohen Finanz in Verkehr trete. Es wurde weiter gefragt, ob der Minister nicht beabsichtige, bei den verbündeten Regierungen eine Abänderung des Börsengesetzes zu beantragen, namentlich hinsichtlich des Börsenregisters. Von andrer Seite wurde ausgesprochen, daß die Nichterfüllung des Gesetzes nicht notwendig eine Abänderung des Gesetzes bedinge. Der Minister erklärte, daß sowohl die preußische als auch die Reichsregierung den Zeitpunkt einer Abänderung des Börsengesetzes noch nicht für gekommen erachte, vielmehr dessen Wirkungen noch eine Zeitlang beobachten wolle. Von freikonservativer Seite wurde der Vorschlag gemacht, daß bei einer Klage von in das Börsenregister eingetragenen Kaufleuten gegen solche, welche in das Handelsregister eingetragen seien, von letzteren der Differenzeinwand nicht erhoben werden dürfe. Diesem Vorschlag wurde von konservativer Seite nicht widersprochen, vielmehr anerkannt, daß damit eine Grundlage für eine Verständigung gegeben sei.

Der Boeren-Krieg.

Einen enormen Tagesverlust

weist die neueste tägliche Verlustliste auf, die am 6. Februar vom Kriegsamt in London veröffentlicht wurde. Sie registriert **100 Tote,** darunter 78 an Krankheiten Verstorbene, **109 Verwundete,** darunter 18 infolge Blitzschlags und **47 schwer Kranke,** sowie acht Vermißte, zusammen also **264 Mann!** Die gleichzeitig bekannt gegebene Liste über die Verluste seit Beginn des Kriegs enthält folgende Angaben: Die allgemeinen Verluste betragen bis zum 31. Januar **54 724 Mann.** Da hiervon aber mehr als die Hälfte den Dienst wieder aufgenommen haben, reduziert sich diese Zahl auf **15 929 Mann.** Die von den Boeren während des Kriegs gemachten Gefangenen sind zum größten Teil zur Armee wieder zurückgekehrt.

Wenn das Kriegsamt glauben machen wollte, daß der Abgang vom südafrikanischen Heere an Toten, Verwundeten und Invaliden bloß ca. 16 000 Mann betrage, so wäre das eine ganz unglaublich grobe Fälschung!

Die obige tägliche Verlustliste bestätigt wieder die schlimmsten Nachrichten von der fortgesetzten

Verschlechterung des Gesundheitszustands

der englischen Truppen.

Außerdem wird noch aus Kapstadt gemeldet: Die Darmerkrankungen, die in letzter Zeit unter den englischen Truppen sehr zahlreich auftraten, nehmen weiter zu. Die Krankheit hat einen ernsten Charakter angenommen.

Ferner wird das Auftreten einer epidemischen Zahnkrankheit gemeldet. Hunderten von Soldaten seien sämtliche Zähne ausgefallen.

Aus der Kapkolonie.

Die Engländer haben die Bevölkerung von Lindley, Senechan und Reitz aufgefordert, diese Städte zu verlassen, und zwar im Interesse der Fortsetzung der Kriegsoperationen. Die Boeren bemächtigten sich in der Umgegend von Barkleywest einer Herde von über 1000 Pferden. General Brabant ist nach östlicher Richtung abgegangen, um dort den Widerstand gegen die Boeren zu organisieren.

Das Dum-Dum-Geschoß.

Das Kriegsamt veröffentlicht eine Verfügung, durch welche die Aushebung von Freiwilligen in sämtlichen Armeecorps angeordnet wird. Der Artikel 17 dieser von Roberts unterzeichneten Verfügung bestimmt, daß jeder Soldat 50 Patronen gewöhnlichen Modells und 35 des Modells Nr. 4 (Dum-Dum-Patronen) erhält. Die Offiziere werden für den Revolver ähnliche Explosiv-Geschosse erhalten, mit denen während der Fahrt nach Kapstadt Versuche angestellt werden sollen.

Die Boeren in Lourenço Marquez.

Nach Londoner Meldungen, die der amtlichen Bestätigung noch entbehren, bedrohen die Boeren unter Oberst Blake, dem Führer der irisch-amerikanischen Brigade Lourenço-Marquez. Die portugiesische Regierung habe um eine englische Kooperation mit den portugiesischen Streitkräften zur Vertreibung der Eindringlinge nachgesucht. Ferner heißt es, daß das britische Geschwader in den südafrikanischen Gewässern den Drahtbefehl erhalten habe, unverzüglich nach Lourenço Marques abzugehen, und daß die britischen Truppen rasch nach der portugiesischen Grenze vorrücken.

* * *

Ein englischer Soldatenbrief,

der in der „Pol. Force" veröffentlicht wurde, äußerst sich sehr pessimistisch über die Lage der Engländer. In demselben heißt es:

„Als die City Imperial Volunteers nach England zurückkehrten, wurde uns gesagt, der Krieg sei zu Ende. Das ist nicht wahr; es ist jetzt **schlimmer denn je.** Du hast wohl vom 19. (vermutlich ist der 19. Dezember gemeint) gehört, seitdem sind wir nicht aus den Kleidern gekommen."

Partei-Nachrichten.

Erklärung.

Gegen den von unsren Posener Genossen für die am 11. März dort stattfindende Nachwahl zum Reichstag aufgestellten Kandidaten Martin Kasprzak wird von einem in London befindlichen „Komitee der socialistischen Partei Polens" ein Cirkular in Umlauf gesetzt, das auch bereits zur Kenntnis der gegnerischen Presse gelangt ist, in dem eine Reihe ehrenrühriger Vorwürfe gegen den Genossen Kasprzak erhoben werden.

Dieselben Vorwürfe wurden von polnischer Seite bereits früher erhoben und wurde von der in Hamburg domizilierten Generalkommission der Gewerkschaften sowie von dem unterzeichneten Vorstande der socialdemokratischen Partei an die Ankläger des Kasprzak das Ersuchen gerichtet, für ihre Angaben Beweise beizubringen, um den Fall untersuchen zu können.

Dieser Aufforderung vermochten die Ankläger nach keiner Richtung nachzukommen. Nicht ein einziger Thatbestand wurde genannt, wohl aber die Verdächtigungen in allgemeinen Redensarten wiederholt.

Dieselbe Taktik wird jetzt in dem eingangs erwähnten Cirkular des Londoner polnischen Komitees befolgt. Nichts als Redensarten und leere Behauptungen, ohne auch nur für eine den Schimmer eines Beweises anzubieten.

Ein solches Verfahren gebührend zu würdigen, erübrigt sich wohl von selbst.

Wir können an unsre Posener Genossen nur die Aufforderung richten, die aus dem Hinterhalt geschleuderten unbewiesenen Verdächtigungen mit der gebührenden Verachtung zu strafen und die Anstrengungen zu verdoppeln, um am 11. März eine möglichst große Zahl von Stimmen auf den Kandidaten der socialdemokratischen Partei zu vereinigen.

Mit socialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Die vierte Landeskonferenz der czechischen Socialdemokraten Oestreichs fand Sonnabend und Sonntag in Wien in Anwesenheit von 28 Delegierten, die 16 Lokalorganisationen vertraten, statt. Die czechische Partei-Organisation entfaltete im letzten Jahre eine sehr rege Thätigkeit. Im ganzen wurden 1194 Versammlungen abgehalten, darunter 106 Frauenversammlungen. Von diesen Versammlungen entfallen 912 auf Wien, 282 auf die Provinz. Von den Provinzversammlungen waren vier Fünftel Versammlungen von Ziegelarbeitern. Die Beziehungen

der tschechischen Partei-Organisation zur deutschen waren während der ganzen Zeit sehr gute und in allen wichtigen Angelegenheiten handelten beide Organisationen gemeinsam.

Nach Erledigung der Geschäftsberichte wurde über die Abänderung der Organisation auf Grund der Beschlüsse des Parteitags in Budweis beraten und sodann der Parteibeitrag auf 10 Heller monatlich festgesetzt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Die Wahlsiegfeier zu Rathenow** am 11. November vorigen Jahres soll durchaus eine öffentliche, nicht angemeldete Versammlung gewesen sein und hatte sich dieserhalb der Lokalbesitzer Stockfisch am 1. Februar d. J. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Zum Vorwurf wurde ihm gemacht, daß er, entgegen den Bestimmungen des Vereins- und Versammlungs-Gesetzes, diese Versammlung hätte tagen lassen, ohne der Anmeldungspflicht genügt zu haben. In der Verhandlung bestritt Stockfisch energisch, daß eine Versammlung stattgefunden hätte. Auch der Polizeibeamte, welcher während dieser Feier im Lokal anwesend war, bekundet, nicht den Eindruck gehabt zu haben, daß hier eine Versammlung stattfände. Der Beamte bekräftigte seine Aussage noch durch die Bemerkung, daß er gewiß in der Ueberwachung von Versammlungen geübt sei, aber in den lebenden Bildern usw. keine politische Versammlung erblicken zu können vermeint habe. Dieser Aussage ist es gewiß zuzuschreiben, daß selbst der Amtsanwalt zu dem Antrage kam, den Angeklagten freizusprechen.

Das Gericht war jedoch andrer Meinung. Trotzdem niemand in der Verhandlung etwas aussagte, das zu dem Schlusse berechtigte, es hätte eine Versammlung stattgefunden und der Vertreter der Anklage nicht mehr an die Anklagebehauptungen glaubte, wurde der Angeklagte zu 15 M. Geldstrafe verurteilt.

Zur Lage der Arbeiter im Fleischergewerbe.

Zum Reichstag ist am Mittwoch, den 6. d. M., das Protokoll über die letzten Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik erschienen. Diesem Protokoll ist der Bericht des Berichterstatters, des hessischen Ministerialrats Braun, angehängt. Er enthält noch verschiedene bemerkenswerte Thatsachen. Bereits unterm 8. April 1900 hat der Verband der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend die Kommission ersucht, statistische Erhebungen über die Zustände im Fleischergewerbe vorzunehmen. Als die hauptsächlichsten Mißstände werden bezeichnet: die übermäßige Dauer der Arbeitszeit, der Mangel an Sonntagsruhe, die schlechte Beschaffenheit der Arbeits- und Schlafräume, sowie die gegenwärtige Stellenvermittelung. Die Arbeitszeit im Fleischergewerbe beträgt durchschnittlich fast 17 Stunden täglich und 7½ Stunden an Sonntagen, woraus unberechenbare gesundheitliche Schädigungen der Arbeiter entstehen. Die beklagten Mißstände sind in den Dörfern wie in den Städten fast gleich stark ausgeprägt.

Die Kommission gab in ihren Verhandlungen zu, daß die beklagten Mißstände nicht bloß in Berlin, sondern mehr oder weniger auch in andren Großstädten vorherrschten und nicht einmal auf diese beschränkt seien. Sowohl was die Klagen über die Länge der Arbeitszeit, wie über die Mangelhaftigkeit der Betriebs- und Schlafstätten angehe, seien die gerügten Mißstände vorhanden. Es komme dies daher, daß selbst in den Großstädten das Fleischergewerbe noch vorwiegend handwerksmäßig betrieben werde. Es fehle deshalb bezüglich der Arbeitsteilung innerhalb des einzelnen Betriebs, wie bezüglich der Wahl der Betriebsstätte, soweit nicht die Arbeit in öffentlichen Schlachthäusern in Betracht kommt, die freie Beweglichkeit des Großbetriebs. Einer festen Regelung der Arbeitszeit stehe die wohl die Regel bildende häusliche Gemeinschaft und die gleichzeitige Zusammenarbeit zwischen Meister und Gehilfen entgegen, während die Notwendigkeit der Befriedigung des Fleischbedürfnisses eines verhältnismäßig kleinen Kundenkreises vielfach zum Geschäftsbetrieb auch in weniger geeigneten Betriebsstätten zwinge. Daß namentlich die aus dem letzteren Umstand sich ergebenden Mißstände in den Großstädten in besonderem Maße hervortreten, sei natürlich; ebenso machten sich dort die Schäden der Stellenvermittlung besonders bemerklich. Immerhin lasse sich jetzt noch nicht übersehen, „ob die bestehenden Mängel erhebliche Nachteile in gesundheitlicher oder sittlicher Beziehung in einem Umfange zu bewirken geeignet sind, daß ein Einschreiten auf Grund des § 120e der Gewerbe-Ordnung veranlaßt erscheint, oder ob nicht ein Vorgehen gegen einzelne besonders zu beanstandende Betriebe gemäß § 120d für ausreichend zu erachten ist". Zur Beschaffung des erforderlichen Zahlenmaterials empfiehlt die Kommission Erhebungen. Im übrigen stützt sich der Bericht der Kommission auf das durch die letzte Berufs- und Gewerbezählung geschaffene Zahlenmaterial. Danach entfällt im Reichsdurchschnitt 1 Fleischereibetrieb auf etwa 685 Personen, in den Großstädten auf etwa 653 Personen. Die Zahl der im Reichsdurchschnitt in einem Fleischereibetrieb beschäftigten Personen beträgt 2,41, in den Großstädten 3,1 Personen. Im Reichsdurchschnitt sind rund 87½ Prozent aller Betriebe Alleinbetriebe oder Betriebe mit 1 Gehilfen, sowie fast 58 Proz. der Betriebe solche mit 2—5 Personen, während nur in etwas über 4½ Proz. aller Betriebe 6 und mehr gewerbsthätige Personen vorhanden sind, deren Gesamtzahl etwas weniger als 16 Proz. der im Fleischergewerbe beschäftigten Personen beträgt. In den 28 Städten mit über 100 000 Einwohnern sind nur 19⅓ Proz. Alleinbetriebe oder Betriebe mit 1 Gehilfen, dagegen 68⅓ Proz. Betriebe solche mit 2—5 Personen und etwas über 12 Proz. Betriebe solche mit 6 und mehr Personen. Die Zahl der in letzteren Betrieben beschäftigten Personen stellt sich auf rund 31 Proz. der sämtlichen in den Großstädten in der Fleischerei Beschäftigten. — Die Eingaben wurden von der Kommission dem Herrn Reichskanzler mit dem Antrag überwiesen, über die Arbeitsverhältnisse im Fleischereigewerbe Erhebungen anzustellen. Hoffentlich haben diese das Resultat, daß bald durchgreifende Schritte zur Besserung der Lage jener Arbeiterkategorie gethan werden und sich die Regierung nicht durch das Zetermordio der „Mittelstandsretter", wie sie es gegenüber der Bäckerei-Verordnung angestimmt haben, von energischen Maßnahmen abhalten läßt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Polizei- und Koalitionsrecht. In Bremerhaven und Geestemünde wird seitens der Polizei jeder Streikposten von den betreffenden Straßen weggewiesen und einige sind auch bereits sistiert. Diesen soll nun auf Grund einer landrätlichen Verordnung vom 1. Mai 1900 der Prozeß gemacht werden. Die Verordnung lautet:

1. Den zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen ergangenen Aufforderungen der Aufsichtsbeamten ist unbedingt Folge zu leisten. 2. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Es ist das die alte Praxis. Das Koalitionsrecht haben die deutschen Arbeiter, auch das Ausstellen von Streikposten an sich ist erlaubt, im Interesse der „Sicherheit und Bequemlichkeit" jedoch ist jeder Schutzmann befugt, die Streikposten, und verhalten sie sich noch so ruhig und gesetzlich, einfach zu verhaften.

Der Streik bei Seebeck dauert unverändert fort.

Die Arbeiter in den Steinbrüchen von Gommern (Provinz Sachsen) sind in den Ausstand getreten, weil ihnen zugemutet wurde, in Zukunft für 25 Pf. pro Stunde zu arbeiten.

Der Konflikt in der Schuhfabrik von Catta u. Co. in Offenbach a. M. wurde Dienstag vor dem Gewerbegericht durch einen Vergleich beigelegt. Nach längeren Verhandlungen der fast vollzählig erschienenen 60 Ausgesperrten verstand sich Herr Catta dazu, 3½ Tage Arbeitslohn zu zahlen und sämtliche Ausgesperrten sofort zu den alten Bedingungen wieder einzustellen, womit die als Kläger Erschienenen sich einverstanden erklärten. Der Konflikt hatte gerade eine Woche gedauert; Arbeitswillige hatten sich einige gefunden, darunter nur ein einziger aus den Reihen der Ausgesperrten. Die Forderung auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit wurde im Interesse der Einigung fallen gelassen.

Die Arbeiter der Nahrungsmittel-Industrie in Nürnberg (Brauer, Bäcker, Konditoren, Lebküchner und Müller) nahmen in einer Versammlung eine Resolution an, in der konstatiert wird, daß die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse derart fortgeschritten ist, daß der Zusammenschluß aller innerhalb eines bestimmten Industriezweigs bestehenden Berufsorganisationen notwendig ist. Die Vereinigung zu einem Industrieverband soll in die Wege geleitet werden. Eine Kommission wurde beauftragt, an die Fachzeitungen und an die beteiligten Centralverbände diesbezüglich zu berichten. Ferner ward angeregt, auf die Tagesordnung der in nächster Zeit stattfindenden Verbandstage den Punkt „Gründung eines Industrieverbands" zu setzen und hierfür einen Referenten und einen Korreferenten zu bestellen.

Die Blattgold-Unternehmer in Nürnberg haben einen Ukas erlassen, wonach ab vergangenen Sonnabend die Kündigungsfrist zwischen ihnen und den Arbeitern aufgehoben ist. Eine Versammlung der Feingoldschläger protestierte gegen diese willkürliche Maßnahme, die als Ausnutzung der ungünstigen Konjunktur zu betrachten sei, und konstatierte, ohne sich über den Wert der Kündigungsfrist festzulegen, daß Situationen eintreten können, wo den Unternehmern daraus die schwersten Nachteile entstehen können. Die Arbeiter werden ihr Recht bei gelegener Zeit zurückfordern. Eine Kommission soll mit der Vorstandschaft der Unternehmervereinigung verhandeln, ob sie zu einer Besprechung über die Lage des Berufs bereit ist.

Aus der Frauenbewegung.

„Was die Frauen zum Fall Sternberg zu sagen haben" haben gestern abend nicht weniger als sieben Referentinnen in einer Frauenversammlung im Rathause öffentlich zum Ausdruck gebracht. Zehn Frauenvereine hatten dazu die Einladung ergehen lassen, darunter einige Berliner Lehrerinnenvereine, Damen des Landesvereins Preußischer Volksschullehrerinnen, der Verein „Jugendschutz" usw. Der Andrang war so stark, daß Hunderte von Gesuchen um Karten hatten zurückgewiesen werden müssen, daher soll, wie die Vorsitzende Frau Dr. Bieber-Böhm mitteilte, die Versammlung wiederholt werden. Der Saal war von Damen dicht gefüllt, nur wenige Herren hatten Zutritt erhalten. Der Fall Sternberg wurde behandelt vom Standpunkt der Mutter, der Lehrerin, der Aerztin, der Gefangenen- und der Waisenpflegerin. Besondre Beachtung verdienen die Ausführungen der Volksschullehrerin Frl. Elisabeth Mießner. Sie fand, daß der Prozeß Sternberg Zustände enthüllt habe, die nach der Erfahrung der Geschichte unfehlbar zum Untergang führen müßten. Darum zurück von diesem Weg! Große Scharen von Frauenzimmern hält der Männerstaat für die Männerwelt bereit. Das wäre nicht möglich, wenn die Frauen Einfluß in der Gesetzgebung hätten! (Lebhafter Beifall.) Uns Lehrerinnen erfaßt eine namenlose Angst um die jungen Menschenseelen, wenn wir an Mädchen, die bisher rein und kindlich waren, plötzlich Veränderungen wahrnehmen, die wir uns kaum erklären können — und dahinter steht ein — Sternberg! Soll man hier von den Männern Hilfe erwarten? Die haben nicht einmal das Schutzalter auf 18 Jahre gesetzt und die Mädchen dem Arbeitgeber gegenüber recht schutzlos gelassen! Nein, die Frauen müssen da ein Wort mitzusprechen haben. Nicht nur die socialen Verhältnisse müssen besser werden, sondern auch die Erziehung. — Frl. Dr. Springer forderte neben Schulärzten auch psychiatrisch gebildete Schulärztinnen, die zur Vorbeugung ganz Außerordentliches leisten könnten. Zum Schluß verlangte Frl. Dr. Springer einen taktvoll sexuell-hygienischen Unterricht für die Schule (Oberklassen). — Frl. Marie Mellien berichtete von den Zuständen in den kleinen Gefängnissen, die auch für die gefangenen Mädchen Hochschulen des Verbrechens seien. — Frau Vera Proelß (Charlottenburg) sprach vom Standpunkt der Waisenpflegerin und berichtete unter lebhafter Empörung Fälle von scharfen Mißbräuchen, deren Waisenpfleger sich schuldig gemacht hätten und macht eine Reihe von Vorschlägen zur Reorganisation der Waisenpflege. Im Schlußwort machte Frau Dr. Bieber darauf aufmerksam, daß es in der Hand der Frauen liege, daß vom 1. April ab (Fürsorge-Erziehungsgesetz) kein minderjähriges Mädchen mehr auf die Sittenliste gesetzt zu werden brauche. Damit schloß die Versammlung.

Die Einführung einer behördlichen Hausfrauen-Statistik wird von dem Verband fortschrittlicher Frauenvereine in einer Eingabe an das kaiserliche Statistische Amt gefordert. Es wird darin die besondere Berücksichtigung der hauswirtschaftlichen Thätigkeit verheirateter Frauen im eignen Haushalt bei Aufstellung der Berufsstatistik verlangt. Bisher galt nämlich die Hauswirtschaft nur dann als besondere Berufsart, wenn sie von bezahlten Personen, wie Wirtschafterinnen, Dienstboten usw. ausgeübt wurde. Es wird von den Petentinnen gewünscht, daß schon bei der nächsten Volkszählung eine eigne Rubrik zu diesem Zwecke eingerichtet wird, um ziffernmäßig die volkswirtschaftlichen Leistungen der Frauen auf dem Gebiete der Hauswirtschaft festzustellen.

Sociales.

In den Berichten der Gewerbe-Inspektoren kehrt die Wendung häufig wieder, daß der Verkehr mit Arbeitern noch immer zu wünschen übrig lasse, daß die Arbeiter noch immer nicht das nötige Vertrauen zu den Beamten besäßen usw. Und doch beweisen die Ergebnisse der Gewerbe-Inspektoren Süddeutschlands, daß es wohl leicht möglich ist, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. Man wird sich aber nicht über mangelndes Vertrauen der Arbeiter beklagen können, wenn man verfährt, wie der Gewerbe-Inspektor in Halle. Er wurde vom dortigen Gewerkschaftskartell gebeten, einer Sitzung dieser Körperschaft beizuwohnen, erwiderte jedoch, daß er „aus dienstlichen Rücksichten" ablehnen müsse. Die „dienstlichen Rücksichten" sind wahrscheinlich der bekannte Erlaß des Ministers und Socialpolitikers Berlepsch.

Das Arbeitersekretariat Halle erstattet nach einer Thätigkeit von 16½ Monaten seinen ersten Geschäftsbericht, der mit dem über den Stand der dortigen Gewerkschaftsbewegung ausführlich Auskunft gebenden Bericht des Gewerkschaftskartells in einem Heftchen erscheint, das leider auf sehr schlechtem Papier sehr schlecht gedruckt ist.

Wie der Sekretär M. Güldenberg einleitend bemerkt, haben sich die Befürchtungen hinsichtlich der Inanspruchnahme und der finanziellen Unterstützung des Sekretariats, die bei der Schaffung desselben laut wurden, als völlig unbegründet erwiesen. Das Auskunftsbureau wurde reichlich in Anspruch genommen in allen Rechtsfragen, die im Leben des Arbeiters auftauchen, wobei selbstverständlich die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und dem Versicherungswesen die übergroße Mehrzahl bildeten. Der Bericht teilt eine Anzahl Fälle aus der Praxis mit, aus denen hervorgeht, wie schwer es den Arbeitern oft gemacht wird, ihr Recht zu finden. Namentlich die Erfahrung drängt sich uns auch aus diesem Bericht wieder auf, daß die Berufsgenossenschaften mit allen Mitteln bestrebt sind, den armen Verunglückten den Bezug der Unfallrente zu verleiden.

Der Kampf gegen die Tuberkulose in Dänemark. Die socialdemokratische Partei brachte beim Beginn der gegenwärtigen Session des Reichstags einen Gesetzentwurf ein, der die Errichtung von Volks-Heilstätten zur Bekämpfung der Tuberkulose verlangt. Gleich nach Einbringung des Entwurfs haben die Verwaltungen der anerkannten Krankenkassen eine Petition unter ihren Mitgliedern zirkulieren lassen, worin erstens verlangt wird: die Errichtung von Volks-Heilstätten für unbemittelte Lungenkranke, zweitens kräftige Unterstützung aller Veranstaltungen, die dazu dienen, skrophulösen Kindern, Epileptikern und Lupuskranken, auch wenn diese die Kosten nicht bestreiten können, die entsprechende Behandlung zu gewähren. Diese Petition, der sich 923 Krankenkassen angeschlossen haben, ist in zwei Monaten von 228 826 Personen unterzeichnet worden. Eine so hohe Zahl von Unterschriften ist bis jetzt noch nie für irgend eine Sache gewonnen worden. Die Einbringung des socialdemokratischen Gesetzentwurfs hat außerdem noch den Erfolg gehabt, daß sich in bürgerlichen Kreisen ein „Nationalverein zur Bekämpfung der Tuberkulose" gebildet hat. Die Aerzte aber, die sich mit der Frage befaßt haben, haben sich mit wenigen Ausnahmen im Sinne des socialdemokratischen Gesetzentwurfs dahin ausgesprochen, daß die private Hilfe hier nur ganz Unzulängliches zu stande bringen könne und daß der Kampf gegen diese Volkskrankheit Sache des Staats sein müsse.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das agrarische Herz des Reichskanzlers.

Berlin, 6. Febr. Auf dem vom deutschen Landwirtschaftsrat veranstalteten Feste hielt Reichskanzler Graf Bülow folgende Rede:

Er wisse sich aber auch eins mit ihnen in dem ernstlichen Bestreben, mit allen Kräften die Interessen der Landwirtschaft zu fördern, die sich seit einer langen Reihe von Jahren in schwieriger Lage befinde. Indem er der Landwirtschaft zu helfen trachte, erfülle er lediglich seine Pflicht. (Lebhaftes Bravo!) Es sei seine Pflicht als Reichskanzler, für einen Beruf zu sorgen, welcher einem so großen Teil unsrer erwerbsthätigen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt gewähre, dessen Ergehen von so vitaler Bedeutung sei für die Unabhängigkeit des Vaterlands nach außen und seine innere Wohlfahrt. So lange er auf seinem Posten stehe, werde er für ihn in der äußern wie in der inneren Politik nur eine einzige Richtschnur geben, das öffentliche Wohl. Diese Salus publico mache es ihm zur Pflicht die großen Produktivstände, Landwirtschaft, Industrie und Handel, gleichmäßig zu schützen. Er werde sich niemals verleiten lassen, die Wage der ausgleichenden Gerechtigkeit zu Ungunsten des einen oder andern Teils sich heben oder senken zu lassen. Die Sorge für die Landwirtschaft sei ihm aber nicht nur Pflicht seines Amts, sondern, davon könnten die Herren sich überzeugt halten, er trete auch mit seinem Herzen für die Landwirtschaft ein. (Lebhaftes Bravo!) Dafür bürge ihnen schon sein Name, dessen Träger durch Jahrhunderte die deutsche Scholle bebaut hätten. Er danke ihnen, daß sie ihm in seinem Streben ihre sachverständige und besonnene Mitwirkung leihen wollten und er sei überzeugt, daß ihrem gemeinsamen Streben der schließliche Erfolg nicht versagt bleiben werde. In dieser Hoffnung leere er sein Glas auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer würdigen Vertretung. Der Reichskanzler schloß mit einem Hoch auf den Landwirtschaftsrat und mit dem Wunsche des Blühens und Gedeihens der deutschen Landwirtschaft.

Die Bremer Bürgerschaft gegen den Brotwucher.

Bremen, 6. Februar. (W. T. B.) Die Bürgerschaft hat folgenden Antrag an den Senat beschlossen: Angesichts der drohenden Bestrebungen, bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge eine Erhöhung der Getreidezölle herbeizuführen, und in der Ueberzeugung, daß der Senat mit der Bürgerschaft darin übereinstimmt, daß solche Zollerhöhung vorzugsweise eine stärkere Belastung der weniger bemittelten Volksklassen und eine schwere Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Allgemeinheit zur Folge haben würde, erwartet die Bürgerschaft, daß der Senat durch den bremischen Bundesrats-Bevollmächtigten **gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle wirken werde.**

Sturz des italienischen Kabinetts?

Rom, 6. Februar. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Die Beratung der Anträge und Interpellationen über das Verhalten der Regierung anläßlich der Auflösung der **Arbeitskammer in Genua** wird fortgesetzt. Nachdem zahlreiche Redner für und gegen das Kabinett gesprochen, unter letzteren auch Prinetti, wird die Generaldebatte geschlossen und die Beratung der zahlreichen Tagesordnungen begonnen. Rudini erklärt, er werde für die Regierung stimmen. Fortis beantragt, die Abstimmung bis zur Beratung der wirtschaftlichen Vorlagen zu verschieben. In namentlicher Abstimmung wird dann mit 318 gegen 102 Stimmen, bei 6 Stimmenthaltungen eine von Nicolo Fulci eingebrachte Tagesordnung angenommen, in welcher das **Verhalten der Regierung anläßlich der Auflösung der Arbeitskammer in Genua gemißbilligt wird.**

Im weiteren Verlauf der Sitzung soll die namentliche Abstimmung folgen über eine Tagesordnung des Deputierten Daneo, welche besagt: In Erwägung, daß das Vorgehen der Behörden hinsichtlich der Auflösung der Arbeitskammern in Genua eine Unsicherheit der Regierung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung beweise, fordert die Kammer die Regierung auf, mittels Vorlagen wirtschaftlicher, administrativer und finanzieller Natur ein Regierungsprogramm aufzustellen, durch welches eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse vermieden wird. Daneo will jetzt seine Tagesordnung abändern, nachdem die Kammer über die Tagesordnung Fulci abgestimmt hat, welche einen Zusatzantrag zu einer Tagesordnung bildete. Der Präsident will dies jedoch nicht zulassen, da ein solches Vorgehen gegen die Geschäftsordnung verstoße. Die Tagesordnung Daneo wird sodann mit 888 Stimmen gegen eine abgelehnt. Der Ministerpräsident Saracco erklärt hierauf, daß die Regierung es sich infolge des sonderbaren Resultats der Abstimmungen der Kammer vorbehalte, seine Entschließungen mitzuteilen. Die Sitzung wird dann aufgehoben.

Der Boerenkrieg.

London, 6. Februar. (W. T. B.) Ein Telegramm Kitcheners aus Pretoria vom gestrigen Tage meldet: General French treibt den Feind nach Amsterdam zurück. **De Wet** steht noch immer nördlich von Thabanchu, seine Leute beschädigten heute früh einen Transportzug bei Pompey Siding.

London, 6. Februar. (W. T. B.) Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Bloemfontein von gestern gemeldet, Piet De Wet, der Präsident der Friedenskommission, habe an Christian De Wet die inständige Bitte gerichtet, sich zu ergeben.

Schiffsunglück.

Falmouth, 6. Febr. (W. T. B.) Die Mannschaft der russischen Bark „Tylty", von Southfields mit Kohlen unterwegs, ist nach Verlust des Schiffs heute hier gelandet worden. Dieselbe war gestern durch den Hamburg-Amerikanischen Dampfer „Australia" gerettet. Auf diesem hatte man die Notsignale gesehen. Nach einem Aufruf von Freiwilligen, auf welchen als erster der Untersteuermann sich meldete, wurde ein Rettungsboot zu Wasser gelassen. Diesem gelang, trotz der sehr hohen See, die glückliche **Rettung der Mannschaft.**

Leipzig, 6. Februar. Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer heutigen Sitzung einen Betrag von 86 950 Mark für den Ankauf des Vorwerks Sorg bei Adorf im Erzgebirge zur Errichtung einer **Lungenheilanstalt** für Leipziger Einwohner.

Haag, 6. Februar. (W. T. B.) Wie das „Reutersche Bureau" erfährt, hat Herzog Heinrich den Titel Prinz der Niederlande erhalten.

Verantwortl. Redacteur: Wilhelm Schröder in Wilmersdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

42. Sitzung vom Mittwoch, den 6. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Geh. Geheimrat.

Zunächst nimmt das Haus zwei mündliche Berichte der Kommission für die Geschäftsordnung entgegen.

In beiden Fällen handelt es sich um Gesuche der Staatsanwaltschaft, **die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Beleidigung des Reichstags** zu erteilen. Die eine Beleidigung des Reichstags soll in einem von Wilhelm Opificius verlegten und von August Dreesbach in Mannheim gedruckten Flugblatt, das im vorigen Jahre verbreitet wurde, enthalten sein. Im zweiten Fall handelt es sich um einen Artikel der in München erscheinenden alldeutscher Zeitung „Odin" mit der Ueberschrift: „Präsident Krüger in Berlin abgewiesen." Der Schlußsatz lautet: „Der Reichstag, diese Spottgeburt aus Dreck und Feuer, kann wirklich einen Hund jammern." Auf Antrag der Kommission wird die Genehmigung zur Strafverfolgung in beiden Fällen nicht erteilt; im ersten Fall mit der Begründung, daß kein Anlaß vorliege, von der bisherigen Praxis abzugehen, im zweiten Fall deshalb, weil, wie der Referent Abg. Dr. Pichler (C.) hervorhebt, „derartige geist- und geschmacklose Aeußerungen den deutschen Reichstag nicht beleidigen können".

Hierauf wird die erste Beratung des Antrag Bargmann und Genossen (frs. Vp.) an **Beseitigung der Theatercensur** fortgesetzt.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Der Antrag fordert die Aufhebung der Theatercensur für theatralische Aufführungen jeder Art, gleichviel, ob bei ihnen ein höheres künstlerisches Interesse vorliegt oder nicht, also auch für die Aufführungen in Variétés. Für diesen zweiten Fall, meine ich, liegt kein Grund zu einer Aenderung der bestehenden Gesetze vor. Wir lehnen also diesen Teil des Antrags Bargmann ab. Anders liegt die Sache bei theatralischen Aufführungen, bei denen ein höheres künstlerisches Interesse vorliegt. Hier sind allerdings unter der bestehenden Gesetzgebung Mißgriffe vorgekommen, die es angezeigt erscheinen lassen, der in dem Antrage gegebenen Anregung näherzutreten. Die vom Abg. Müller angeregte Frage, ob durch die Theatercensur in Preußen die preußische Verfassung verletzt wird, ist von der preußischen Volksvertretung und von den preußischen Gerichten zu entscheiden und nicht von uns. Herr Müller hat dann weiter behauptet, daß die Theatercensur sich nicht verträgt mit den in der Gewerbe-Ordnung niedergelegten Grundsätzen der Gewerbefreiheit. Diese Anschauung verträgt sich aber nicht mit der juristischen Litteratur, den Urteilen der Gerichte und der bisherigen Auffassung des Reichstags. Die in den Einzelstaaten eingeführte Theatercensur ist danach mit der Gewerbe-Ordnung wohl verträglich. Im Gegensatz zu Herrn Stockmann halte ich aber den Reichstag wohl für zuständig, durch Abänderung der Gewerbe-Ordnung die Theatercensur zu beseitigen. Herr Müller hat uns gezeigt, welche großen Mißstände auf diesem Gebiet liegen. Der Censor ist der Ansicht, daß das Publikum des einen Theaters mehr vertragen kann, als das Publikum des andren. So giebt es gewissermaßen drei moralische Kategorien, die erste ist das Deutsche und das Lessing-Theater, die zweite das Residenz-Theater, die dritte etwa das Apollo-Theater. Was das Publikum im Residenz-Theater nicht vertragen kann, das verträgt es nach dieser Auffassung im Apollo-Theater. (Heiterkeit.)

Es ist mit Recht ein Widerspruch, wenn die Aufführung von einigen Stücken in der einen Stadt erlaubt und in der andren verboten ist. Es ist weiter nicht zu leugnen, daß die dramatische Kunst anders behandelt wird als andre Dinge, als Litteratur, als Dichtung, Plastik, Malerei, wo das künstlerische Schaffen sich frei entfalten kann und lediglich an der Grenze Halt machen muß, wo die Strafgesetze beginnen. Es ist auch feststehend, wie zahlreich die Mißgriffe sind, die durch den Censor begangen sind. Das beweist eine Reihe von Fällen, wo teils nach kürzerer, teils nach längerer Zeit die Mißgriffe der Censur beseitigt worden sind.

Man hat mit Recht gesagt, daß der Censor der Verteidiger der Wahrheit von gestern ist und gegen die Wahrheit von heute kämpft. Es ist unbegreiflich, wie ein so harmloses Machwerk wie die „Gestrengen Herren" verboten werden konnte. Das Verbot hervorragender, ernster und geistig hochstehender Stücke ist um so peinlicher, als der leichtgeschürzten Muse dann wieder in den Variétés der freieste Spielraum gelassen wird. (Sehr richtig! b. d. Nationalliber.) Angesichts der vorhandenen Mißstände erscheint es mir zweifelhaft, ob die im Antrag Bargmann geforderte einfache Aufhebung der Theatercensur richtig ist und genügt, und ob nicht positive Bestimmungen über die Theatercensur besonders im Hinblick auf frivole Stücke notwendig sind. Nehmen wir an, der Antrag Bargmann ist Gesetz. Der Polizei braucht das Manuskript nicht mehr eingereicht zu werden, sie wohnt der Generalprobe nicht mehr bei. Nun schickt sie einen Lieutenant ins Parkett. Der Lieutenant sitzt da. Die Situation wird oben bedenklich. Der Lieutenant unten wird unruhig. (Heiterkeit.) Er fürchtet das schlimmste. Was soll er thun? Wird oben wirklich gegen den § 184 des Strafgesetzbuchs gesündigt, so wird er von seiner vorgesetzten Behörde wegen verspäteten Einschreitens getadelt. Er wird also vorbeugend wirken wollen, setzt den Helm auf, betritt die Bühne und sagt: Nun hört's aber auf. (Heiterkeit.) Dann wäre der Skandal fertig. Ja, wenn alle Theater geneigt wären, der hohen, hehren und edlen Kunst zu dienen, dann brauchen wir keine Censur. Da das aber nicht der Fall ist, werden wir positive Bestimmungen für die Censur treffen müssen. Ich beantrage deshalb Kommissionsberatung. Im allgemeinen dürfte es vielleicht genügen, der Polizei das Recht zu geben, der Generalprobe beizuwohnen und ein Stück wegen Verletzung bestimmter Paragraphen des Strafgesetzbuchs zu verbieten. Es hätte das auch noch den besonderen Vorteil, da ja vielfach die Darstellung über den Wortlaut hinausgeht und oft unsittliche Handlungen verübt werden, die über die Intention des Dichters hinausgehen. Daneben muß selbstverständlich die **Möglichkeit bestehen bleiben**, daß die **Polizei**, wozu sie ja auch heute schon das Recht hat, **im Interesse der Sicherheit der Personen das Verbot** eines Stückes aussprechen kann, bei hochpolitischen Bewegungen, Streikbewegungen, in denen die beiden Parteien im höchsten Grade gereizt, einander gegenüberstehen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Roeren** (C.):

Wenn Sie vielleicht in mir einen begeisterten Verteidiger der Theatercensur, wie sie jetzt gehandhabt wird, zu sehen erwarten, dann sind Sie im Irrtum. Ich habe viel mehr Beschwerden über die Theatercensur als Herr Müller, nur nach einer andren Richtung. (Heiterkeit.) Ich werfe der Censur vor, daß sie häufig die harmlosesten socialen, politischen und gesellschaftlichen Schilderungen verbietet, auf sittlichem Gebiete aber die lasciversten Darstellungen gestattet. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich habe mich aber gegen den Antrag zum Wort gemeldet, weil er nicht entscheidet zwischen der Handhabung und dem Wesen der Censur. Der Antrag hat ja keine Aussicht auf Annahme hier und auch die Regierungen werden im Gefühl ihrer Verantwortung, die öffentliche Sittlichkeit und Ordnung aufrecht zu erhalten, nicht auf das wirksamste Mittel, politische und moralische Ausschreitungen auf der Bühne zu verhindern, verzichten wollen. Wenn dieser Antrag überhaupt gestellt wurde, so erklärt es sich nur aus der **ruhmlosen und schwächlichen Haltung**, die die **Regierung bei ihrer eignen lex Heinze eingenommen hat.** (Heiterkeit links. Lebhafte Zustimmung im Centrum.) In den Eingellandtagen hat sie vor den Schreiern damals völlig kapituliert (Große Heiterkeit links), sogar die Regierung, auf deren Drängen der bestrittenste Paragraph, § 184, überhaupt aufgenommen worden ist. (Sehr richtig! im Centrum.) Das hat die Gegner ermutigt, sie zum Avancieren gezwungen, sie zu diesem Antrag veranlaßt, gegen den wir natürlich stimmen werden. Wir erscheint es zunächst überhaupt mehr als zweifelhaft, ob der Reichstag kompetent ist, die landesrechtlich in den Einzelstaaten eingeführte Theatercensur aufzuheben. Anders liegt die Frage, ob nicht die Handhabung der Theatercensur reichsgesetzlich geregelt werden kann. Aber auch diese Frage ist zu verneinen, denn die Theatercensur berühret die Freiheit, zu einem Gewerbe zugelassen zu werden, nicht. Die Variétés schießen ja wie Pilze aus der Erde. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Reichstag ist also nicht kompetent, in die Rechte der Einzelstaaten über Theatercensur einzugreifen, und aus diesem principiellen Grunde lehnen wir den Antrag ab. Im Jahre 1890 petitionierte die Genossenschaft deutscher Autoren und Komponisten, vertreten durch Herrn v. Gottschall, um Aufhebung der Theaterfreiheit, weil sie die anständigen Theater und Autoren schwer schädige. (Hört! hört! im Centrum.) Jetzt wird im Namen der Freiheit die Beseitigung der Theatercensur verlangt. Daß die Theatercensur nicht fehlerfrei gehandhabt wird, wird niemand bestreiten. Herr Müller hätte sich die Vorführung der vielen Fälle, worunter manch alter Ladenhüter war (Sehr richtig! im Centrum.), sparen können. Aber um ein richtiges Bild zu gewinnen, hätte der Zahl der Mißgriffe gegenüber die Zahl der Fälle genannt werden sollen, wo die Censur wirklich Uebergriffe auf der Bühne und Ausschreitungen ferngehalten hat. (Sehr richtig! rechts.) Der Fehler der Censur liegt darin, daß nicht gestrichen wird, was hätte gestrichen werden müssen. (Auf links: Obercensor!) Herr Bebel hat mit vollem Recht in der Kommission für die lex Heinze gesagt: „Die Polizei übt ihre Censur in ganz inkonsequenter Weise aus, verbietet unschuldige politische Deklamationen und duldet die lasciversten Darstellungen der Tingeltangel." Ein einziger Besuch im Tingeltangel genügt, um eine Schamlosigkeit der Darstellung, der Kleidung und der Bewegungen kennen zu lernen, daß man sich frage, wozu überhaupt eine Theatercensur da ist, wenn so etwas vorkommen kann. Die liberale „Pädag. Ztg." nennt die Vorstellungen der **Berliner Vorstadt-Theater** gemein und frivol. Die „Dame von Maxime ist von der „Kölnischen Zeitung", der socialdemokratischen „Münchener Post" und liberalen Blättern als unsittlich verdammt worden, und doch ist sie hier unter den Augen des Censors mehr als dreihundertmal gegeben worden. Da habe ich recht, wenn ich sage: **Die Censur sündigt ungleich mehr durch das, was sie nicht streicht, als durch das, was sie streicht.** Selbst der ekelhafte Barrison-Skandal, der einige Jahre verschwunden war, macht sich jetzt wieder breit. Was würden Sie sagen, wenn ich etwa das Reichstagswahlrecht aufzuheben beantragen wollte, weil sich Unzuträglichkeiten und Mißbräuche bei ihm herausgestellt haben? Unzuträglichkeiten und Mißbräuche kommen auch bei der Censur vor. Sie sollen nach Möglichkeit beseitigt werden, aber das Institut darf nicht beseitigt werden.

Es wird den Mitgliedern des **Goethe-Bunds** ein Stich ins Herz sein, wenn ich erkläre, daß ich übereinstimme mit dem, was der Ehrenpräsident des Goethe-Bunds, Herr Professor Mommsen, in einem zur Veröffentlichung bestimmten Brief vom Oktober 1900 gesagt hat: „Die Beseitigung der Theatercensur werden die Verständigen wohl nicht wünschen: die Gefahr für die Sittlichkeit ist bei der Anziehungskraft, die die gemißbrauchte Bühne ausüben kann, keineswegs gleichgültig." Ich hätte dies nicht gesagt, wenn der Herr Kollege Müller nicht behauptet hätte: Selbst der alte Mommsen teilt unsren Standpunkt. Daß ein Mann wie Mommsen nach vier Monaten schon wieder der entgegengesetzten Ansicht sein sollte, das halte ich für unmöglich, auch wenn der Herr Kollege Müller es immer wieder behauptet. Ich gehöre zwar nicht dem Goethe-Bund als Mitglied an, (Heiterkeit.) aber das kann ich erklären, daß ich den Ehren-Präsidenten des Goethe-Bunds für zu hoch halte, um ihm einen so plötzlichen Ansichtswechsel zuzutrauen! In der freisinnigen Presse wurde zur Begründung des Antrags Bargmann behauptet, daß die Präventivmaßregeln der Censur nicht so wirksam seien, wie die Repressivmaßregeln. Früher aber bei der Gegnerschaft gegen den sog. Theaterparagraphen wurde gerade das Gegenteil behauptet. Im übrigen ist es ja klar, daß die Censur vor und nach der Aufführung nach genau denselben Grundsätzen verfahren würde. — Durch die Theatercensur soll der Entwicklungsstrom der Volksseele gehemmt werden! Dieser Strom muß eine traurige Richtung eingeschlagen haben, wenn er durch die Theatercensur, die nur grobe Verstöße verhindern soll (Rufe links: soll! soll!), gehemmt wird. Daß auch unbegründete Abstriche erfolgt sind, gebe ich zu, aber ich frage die Herren, ob in den Beispielen, die der Herr Abg. Müller anführte von der jodelnden Tirolerin bis zur papiernen Sphinx irgend etwas vorkam, durch dessen Streichung die Kunst irgend etwas verliert? (Sehr gut! im Centrum.) Die Theatercensur soll mir dazu dienen, die groben sittlichen Ausschreitungen und Obscönitäten aus den Stücken zu entfernen, dazu ist sie notwendig. (Sehr richtig! rechts; Widerspruch links.) Wenn Sie (nach links) das leugnen, so stehen Sie wieder im Gegensatz zu Herrn Professor Mommsen. Ob neben den Obscönitäten noch etwas wirklich Künstlerisches in einem Stück enthalten ist, das zu prüfen ist nicht Sache des Censors.

Der Kampf gegen die Obscönitäten ist um so notwendiger angesichts der zunehmenden Unsittlichkeit unter der heutigen Jugend. Ich erinnere an den Aufruf der Professoren der Medizin gegenüber der **zunehmenden Unsittlichkeit der studierenden Jugend.** Dort wird darauf hingewiesen, daß vor allem die Lektüre des grobsinnigen Materialismus der französischen und jungdeutschen Litteratur die Jugend von Grund aus verderbe. Herr Bebel spricht sich in seinem Buch „Die Frau" ähnlich über die unheilvolle Wirkung schlechter Lektüre aus, durch welche die geschlechtliche Ausschweifung der Jugend gesteigert werde. Wenn das von der Wirkung der Lektüre gesagt wird, so gilt es in noch viel erhöhterem Maße von den Vorstellungen auf der Bühne. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir werden für Ablehnung der Vorlage stimmen. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **Pachnicke** (freis. Vg.):

Die Kompetenz des Reichs in dieser Frage kann nicht bestritten werden. Das Theater ist, ökonomisch betrachtet, ein Gewerbebetrieb, und schon als solcher unterliegt es der Reichsgesetzgebung. Interessant ist es, daß die Einbringer des Toleranzantrags hier so minutiöse Kompetenzbedenken vorbringen. (Sehr richtig! links.) Wir wollen nicht Aufhebung der Schranken der Zügellosigkeit, sondern wir wollen nur als Zügel das Strafgesetzbuch statt der Willkür der Polizei. Diese hat sich als vollkommen unfähig erwiesen, die Censur zu handhaben. Wir wünschen vollständige Beseitigung der Censur. Herr Bassermann wollte bei dem Thatbestand einer strafbaren Handlung die Censur zulassen. Er hat aber wohl nicht bedacht, daß dadurch auch der grobe Unfug-Paragraph und die vagen Bestimmungen über Störung der öffentlichen Ordnung anwendbar werden. Ich fürchte, daß auf diese Weise bald der alte Zustand wieder hergestellt werden wird. (Sehr richtig! links.) Das Strafgesetzbuch, das Publikum und die litterarische Kritik genügen nach unsrer Meinung durchaus als Censur. (Bravo! links.)

Abg. **Himburg** (l.):

Meine politischen Freunde werden gegen den Antrag und auch gegen die Kommissionsberatung stimmen. Vor allem ist das Reich in dieser Materie nicht kompetent und im übrigen sind wir der Meinung, daß die Censur segensreich gewirkt hat und auch im großen und ganzen geschickt gehandhabt worden ist. Die Censur ist notwendig, um anstößige Aufführungen zu verhindern.

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

Wenn man überhaupt eine Censur haben will, dann muß man auch ihre Mißstände in den Kauf nehmen. Herr Roeren hat also als principieller Anhänger der Censur kein Recht, sich über Fehler, die vorkommen können, zu beklagen. Die Anhänger der Censur müßten jedenfalls für eine gesetzliche Regelung dieser Frage sein, dann wären alle juristischen Zweifel, ob die Censur in den Einzelstaaten besteht oder nicht, gehoben. Wir sind aber der Meinung, daß, so lange eine Censur besteht, es ganz unvermeidlich ist, daß Fehler gemacht werden. Der Censor setzt sich überhaupt eine Aufgabe, die gar nicht zu erfüllen ist. Der einzige Censor kann nur das Publikum, die Kritik als ganzes sein. Herr Stockmann verlangt eine Kunst, die sich nach ganz bestimmter Richtung entwickelt, das polizeiwidrige Denken will er untersagen, und **als polizeimäßig erachtet er das, was den herrschenden Klassen gefällt.** Diese Herren wollen die Censur aufrecht erhalten, weil sie dem Fortschritt entgegen sind, weil sie ihre Weltanschauung als die allein richtige erachten und sie andren aufdrängen wollen. Herr Stockmann berief sich auf Goethe und meinte, er würde sich im Grabe umdrehen, wenn er höre, was heute unter Kunst verstanden wird. Ich weiß nicht, ob Herr Stockmann eine ganz besondere Kenntnis von der Lage Goethes hat. (Große Heiterkeit.) Ich stehe nicht auf dem Standpunkt des Goethe-Bunds. Zu ihm gehören Leute, die sich sonst um das öffentliche Leben nicht gekümmert haben, und erst dann etwas von der Politik merkten, als sie ihnen ins Handwerk pfuschen wollte. Nur in einem stimme ich mit der Ansicht des Goethe-Bunds überein, nämlich darin, daß Freiheit der Kunst und Wissenschaft gewahrt werden muß. Herr Stockmann wandte sich mit besonderer Emphase dagegen, daß im Goethe-Bund Häckel citiert sei. Häckel ist, wenn er auch ein entschiedener Gegner der Socialdemokratie ist, doch in wissenschaftlicher Beziehung einer der ersten Gelehrten unsrer Zeit. Und vor allem muß sein Streben auch von dem entschiedenen politischen Gegner anerkannt werden. Ich habe mir die Schrift Häckels noch einmal angesehen und folgende Stelle darin gefunden, die allerdings eine Weltanschauung vertritt, die von der des Herrn Stockmann himmelweit verschieden ist. Dort ist von einer Notiz in einem mecklenburgischen Schulblatte die Rede, worin es heißt: „Hüte Dich vor dem ersten Schritt, noch stehst Du unberührt vor den falschen Götzen der Wissenschaft. Hast Du diesem Satan erst den kleinen Finger gegeben, dann erfaßt er nach und nach die ganze Hand und Du bist ihm ganz verfallen. Mit geheimer Zaubermacht ergreift er Dich und führt Dich so zum Brunnen der Erkenntnis. Hast Du einmal davon gekostet, so führt es Dich mit magischer Gewalt zu diesem Baume zurück. Wahre Dir das Paradies Deiner wissenschaftlichen Unschuld." Das ist allerdings ein mannhaftes Auftreten dieses Gelehrten gegen die Verdummung des Volks, gegen die Bestrebungen, die den einzelnen verhindern wollen, nach der Wahrheit zu suchen. (Rufe rechts: lauter!) Sie rufen: lauter, nein, Ihre Gesinnung, die dem entgegensteht, ist nicht lauter! (Stürmische Heiterkeit.) Es ist die Gesinnung, die unsre Censur durchströmt, gleichviel ob ihr Leiter Herr Dumrath heißt, oder welchen Namen er sonst führt. Nach Ihnen soll **die Kunst und Wissenschaft nichts weiter sein, als die Magd einer bestimmten kirchlichen Richtung oder die herrschenden Klassen.** Von diesem Standpunkt ist nun zu verstehen, daß die Herren von der Mitte bis zur Rechten nicht einmal den Versuch machen wollen, in der Kommission den Baum der Erkenntnis aufzusuchen und zu prüfen, wer wirklich fähig ist, die Censur richtig zu üben. Herr Roeren meinte, auf den Specialitätentheatern würden Schamlosigkeiten sondergleichen aufgeführt. Er hat leider nicht angegeben, welche. Vielleicht meinte er, daß es bedauerlich sei, daß nicht noch jenes alte Restrept in Wirksamkeit ist, welches die Aufführung von Balletts verbietet. Ich habe einen Bekannten gefragt, was denn so Unsittliches am Ballett sei. Er meinte: Ja, lieber Freund, wenn Du so 'ne Dame vom Ballett siehst oder Du siehst eine Hofdame auf dem Ball oder eine Dame, die eben ins Bad steigen will, Du kannst sie gar nicht unterscheiden. (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, was Sittenloses daran sein soll, wenn die Damen da tanzen. Ich meine, es kann jemand schließlich das Schamloseste **mit außerordentlich hohem sittlichem Ernst betrachten,** und ein andrer kann das **Gleichgültigste mit einer Schamlosigkeit betrachten, die bei vielen den Gedanken erweckt, er habe etwas Schamhaftes gesehen.** Er hat es gesehen, gewiß, aber die andren nicht. **Lassen Sie doch diese Phantasie zu Hause, wenn Sie ins Theater gehen.** (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Roeren führte Bebel an, hat aber aus der ganz richtigen Anführung falsche Folgerungen gezogen. Bebel wendet sich in seiner „Frau" gegen die Zweideutigkeit, mit der seitens der herrschenden Klassen auf der einen Seite Sittenreinheit den Arbeitern gepredigt wird und von der auf der andern Seite Sittenlosigkeit ausgeübt wird in einer Art und Weise, daß der Strafrichter Veranlassung hätte, auf Grund der bestehenden Strafgesetze einzuschreiten, ohne daß dies doch geschieht. — Wenn die Theaterunternehmer etwas Strafbares thun, dann mögen sie bestraft werden. Heute aber liegt es vor allem so, daß die überwiegenden Klagen von denen ausgehen, die eine verdorbene Phantasie haben und sie daher auch bei andren voraussetzen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) — Von der Dame von Maxime ist geredet worden. Ich bedauere, daß ich sie nicht gesehen habe. Es ist mir aber mitgeteilt, daß die Dame von Maxime außerordentlich von der Censur beschnitten worden ist, vielleicht ist sie dadurch schamlos geworden. (Heiterkeit.) Eine Sittlichkeit, die nach außen sich bemüht zu erröten, aber sich innerlich freut, kann uns nicht imponieren. Aus diesem Geist heraus kann ich es mir auch nur erklären, daß durch die finstre Macht der Polizei die Macht der Finsternis verboten worden ist. Es giebt keine Censur, die mit dem Gedanken einer freien Kunst vereinbar wäre. Besonders haben wir uns zu beklagen, daß eine besondere Moral den Arbeitern gegenüber geübt wird. Wenn uns daran gelegen wäre, die Unzufriedenheit der Arbeiter zu erregen, so müßten wir eigentlich für die Censur sein, denn ihre Wirkung ist derartig aufregend, daß man auf den Gedanken kommen könnte, ein verkappter Socialdemokrat wäre Censor und erlasse die Verbote, damit auch die gleichgültigsten Arbeiter zum Nachdenken angeregt würden. Bei den Arbeiterfesten werden sämtliche freiheitlichen Vorträge verboten, denn: **„Freiheit ist unsittlich".** Der Neue Weltkalender ist zwar nicht von der Censur aber zur Kolportage verboten worden, weil sein Inhalt in sittlicher und religiöser Beziehung Anstößiges enthalte.

Das prächtige Eisnersche **Lebensbild unsres Liebknecht**, eine Schrift, die von tiefer, glühender Begeisterung und hoher, wahrer Sittlichkeit erfüllt ist, auch sie ist von der Polizei, der eine solche Sittlichkeit fremd ist, für die Kolportage verboten worden, weil sie in **sittlicher und religiöser Beziehung Anstoß erregt.** Die Polizei und der Censor arbeiten eben gemeinsam darauf hin, die Arbeiter, die noch nicht klug geworden sind, in der Dummheit zu erhalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Unbegreiflich wäre es mir, wenn auch die Polen in dieser Frage mit dem Centrum gehen wollten. Sind doch religiöse Aufführungen, eine Weihnachtsmesse und die „Heiligen drei Könige" deshalb verboten worden, weil sie in polnischer Sprache abgefaßt waren. Das Centrum hat sich seiner Zeit im Abgeordnetenhause lebhaft gegen diese Verbote erklärt. Wollen die Polen diese Rute des Censors noch länger auf ihrem Rücken dulden? Das Centrum freilich scheint nur so lange freiheitliche Allüren zu lieben, als es sich in der Rolle einer unschädlichen Minorität befindet.

Das **österreichische Gesetz** von 1897 versucht die Theatercensur gesetzlich zu regeln. Danach soll der Censor nur eben dann einschreiten, wenn die Aufführung den Thatbestand eines strafrechtlich verbotenen Delikts in sich schließen würde. Im Erkenntnis soll die Stelle angegeben sein, auf die sich das Einschreiten gründet. Alle andren Möglichkeiten, die sogenannte

Sorge der Polizei für öffentliche Ordnung und Sitte sind also ausgeschlossen. Aber auch mit dieser beschränkten Censur kann ich mich nicht einverstanden erklären. Was kann denn durch eine öffentliche Aufführung verletzt werden? Die Ehre eines andern, dann kann der Verletzer aber ebenso gut wie jeder andre angeklagt und bestraft werden. Es kann zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert werden, es kann in Aergernis erregender Weise nach § 184 Unsittliches geschehen. Alles das kann ja bestraft werden, wenn es auf der Bühne geschieht. Heute aber macht sich die Polizei der Begünstigung dieser Unzüchtigkeiten schuldig, wenn sie die Zügel, wie das häufig geschieht, locker läßt. Je genauer der Einzelne weiß, daß die Censur ihn nicht vor dem Strafgesetz schützt, desto vorsichtiger wird er sein.

Das **Ober-Verwaltungsgericht** hat verschiedene Gesichtspunkte aufgestellt, wonach sich das Verbot eines Stücks rechtfertigen soll. Das soll z. B. der Fall sein, wenn die Vorstellung in dem einzelnen Zuhörer Anschauungen erweckt, die zur Gefährdung der Sittlichkeit und der Staatsordnung führen können, oder wenn die Tendenz eines Stücks eine Gefahr für die Sittlichkeit zu erzeugen vermag oder wenn die Wirkung des Stücks eine Verschlechterung der inneren Gesinnung der Zuhörer herbeiführt. Mit solchen Sätzen muß jede aufstrebende Richtung, müssen Ibsen und Tolstoi, die neue sociale Empfindungen erwecken, vollkommen unterdrückt werden können. Schließlich dürfte nur gedacht und aufgeführt werden, was der Censor will. Ich erinnere an jenen alten Censor, der aus einem Stück die Worte „mein Engel" strich, da es menschliche Engel nicht gebe und durch die Bezeichnung Engel das religiöse Empfinden der Leute verletzt würde, die Engel als geschlechtslose und nicht menschliche Gestalten ansehen. (Heiterkeit.) In das innere Gefühl des Einzelnen hat der Censor nicht einzugreifen, unsre Rechtsordnung hat sich nur mit dem äußeren Verhalten der Menschen zu befassen, sonst wird nichts als Heuchelei großgezogen und der freien Ausübung der Kunst die schlimmsten Schranken gesetzt. Denken Sie so gering vom Künstler, daß Sie glauben, ohne Schranken würde er zum Gemeinen übergehen? **Wie tief und niedrig müssen Sie da vom geistigen Schaffen denken!** (Sehr gut! b. d. Soc.) Ich bin gewiß nicht mit allen Erzeugnissen der Moderne einverstanden, aber welche Brutalität wäre es, wollte ich dem einzelnen untersagen, seine poetische Schaffenskraft so auszudehnen, wie er es will. Ich wünschte einen Aristophanes, der den Kampf der Jungen und Alten, den Kampf der Prüden und Heuchler gegen die Vorwärtsstrebenden einmal zeigen möchte. Aufgeführt freilich würde das Stück nicht werden, denn der Censor würde darin eine Verächtlichmachung seines Amts erblicken.

Wenn die öffentliche Kritik an staatlichen Einrichtungen vom Censor verhindert werden sollte, dann hätten wir ja heute noch die Tortur, die auch einmal eine staatliche Einrichtung war. (Sehr richtig! links.)

Nach dem Ober-Verwaltungsgericht ist die Censur auch berechtigt, Stücke zu verbieten, in denen Personen eines königlichen Hauses auftreten. Dann dürften also „Joseph in Aegypten", oder Hebbels „Esther", oder Gutzkows „Zopf und Schwert" vom Censor gestrichen werden. Das sind doch unhaltbare Zustände. Sie (nach rechts) stemmen sich gegen Wissenschaft und Kunst, aber der Kulturwagen wird über sie hinweggehen. Nehmen Sie sich in Acht, wir wünschen Ihnen gesunde Glieder bis zum höchsten Glied, das Sie haben. (Große Heiterkeit.) Sorgen Sie dafür, daß endlich die Censur, dieser Makel unsrer Zeit, beseitigt werde! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Die Jurisdiktion des Ober-Verwaltungsgerichts hat Arbeitervereinen, die eine große Mitgliederzahl besitzen, den Vereinscharakter abgesprochen. Ihre Aufführungen sollen als öffentliche Aufführungen anzusehen sein, es ist gegen die **Freie Volksbühne** vorgegangen worden. Damit wird den Arbeitern die Möglichkeit genommen, ernsthafte Stücke sich vorführen zu lassen und ihre Erziehung durch die Kunst wird unterbunden. Die Polizei ist absolut nicht dazu geeignet, die Censur auszuüben, sie hat auf diesem Gebiet ihren Beruf vollkommen verfehlt, sowie sie ihren Beruf, Mörder zu entdecken, verfehlt. Ihrer ganzen Struktur und Entstehung nach, kann sie das Censoramt nicht ausüben.

Die Polizei ist in Frankreich von Ludwig XIV. erfunden worden, um „den Parisern zu schützen die Güter ihrer Seelen, ihres Körpers und ihres Vermögens". So war sie die Seele des absoluten Staats, die den Menschen beaufsichtigte von der Wiege bis zum Grabe. Sie paßt aber nicht hinein in die moderne Zeit mit ihrer neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung. Jetzt sieht sie ihre Aufgabe als Censor nur darin, die Menschen abzuziehen von ernsten künstlerischen Stücken durch die Schamlosigkeiten, die sie erlaubt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wenn Herr Stockmann gewagt, Goethe als Eideshelfer für die Censur hier anzuführen, so will ich ihn an das herrliche Bekenntnis erinnern, das der große Dichter im zweiten Teil des „Faust" abgelegt hat:

„Der Erdenkreis ist mir genug bekannt,
Nach drüben ist die Aussicht nur verrannt;
Thor, wer dorthin die Augen blinzelnd richtet,
Sich über Wolken seines Gleichen dichtet!
Er stehe fest und sehe hier sich um;
Dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm.
Was braucht er in die Ewigkeit zu schweifen?
Was er erkannt, läßt sich ergreifen!
Er wandle so den Erdentag entlang,
Wenn Geister spuken, geh' er seinen Gang.
Im Weiterschweifen find't er Qual und Glück,
Ob unbefriedigt jeden Augenblick.
Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß."

Diesen Kampf um die Freiheit, auch um die Freiheit in der Entwicklung der Kunst führen wir, und der Kampf gegen die Theatercensur ist ein Stück davon. Sie wird nicht von heute zu morgen fallen. Aber schon protestieren Mitglieder der Bourgeoisie, die auch einmal Hiebe von der Polizei bekommen haben, mit uns gegen die kulturwidrige Censur. Einst wird kommen der Tag, wo die heilige Ilios hinsinkt — wo die hochwohllöbliche Polizei und die von Ihnen (nach rechts) hochverehrte Gesellschaftsordnung mit ihr fallen wird. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. **Etat der Justizverwaltung**, des Reichsschatzamts usw.

Schluß 5½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 6. Februar 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung.

Am Ministertische: v. Thielen, v. Miquel.

Die Beratung der Kanalvorlage wird fortgesetzt.

Abg. **Schwarze**-Lippstadt (C.)

(auf der Tribüne sehr schwer verständlich) tritt für die Lippelinie ein, die an Stelle der Emscherthallinie gebaut werden müsse. Selbst wenn aber die Kanalvorlage wieder scheitern sollte, habe die Regierung die Pflicht, mit der Kanalisierung der Lippe selbständig vorzugehen.

Minister **v. Thielen**

setzt die Gründe auseinander, aus denen die Emscherthallinie den Vorzug vor der Lippelinie verdiene. Die Lippe sei ein schiffbarer Fluß, habe aber nur sehr geringen Verkehr und Aussicht auf größeren erst dann, wenn auf der Emscherthallinie allein der Verkehr nicht mehr bewältigt werden könne. Dann werde auch die Zeit der Lippe-Kanalisierung kommen, gegen die ja die Staatsregierung an sich nichts einzuwenden habe.

Abg. **v. Tiedemann**-Labischin (fk.):

Ich stehe auf dem Standpunkt der Interessengemeinschaft von Industrie und Landwirtschaft, und auch die Vertreter landwirtschaftlicher Interessen sollten für den Mittelland-Kanal eintreten, wenn sie sich keinen direkten Vorteil von ihm für die Landwirtschaft versprechen. Für die Landwirtschaft hat aber der Mittelland-Kanal direkten Nutzen, es liegt also ein weiterer Grund vor, ihm zuzustimmen.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.):

Von der Verständigung über die Lippe-Kanalisierung hängt, wie es scheint, das Schicksal der Vorlage ab. Die Staatsregierung sollte es sich ernstlich überlegen, ob sie dem Projekt der Lippe-Kanalisierung nicht näher treten soll. Andrerseits ist es aber auch Pflicht der Freunde des Lippe-Kanals, soweit als möglich entgegenzukommen. Herr v. Pappenheim sagte gestern, die Konservativen treten ohne vorgefaßte Meinung an die Vorlage heran, aber sowohl die Rede des Grafen Limburg wie Herrn v. Pappenheims eigne Rede atmeten doch heftige Kanalgegnerschaft. Die von konservativer Seite angeregte Aufhebung der Abgabenfreiheit auf den natürlichen Wasserstraßen ist für uns ganz indiskutabel. Sie ist auch unausführbar. Süddeutschland, vor allem Baden würde nie darein willigen. Holland würde nie die Aufhebung der Verträge eingehen. Der einzige Effekt wäre der, daß wir an der Oder zu höheren Abgaben kommen. Herr v. Zedlitz will jetzt für Tarifermäßigung auf den Eisenbahnen eintreten. Bisher hat er immer die Minister unterstützt, wenn sie solche Tarifreformen ablehnten. Ich hoffe, der Mittelland-Kanal wird so wie so zu Tarifermäßigungen auch auf den Eisenbahnen führen. (Hört, hört! rechts.) Jawohl: Hört, hört! Tarifermäßigungen haben immer noch segensreich gewirkt, sie haben noch stets zur Vermehrung des Verkehrs und der Einnahmen geführt. Interessant war es mir, daß Herr v. Pappenheim von der Eisenbahn-Verwaltung als Amme sprach, die den Säugling Staat ernährt. Sonst betrachten doch die Herren den Staat mehr als melkende Kuh. (Unruhe rechts.) Ich meine, es kommt überhaupt mehr auf die Mutter, das Volk, an als auf die Amme. Sorgen Sie dafür, daß der Mutter das genügende Wasser zugeführt wird, nur dadurch können wir den Säugling Staat erhalten. (Bravo! links.)

Abg. **Felisch** (k.):

Für den Mittelland-Kanal können wir nicht stimmen, dagegen begrüßen wir den Stettiner Kanal. Für einen ganz falschen Grundsatz halten wir es, wenn man diesen Kanal, den man doch für gut hält, dann nicht bauen will, wenn der Mittelland-Kanal abgelehnt wird.

Abg. **v. Staudy** (k.):

Von einer Verquickung der Zollpolitik mit der Kanalvorlage kann keine Rede sein. Herr v. Tiedemann irrt vollständig, wenn er behauptete, daß vor zwei Jahren agrarische Rücksichten für die Ablehnung der Kanalvorlage maßgebend gewesen seien. Es waren lediglich finanzielle Bedenken, die uns unsre Stellung diktierten. Auch Herr v. Zedlitz soll von einer solchen Verquickung gesprochen haben. Ich habe ihn anders verstanden, sollte er es aber auch gethan haben, so hat er jedenfalls nicht im Namen der Partei gesprochen. — Redner bedauert, daß der ganze Landstrich südlich der Weichsel in der Vorlage nicht berücksichtigt sei. Der Masurische Schiffahrtskanal sei eine dringende Notwendigkeit. Vor allem begrüße ich die Oder-Weichselverbindung. Diese liegt dringend im Interesse der dortigen Landwirtschaft.

Abg. **v. Arnim** (k.):

Entgegen dem Abg. v. Tiedemann bin ich der Ansicht, daß der Osten gar keinen Vorteil von dem Mittelland-Kanal hat. Unsre Produkte gehen entweder auf dem Meerwege nach Westen oder in das sächsische Industriegebiet, wo die Preise ebenso gut sind, wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Ich stehe noch heute auf dem Boden meines in der letzten Session leider abgelehnten Antrags, wonach der erste Spatenstich zum Kanal erst gethan werden sollte, wenn die Vorflutverbesserungen fertig gestellt sind. Die Oderregulierung muß unverzüglich vorgenommen werden und für die Kosten müssen nicht nur die landwirtschaftlichen Interessenten, sondern auch die Schiffahrtsinteressenten herangezogen werden.

Minister **von Miquel**

hebt nochmals hervor, daß die Bewältigung des Verkehrs auf den Eisenbahnen im westfälischen Industriebezirk durch neue Eisenbahnen nur mit kolossalen Kosten geschehen kann, daß die Entlastung des Verkehrs durch Kanäle da bedeutend billiger ist. Für die Zukunft ist es überhaupt wahrscheinlich, daß die Netto-Ueberschüsse der Eisenbahnen geringer werden, weil die Betriebskosten ganz außergewöhnlich steigen werden. Nur bei einer Entlastung der Eisenbahnen durch den Kanal kann dieses Mißverhältnis bei dem Eisenbahnbetrieb vermieden werden.

Minister Freiherr **von Hammerstein**

sucht seine gestrige Behauptung, daß bei Ablehnung der Vorlage die Meliorationen eine Verzögerung erleiden, zu begründen. Daß mit der Hauptvorlage die Kompensationen fallen, ist doch selbstverständlich. In die Kompensationsobjekte sind aber die Meliorationen eingearbeitet. Sollen diese nur ausgeführt werden, so ist eine Umarbeitung der Vorlage notwendig, die wieder eine Verzögerung bedingt.

Abg. **Wallbrecht** (natl.)

erörtert die militärische Bedeutung des Mittelland-Kanals. Graf Limburg will alles bewilligen, nur nicht den Mittelland-Kanal. Das erinnert mich an eine Episode aus den 40er Jahren, als die Bahn von Hamburg nach Hannover gebaut werden sollte. Da verlangte jemand, das alles gebaut werde, nur die Strecke von Lüneburg nach Celle nicht, damit die Fuhrleute weiter zu thun hätten und der Hafer nicht zu billig würde. (Heiterkeit). Herr Stengel ist Kanalgegner, aber Flottenfreund. Wer bezahlt denn aber die Flotte, doch zu allermeist Handel und Industrie. Soll nun Handel und Industrie weiter die Kosten aufbringen, muß man beide durch billige Transportmittel unterstützen. So hoffe ich, wird der Kanalbau für unser Vaterland von großem Segen sein. (Beifall links.)

Abg. **Zindler** (k.) tritt für Meliorationen der Warthe und Netze ein.

Hierauf wird die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Versammlungen.

Socialreform in Deutschland und Frankreich lautete das Thema eines Vortrags, den Genosse v. Vollmar am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung des ersten Wahlkreises hielt. Das Versammlungslokal, Cohns Saal in der Beuthstraße, war schon lange vor Beginn des Vortrags derart überfüllt, daß viele, die später kamen, keinen Einlaß mehr fanden.

Der Redner schilderte in großen Zügen die Entstehung unserer Socialgesetzgebung: Das Socialistengesetz wurde seiner Zeit eingeführt, weil die Regierung und die herrschenden Parteien glaubten, sie könnten dadurch die klassenbewußte Arbeiterbewegung ausrotten. Daß es aber mit dem bloßen Niedertreten der Bewegung nicht gethan war, sondern daß ein gewisses Maß socialer Reformen nötig sei, das sah selbst Bismarck ein. Unter diesem Gesichtspunkt sind damals die Arbeiterversicherungs-Gesetze entstanden in der Zeit der schwersten Bedrückung durch das Ausnahmegesetz. Man wollte damit nicht die Bedürfnisse der Arbeiter, sondern die Interessen der herrschenden Gewalten befriedigen, denn man glaubte durch die Versicherung die Arbeiter zu Parteigängern des herrschenden Regimes zu machen. Hieraus, und weil diese Gesetze mancherlei wesentliche Mängel enthielten, erklärt es sich, daß unsre Partei damals dagegen gestimmt hat. Seit jener Zeit haben sich die Verhältnisse geändert. Zwar befindet sich die Socialdemokratie noch in vollem Kriegszustand gegen die herrschenden Klassen, aber der Kampf hat geregeltere, oder wenn der Ausdruck erlaubt ist, civilisiertere Formen angenommen. Die Versicherungs-Gesetzgebung hat für uns nicht mehr den Charakter einer Machtfrage. Wir können sie sachlich diskutieren und sind jetzt zu Vorkämpfern und Hütern jener Gesetze geworden im Gegensatz zu denen, die sie anfangs befürworteten, sie jetzt aber zu allen Teufeln wünschen. Die Versicherungsgesetze sind nicht die Hauptsache einer socialen Politik. Es kommt vielmehr darauf an, daß die Arbeiter Einfluß erlangen auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit auf den Produktionsprozeß selbst. Hierzu ist nötig Arbeiterschutz und Arbeiterorganisation. — Als im Jahre 1890 die kaiserlichen Erlasse kamen, die den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor im Produktionsprozeß anerkannt wissen wollten, da waren auch die Arbeiter bereit, eine Politik in diesem Sinne zu fördern. Die Arbeiter hatten aber ihre Zweifel, die denn auch bald gerechtfertigt wurden, denn wie Bismarck später, als er grollend im Sachsenwalde saß, selber eingestand, sollte durch jene Erlasse nur Stimmung für die Regierung bei den Wahlen gemacht werden. Die schöne Begeisterung für die Erlasse ist denn auch bald abgeflaut. Der kreißende Berg hat nur ein ganz winziges Mäuschen geboren, welches aber den Kapitalisten noch viel zu groß war. Das Unternehmertum that sein möglichstes, um den zur Durchführung der Socialpolitik berufenen Minister v. Berlepsch zu stürzen und der Erfolg des kapitalistischen Treibens war, daß wir bald nach dem Anfang der socialen Politik in eine Aera völliger socialpolitischer Erstarrung geraten sind. Man hat nicht nur die Entwicklung gehindert, sondern die Verhältnisse rückwärts zu schrauben versucht. Es kamen das Umsturzgesetz, das Zuchthausgesetz, das Verlangen nach einem neuen Socialistengesetz als Mittel zur völligen Knebelung der Arbeiterklasse. Die Socialreform ist tropfenweise gekommen. Sie beschränkte sich nur auf die Einzelausführung schon vorhandener Grundsätze. Von einer Einführung neuer Elemente in die Socialgesetzgebung ist gar keine Rede gewesen. Das beste an ihr war die Fabrikinspektion und das bereits wieder verschlechterte Gewerbegerichtsgesetz. Das wichtigste, was die Arbeiter verlangen: den Normalarbeitstag, die gesetzlich anerkannte wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter, die Ausdehnung der Schutzgesetze auf die Hausindustrie und vor allem das uneingeschränkte, unter gesetzlichem Schutz stehende Koalitionsrecht, von alledem ist bei uns nicht die Rede. Zu der Einsicht haben sich die herrschenden Klassen und die Regierung nicht aufschwingen können, daß da das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter am friedlichsten geregelt wird, wo eine starke Arbeiterorganisation ihren Einfluß ausüben kann. — Wir stehen heute in Deutschland erst da, wo man in England schon vor Jahrzehnten stand, mit der einen Ausnahme allerdings, daß bei uns die Arbeiter eine starke politische Organisation haben, die die Voraussetzung ist für ihre Besserstellung in wirtschaftlicher Hinsicht.

In Frankreich war die Manchestertheorie, wonach der Staat nicht in das Arbeitsverhältnis regelnd einzugreifen hat, viel länger wirksam wie bei uns, und zwar nicht nur bei den Unternehmern, sondern auch bei den Arbeitern, so daß diese jede Einmischung des Staats in den freien Arbeitsvertrag zurückwiesen. Wenn uns Frankreich auch, was politische Freiheit betrifft, weit voraus ist, so war es auf socialem Gebiet doch sehr rückständig. Der socialpolitische Fortschritt ist auch durch die Zersplitterung der Arbeiterpartei gehemmt und erschwert worden. Als dann vor 1½ Jahren aus Anlaß der Dreyfus-Affaire alles was reaktionär war, sich gegen die Regierung verband, und die bürgerlich Radikalen einsahen, daß die Republik nur zu halten war unter Mithilfe der Arbeiter, als infolgedessen Millerand in das Ministerium eintrat, da begann eine neue Aera des Arbeiterschutzes. Frankreich hat sich seitdem thatsächlich an die Spitze der Socialgesetzgebung gestellt. Es ist das Gesetz erlassen worden, wonach in Betrieben die Männer, Frauen und Kinder beschäftigen, seit dem 1. Januar 1901 der 10½ stündige Arbeitstag gilt, der vom 1. Januar 1903 an auf 10 Stunden reduziert wird. Auf Grund einer Verordnung müssen bei allen öffentlichen Arbeiten zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter die tägliche Arbeitszeit sowie der Lohn festgesetzt werden gemäß den ortsüblichen Verhältnissen, und wenn der Unternehmer böswillig gegen diese Bedingungen verstößt, so zahlt die Behörde, für deren Rechnung die Arbeit ausgeführt wird, den Arbeitern den Lohn, und der betreffende Unternehmer kann von allen öffentlichen Arbeiten ausgeschlossen werden. In den staatlichen Betrieben, die dem Handelsminister unterstehen, ist der Achtstundentag eingeführt. Besondere Fürsorge hat die Regierung den Organisationen der Arbeiter gewidmet. Sie sind staatlich anerkannt und mit administrativen Befugnissen ausgestattet. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften, die schon seit 1884 Korporationsrechte in beschränktem Maße hatten, jetzt das volle Recht der juristischen Person haben. Man hat ferner den centralisierten Arbeitsnachweis eingeführt, der in den Händen der Gewerkschaften und der Arbeiterbörsen ruht. Weiter sind die Arbeiter mehr wie irgendwo sonst an der staatlichen Gewerbeaufsicht beteiligt. Jede Beschwerde, die von Arbeiterorganisationen an den Aufsichtsbeamten kommt, muß untersucht werden. Es sind die Arbeitsräte eingeführt (gleichbedeutend mit den von uns bisher vergebens geforderten Arbeitskammern). Die Mitglieder des Arbeitsrats werden laut Gesetz nur von den organisierten Arbeitern gewählt. Am meisten Aufsehen hat der Millerandsche Streik-Gesetzentwurf erregt. Derselbe ist von hervorragendem socialpolitischen Interesse. Er soll — und das ist charakteristisch für den Geist der französischen im Gegensatz zur deutschen Socialreform — das demokratische Regime in der Fabrik einführen. Er bedeutet die Anerkennung des Streikrechts. Neben der Anerkennung der Rechtsgleichheit zwischen Unternehmer und Arbeiter ist die Festigung der Arbeiterorganisation das A und O dieses Entwurfs. Aus dem ganzen Entwurf klingt ein Wort wieder, welches Millerand in einer Rede gebrauchte: So tragen wir dazu bei, den Arbeitern, die sich befreien wollen, den rechten Weg zu weisen. Einzeln seid Ihr nichts, organisiert werdet Ihr eine Macht sein, wie man sie noch nie gekannt hat.

Aus alledem müssen wir schließen: Mag eine Regierung nach ihrer und ihrer Anhänger Meinung noch so arbeiterfreundlich sein, mag sie auch im einzelnen auf socialpolitischem Gebiet etwas thun, so wird sie doch dem äußersten Mißtrauen, ja der schärfsten Kampfstellung der Arbeiter begegnen, so lange sie den Wert der Arbeiterorganisation nicht einsieht, sondern dieselbe vielmehr niederzuhalten sucht. Derartige Bedrückungsversuche verbittern und verschärfen nur den unvermeidlichen Kampf. Das Emporsteigen der Arbeiterklasse kann von keiner Regierung und von keiner politischen oder wirtschaftlichen Macht gehindert werden. Die Arbeiterklasse wird zu der Macht gelangen, die sie braucht, um die Menschheit zu befreien.

Der anderthalbstündige Vortrag fand lebhaften Beifall.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen. Donnerstag, den 7. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale Landau, An der Stadtbahn 5: Vortrag des Vorsitzenden Miethke über: „Der Wert der Abstinenz auf wirtschaftlichem Gebiete". Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

1000. Dissident ist man, wenn der Austritt aus der Landeskirche erfolgt ist. Freireligiöse Anschauung erfordert es nicht unbedingt.

Nagel. Auf ein Jahr, vom Tage der Entlassung aus dem Krankenhause ab gerechnet. — **G. M., Charlottenburg.** Dafür besteht keine Frist. — **R. 48.** 1. Mit Ablauf des Jahrs 1900. 2. Innerhalb 5 Jahren seit der letzten Pfändung. 3. Sie müssen den Weg der Klage (Amtsgericht) beschreiten, falls polizeiliche Versuche fruchtlos bleiben. — **B. 100.** Ja: von 5 zu 5 Jahren. — **E. B. 99.** 1. Nein. 2. Innerhalb eines Jahrs. — **Inl. Tschenstscher.** 1. Sie müßten eine Frist suchen. Nach fruchtlosem Ablauf derselben haben Sie nicht mehr zu zahlen, sondern ein Recht auf Schadensersatz. 2. Wegen geringfügiger Verminderung der Sehschärfe auf ein Jahr zurückgestellt. — **J. H. 62.** Sprechen Sie zur näheren Klarlegung des Sachverhalts gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — **Kyffhäuser 1901.** Die Forderung ist verjährt. — **E. P. 36.** Ja: so lange bis sie den Entlassungsschein erhält. — **P. J. 144.** Nein, es sei denn, daß eine entgegengesetzte Absicht der Parteien zum Ausdruck gelangt oder bethätigt ist. — **O. A. 99.** Wenn Sie Ihr

Aufgebot standesamtlich anmelden, ist die militärische Erlaubnis nicht erforderlich. — **Langjähriger Abonnent K. G.** Nein, sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde zur näheren Darlegung der Ehescheidungsgründe vor. — **A. P. 100.** 1. Der Lohnabzug ist unberechtigt. Es hätte nur das Krankengeld vom Lohn abgezogen werden dürfen. Klagen Sie auf Zahlung beim Gewerbegericht. 2. Solcher Verein ist uns nicht bekannt. — **O. K. 105.** Die von Ihnen nicht mitgeteilten Bestimmungen des Vertrags über die Länge der Kündigungsfrist sind für die Frage maßgebend, ob die Kündigung rechtzeitig erfolgt oder wirkungslos ist. Eine wirkungslose Kündigung braucht der Mieter nicht zu beantworten. — **K. K.** Nein. — **49 H.** 1. Die Befreiung ist nicht sicher, falls sich der Zustand nicht verschlechtert; Sie haben eine Anlage zu Krampfadern. 2. Ja. 3. Sie sind berechtigt, gegen Ihren Wirt auf vollen Schadensersatz zu klagen, wenn Ihre Wohnung auf polizeiliche Anordnung hin hat geräumt werden müssen. — **W. S. D. Flugblattverbreitung.** Ein solches Urteil des Reichsgerichts giebt es nicht, ist uns wenigstens nicht bekannt. Die Rechtslage ist nach der Rechtsprechung des Kammergerichts wie folgt: 1. die unentgeltliche Verteilung von Drucksachen in Wohnungen und geschlossenen Räumen (zu diesen gehören Hausflure, Gaststlokale und ähnliche Räume) ist nach § 43 Nr. 5 der Gewerbe-Ordnung keinerlei Beschränkungen unterworfen. 2. Plakate, Bekanntmachungen und Aufrufe dürfen auf öffentlichen Wegen, Straßen und andren öffentlichen Orten nur mit Genehmigung der Polizei verbreitet werden. Zeitungen gehören nicht zu solcher Art Druckschriften. 3. Die Vertrommelungs-Verordnungen verbieten öffentlich bemerkbare, an Sonntagen vorgenommene Arbeiten. Das Kammergericht hat angenommen, das unverhüllte Austragen von Flugblättern sei solche Arbeit, aber das Austragen durch Bloppen, Hüllen usw. entziehe die „Arbeit" der Oeffentlichkeit, sei also nicht strafbar. 4. Endlich ist seit dem 1. Januar das Austragen von politischen Zeitungen zu der Zeit, zu der Briefe ausgetragen werden, durch reichsgesetzliche Bestimmungen polizeilichen und gerichtlichen Vexationen entzogen und frei. — **Gustav R.** Schriftliche Antwort zu erteilen lehnen wir ab. 1. Nein. 2. Ja. 3. Nicht beim Gewerbegericht, sondern beim Amtsgericht wäre Ihre Gehaltsforderung einzuklagen, weil Sie Handlungsgehilfe sind. — **W. S.** Ja. — **E. B.** Ja.

Briefkasten der Expedition.

A. W. Wenden Sie sich an Scholz, Glasermeister, Wrangelstr. 110, porferte.

Witterungsübersicht vom 6. Februar 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C = 4° R.
Swinemünde	752 NNW	2	bedeckt	1		Haparanda	754	SW	2	heiter	−27
Hamburg	754 NNO	3	bedeckt	−1		Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	752 NW	3	bedeckt	−1		Cork	767	NNO	3	heiter	1
Frankf./M.	752 NO	2	bedeckt	1		Aberdeen	766	NW	3	hld.bed.	1
München	752 W	4	wolkig	−1		Paris	753	NO	4	bedeckt	−0
Wien	750 SW	3	hld. bed.	2							

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. Februar 1901.

Ziemlich trübe und nebelig mit geringen Niederschlägen und schwachen nördlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 7. Februar.

Opernhaus. Mignon. Anf. 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Egmont. Anfang 7 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Johannisfeuer. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frauen von heute. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Alessandro Stradella. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Alte Liebe rostet nicht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Der Leibalte. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Eine leichte Person. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Zwanzig Mädchen und kein Mann. Anfang 7½ Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Bummelfritze. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung. Die zwölf unverbrennbaren Fakire. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde". Im Hörsaal: Dr. Nass: „Chemie der Toilette".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstag abend 8 Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen.** Schwank in 4 Akten von Franz und Paul von Schönthan.
Freitagabend 8 Uhr: **Der Herr Senator.**
Sonnabendabend 8 Uhr: **Freiwild.**

Central-Theater.

Zum 565. Male:
Mit vollständig neuer Ausstattung an Kostümen und Dekorationen
Die Geisha.
Operette in 3 Akten von S. Jones.
Mimosa: Mia Werber.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen u. folgende Tage: **Die Geisha.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Vogelhändler.**

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Heute Donnerstag, 7. Feb.
4. Gastspiel
Yvette Guilbert.
Um 7 Uhr 30:
Eine tolle Nacht
Berliner Ausstattungsposse.
Um 10 Uhr:
Auftreten der Madame
Yvette Guilbert.
Ab 10 Uhr 30:
Mlle. **Miette**
Greiner Sandor Trio
Paul Sandor etc.
Anf. ½8 Uhr. Rauch. überall gestatt.
Morgen Freitag, den 8. Februar:
5. Gastsp. Yvette Guilbert.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Donnerstagabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Hörsaal:
Dr. Nass: Chemie der Toilette.

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
Die sensationellen Gruppen
der alten Germanen.
Der schlesische Zecher und der Teufel. Die Bernauer Bierprobe. — Der Rothenburger Meistertrunk.
Im Restaurant: Konzert einer russ. Damenkapelle.

Passage-Theater

Unter den Linden 22.
O-Vorstellung
Anfang: Sonntags 12 Uhr. Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr
Unbedingt das beste und interessanteste Programm Berlins!
Die 4 Schwestern Tus
in ihrer Neuheit
Ringelreia-Uebertanz
und die unvergleichliche Tyrolienne-Excentrique
Hanny Luxa.
17 erstklassige Specialitäten 17
Rosendienstag.
Feldwebeltragödie in 1 Akt v. Otto Nebich Weichleben.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von Heute.
Gr. Ausstattungsposse m. Ges. u. Tanz.
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, 10. Februar, mittags 12 Uhr **Matinée. „Wahnfried"**, Oper in 2 Akten von Ferd. Rudolf.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum erstenmal:
Eine leichte Person.
Posse mit Gesang in drei Akten und sieben Bildern von E. Pohl. In Scene gesetzt von J. Dill. Dirigent: Schüfer. Anf. 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorst. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Max und Moritz.**

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg:
Emmy Kröchert
Les Minstrels parisiens
Valentine Petit
The 3 Nightons
und die vorzüglichen neuen Specialitäten. Um 9 Uhr:
20 Mädchen und kein Mann
Burleske Operette von F. v. Suppé.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Grosse Zauber-Soirée
von Ben-Ali-Bey. (Halbe Preise.)

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Wogen des Lebens.
Volksstück mit Gesang in vier Akten von L. Treptow und L. Herrmann.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Freitag:
Der Rattenfänger von Hameln

Passage-Panopticum

und Theater.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Neu! **General Boum,**
der kleinste Mann der Welt.
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Palast-Theater

früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Durchweg neues Programm.
Präzise 8½ Uhr:
Bummelfritze.
Posse m. Gesang in 3 Akten von Willcken. Rohrmann, Tischlermstr., Dir. Winkler.
12 neue Attraktions-Nummern.
Anfang: Wochent. 7½, Sonnt. 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Sonnabend, den 16. Februar:
Grosser Masken-Ball.
Extra-Vorstellung.
Große Gratis-Preisverteilung.
Besucher der Vorst. haben Frei-Tanz. Anfang 7½ Uhr. Tanz 10½ Uhr. Entree 50 Pf.

Cirkus Busch

Donnerstag, den 7. Februar, abends 7½ Uhr:
Soirée équestre.
Zum 71. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: **Der prunkhafte Einzug König Ludwig XIV. in Straßburg.**
Ferner: Aufsehen erregend! Auftreten des berühmten amerikanischen Pferdebändigers Professor Norton S. Smith. Vorher: Vorführung der vorzüglichsten Programmnummern.
Sonntag, 10. Februar, nachmittags 4 Uhr: **„Berliner Landpartien"**, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7½ Uhr: **Die eiserne Maske.**

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Lustige Vagabonden.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Specialitäten-Vorstellung.

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsälen.** Inh.: Max Schindler. — Telephon: Amt IVa Nr. 8002. — Heute: **Grosser Ball,** als **Specialität: Cigarren- und echten Weichselspitzen-Regen** verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Ueberraschungen.
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Cirkus Schumann.

Heute Donnerstagabend präz. 7½ Uhr: **Elite-Abend. Gala-Programm.**
Internationale Preis-Ringkämpfe. 2. Tag.
1. Paar: **Celeste Moret** (Paris) gegen **Emile Vervet** (Belgien). 2. Paar: **Victorius Velche** (Belgien) gegen **Jess Petersen** (Dänemark), event. 3. Paar: **Pietro II** (Algier) gegen **John Röpel** (Danzig). Ehren-Schiedsrichter Prof. **Reinh. Begas.** Schiedsrichter: **P. R. Manning,** Herausgeber der „Intern. Illustr. Bäder- u. Sport-Ztg." Chef-Redacteur **Ernst Schultze. Dr. Karl Sandrowski. Dr. Otto Kaplick. Alfred v. Gurzyki. O. Wuthe. Franz Linke. Hugo Bergwein.** Ferner die neuen Februar-Specialitäten. Direktor Alb. Schumanns neueste Originaldressuren. Zum Schluß: **China,** gr. Manegenschaustück. 600 Mitwirk.

Max Kliems Festsäle

Hasenheide 13—15.
Jeden Donnerstag im neuen Festsaal:
Große Soiree der „Norddeutschen Sänger"
(Zimmermann, Steinhardt, Stangenberg 2c.)
Anfang 7 Uhr. Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**
Jeden Sonntag: **Gr. Militär-Streich-Konzert.** Anfang 6 Uhr.
Empfehle meine 5 Säle, 1200, 1000 und 500 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften. [593L*] **Max Kliem.**

Anerkannt vorzüglichste Qualität! Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!

Anerkannt vorzüglichste Qualität! Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!

Victoria-Brauerei

Aktien-Gesellschaft
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 728 **Berlin** und **Stralau** Fernsprecher: Amt VII. Nr. 3835.
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen eingebrauten Biere:
Victoria-Lagerbier (halb hell) | **Victoria-Tafelbier** (ganz hell)
von vorzüglichem vollmundigen Geschmack. [7489*
Victoria-Saazer-Bräu ganz licht nach Pilsener Art, sehr aromatisch schmeckend.
Victoria-Exportbier dunkles Gebräu nach Münchener Art, besonders malzreich.

Marienburger Geld-Lotterie

9840 Geldgewinne im Betrage von
365,000 Mark.
Baar ohne jeglichen Abzug zahlbar.
Die Hauptgewinne sind:
60000, 50000, 40000, 30000, 20000 M. etc.
Loose à 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
Filiale NW., Wilsnacker-Strasse 63.
Ziehung schon 26. Februar cr.

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen, Freunden und Verwandten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Zimmerer 24845
Albert Stoll
am Montag, 4. Februar, gestorben ist.
Beerdigung: Freitag 3 Uhr vom Trauerhause Oppelnerstr. 19 aus nach dem Emmaus-Kirchhof.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege 77/16
Paul Hoffmann
am 4. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Louisenkirchhofs, Charlottenburg, Fürstenbrunner Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.

Am 5. d. M. verstarb im Alter von 34 Jahren das Mitglied, der Zimmerer Herr **Karl Fechner**
an der Lungenschwindsucht.
Die Beerdigung findet Freitag, den 8. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Kolonieстr. 37 aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
24935 **Der Vorstand.**

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Berlins u. Umg.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 4. d. Mts., ist unser langjähriges Mitglied
J. Uhlmann
verstorben.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Augusta-Hospital, Scharnhorststraße, aus nach dem Dankeskirchhof statt. 138/5
H. Holz, Vorsitzender.

Todes-Anzeige.

Zur Nachricht, daß meine liebe Frau
Ottilie Grötschel
am 5. Februar nach kurzen, schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofs, Maxstraße, aus statt. 2491b
Der trauernde Gatte.

Todes-Anzeige.

Am 5. Februar starb mein innigstgeliebter Mann
Max Scheidemann
im 28. Lebensjahre. 24905
Die Beerdigung findet am 8. Februar, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Rixdorf, Pannierstr. 14, aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt.
Die trauernde Witwe.

Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß unser Vater, der Buyer
Karl Küssner
nach langen, schweren Leiden am 4. Februar verstorben ist und am 8., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Kirchhofs, Barfußstraße, aus beerdigt wird. 24968
Um stilles Beileid bitten
Rudolf und Georg Küssner.

Masken-Garderobe

von 5649*
Carl Ernst,
Köpnickerstr. 126 I.
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erh. 10 Proz. Preisermäßig.

Reichshallen

Stettiner Sänger.
Heute zum Schluß:
Cavalleria rusticana.
Freitag:
Eine Soiree bei Lehmanns.

Anker-Briketts

anerkannt vorzügliche Qualität, sind zu haben bei **Friedr. Daniel & Co.,**
Berlin W., Leipzigerstr. 29.

III. Wahlkreis.

Heute abend 8½ Uhr, im Meßpalast, Alexandrinenstr. 110:
Versammlung des Wahlvereins.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 10. Februar, abends 6½ Uhr,
im **Kolberger Salon**, Kolbergerstraße Nr. 23:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Recitation der Genossin **Steinbach**: „Der Probekandidat". 219/4
Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein.**
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer
(Oertliche Verwaltung Berlin).
Am Freitag, den 8. Februar 1901, abends 8 Uhr, im Lokal „Arminhallen", Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 2. Wahl der Revisoren. 3. Kassenangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.
259/2* **Der Vorstand.** J. A.: **A. Gruse**, Barnimstr. 41a.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.
Freitag, 8. Februar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engelufer 15:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der am 25. Januar 1901 zwecks Deckungsfrage der erhöhten Unterstützung gewählten Kommission. 2. Diskussion. 20/9
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen erforderlich.
Der Vorstand.
NB. Der Beitrag beträgt vom 27. Januar (5. Woche) an 10 Pf. wöchentlich mehr.

Achtung, Kupferschmiede!

Am Sonntag, den 10. Februar 1901, nachmittags 4½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Oeffentl. Versammlung der Kupferschmiede Berlins

mit Frauen.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **H. Peus.** 2. Stellungnahme zur Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats in Berlin. 3. Halbjahrsabrechnung vom Dispositionsfonds. 4. Mitteilungen.
Nach der Versammlung **gemütliches Beisammensein mit Tanz.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht 24926
Der Einberufer.

Barbier- und Friseurgehilfen Charlottenburgs.

Donnerstag, 7. Februar, abends 10 Uhr, bei **Wernicke**, Bismarckstr. 34:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der 9 Uhr-Ladenschluß und die Preiserhöhungs-Bewegung der Selbständigen, wie verhalten wir uns hierzu. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Lohnkommission. 4. Verschiedenes. 285/14
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist dringend notwendig.
Die Agitationskommission. J. A.: Bruno Schobert.

Vortrag über Magen-, Lungen-, Herz-

krankheiten für Männer und Frauen vom prakt. Naturheilk. **Grundmann**
morg. Freitag, Naunynstr. 27, abds. 9 Uhr. Gäste 20 Pf.
Mitglieder- und Krankenaufnahme im Naturheilbad
Köpnickerstr. 72 Großer Berl. Naturheilv. Naturärztl. Spr. 11-2, 6-8.

Centralverband der Maurer etc.

(Zahlstellen Berlin und Umgegend).
Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, in Louis Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

General-Versammlung

aller zum Streikgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Zahlstellen des Centralverbands der Maurer.

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht der Verbandsleitung vom Jahre 1900. 2. Neuwahl der Verbandsleitung, Revisoren und Beitragssammler. 3. Bericht und Neuwahl der Beschwerdekommission.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 136/10
Um das Erscheinen aller Verbandsmitglieder ersucht **Die Verbandsleitung.**

Achtung, Bauarbeiter Berlins und Umgegend!

Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10½ Uhr, in Kellers großem Saal, Koppen-Straße Nr. 29:

Große Versammlung aller zum Streikgebiet Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen.

Tagesordnung: 1. **Bericht der Lohnkommission und Abrechnung des Streikfonds vom Jahre 1900.** 2. **Vortrag des Kollegen Behrendt über die Verschmelzung der Zahlstellen Berlin 1–7.** 3. Diskussion. 4. **Verschiedenes.** Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Um rege Beteiligung ersucht J. A.: **Oskar Böttcher.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 17. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (grosser Saal):

Freiligrath-Abend.

Festvortrag. Kammermusik. Gesang. Recitationen.
Eintritt 50 Pf. inkl. Garderobe, Programm und **Liedertexte.**
— Nachdem: **BALL.** —
Billets sind in den Unterrichts-Abenden, in der Schule und an der Kasse zu haben.

Freie Volksbühne.

II. Abteilung. Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 2½ Uhr, im Carl Weiss-Theater:

Meister Oelze.

Drama in 3 Aufzügen von Johannes Schlaf.
Die **7. Serie** im **Lessing-Theater am 3. März: „Robe rouge".**

Märzfest. Sonnabend, 16. März, Brauerei Friedrichshain. Festmarken à 50 Pf. vom 15. Februar ab in allen Zahlstellen.
2 Opern-Extravorstellungen: Der Barbier von Sevilla im „Theater des Westens". Sonntag, den 10. März und Sonntag, den 24. März, nachmittags 2½ Uhr. **Opernmarken à 80 Pf.** erhalten die Mitglieder (soweit der Raum ausreicht) vom 15. Februar ab in den Zahlstellen und zwar am 10. März nur die 1., 3., 4., 5., 7. Abteilung und am 24. März nur die 1., 2., 3., 5., 6., 7. Abteilung.
228/11] **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 133/9*
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.
Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.
Zahnarzt **Wolf**, **Leipziger Strasse 130,** (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

Donnerstag, 7. Febr., abends 8½ Uhr, im „Linden-Kasino", Lindenstr. 106: 24825

Oeffentl. Vortrag

Nur Herren haben Zutritt.
— Eintritt frei. —
Thema: Medizinische Irrtümer bei sogenannten unheilbaren Leiden.
Kurbad: Magazinstr. 17.

Am 8. Februar, 8 Uhr, beginnt ein
Neuer Abend-Kursus
für Monteure, Maschinisten, Zeichner, Elektrotechniker usw.
Keine Vorkenntnisse.
Anmeldungen im Bureau der **„Elektra", Prinzenstr. 55**

Künstliche Zähne.

Garantiert schmerzl. Zahn- u. Wurzel-Operationen, Plomben etc.
Zähne Ia von 3,00 an. Prima Plomben v. 2,00 an. Langj. Garantie.
Bequeme Zahlungsbedingungen.
Bruno Steffens, Neanderst. 21 (Annenst.

Möbelstoffe!!

auch Reste alle Qualit. selten billig; **Gelegenheitskauf:**
Mocquett-Plüsche 5,35 M.
per Meter (130 Centimeter breit).
Muster bei näher. Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Hoffmanns Salon,

Köllnerstr. 8.
Besonderer Umstände halber ist der 2. Ostertag für Matineen frei. [7569*

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin

und Umgegend. (Eingeschr. Hilfskasse Nr. 118.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Ausschuß sich konstituiert und zum
Vorsitzenden Gustav Herforth,
Buttmannstr. 18, Querg. 2 Tr.
gewählt hat. — An denselben sind alle Beschwerden und Streitfälle gegen Entscheidungen des Vorstands zu richten. 38/8
Der Vorstand. J. A.: H. Metzke, Eberswalderstr. 19.

Achtung, Parkettbodenleger!

Zur gefl. Nachricht, daß die Parkettbodenleger Berlins und Umgegend am **16. Februar** in den **Diana-Sälen** (großer Saal), Köpnickerstr. 68, einen
Wiener Maskenball
abhalten. Um zahlreiche Beteiligung und rege Agitation bittet
2499b **Das Vergnügungskomitee.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. H. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Berufs-Bekleidung

— aller Arten. —
D. Wurzel & Co.,
5148*] **Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.**

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 2 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration, gutes Geschäft, wegen Krankheit meiner Frau sofort zu verkaufen. Bier, Alte Jakobstraße 119. [4682*

Neue Zeit, Jahrgang 90/91 bis inkl. 97/98, komplett und sauber, zu verkaufen. Kaufliebhaber wollen sich gefl. melden bei Joh's. Bußjes in Lehum bei Bremen. [2468b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 23468

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25–40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Steppdecken, **Gardinen** spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche, Remontoiruhren, Regulateure, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 51/8*

Wirtschaft, Nußbaum, spottbillig, auch einzeln Gartenstraße 148, I. links.

Nähmaschinen: Adler, Afrana, Ringschiff, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Prinzenstraße 118. 465K*

Nähmaschinen, Adler, Afrana, Schnellnäher, Ringschiff, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung Krieg, Stallschreiberstraße 136. 2233b

Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Ringschiffchen, die berühmten Dürkopp, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Dieke's Nähmaschinengeschäft, Brunnenstraße 119. 4559*

Nähmaschinen aller Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, liefern sofort Diedke, Pücklerstraße 16, und Fechner, Hussitenstraße 26. [2467b*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 23465

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Destillation krankheitshalber zu verkaufen Linienstraße 199. 2500

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35, kein Laden. [4139*

Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,—, fünfjährige Garantie, Singer, Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Schriftliche Lieferung auch durch Postkarte. Zeitz, Turmstraße 39; II. Geschäft Bernauerstr. 40. [484K*

Gaskocher! Sparsysteme! 1,50, Zweilochkocher 6,—, Dreilochkocher 10,—. Gasplätteisen, Schneiderbügel-Apparate billig! Gasbratöfen 12,—. Wablauer, Wallnertheaterstraße 32.

Papageien, Kanarienhähne, Zuchtweibchen, Waldvögel, Vogelbauer, Heckutensilien, Vogelfutter, Fischfutter (Daphnien), Döhn, Brunnenstraße 101, Bahnhof Gesundbrunnen. [192*

Kanarienroller, Zuchtweibchen, Heckbauer, Waldvögel, billig. Große Frankfurterstraße 13. 23976

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, **überraschend, 14 Flaschen 3 Mark**, ⅛ Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Bockkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 90/11*

Abfallholz (kurz geschnitten) als Brennholz, besonders zum Wiederverkauf für Kohlenkeller geeignet, liefert billigst frei **Hans Fahz**, Kistenfabrik, Lausitzerstr. 31. [2478b*

Lokaleinrichtung billig zu verkaufen Lortzingstraße 10, Restaurant.

Fahrräder, verfallene, 25 Mark an Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. 90/16

Restauration, 850 Miete, billig zu verkaufen Bredowstraße 40. [183*

Nußbaum-Wirtschaft, Betten, Bettstellen, spottbillig. Sprechzeit nachmittags Michaelkirchstraße 1, Friseurgeschäft. 52/5

Ein gangbares Obst- und Gemüsegeschäft preiswert zu verkaufen. Auskunft Lüneburgerstraße 30, Mittag. *

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Vermischte Anzeigen.

Rechtfertigung auf anderem Wege ist mir versagt, deshalb erkläre ich hierdurch folgendes: Herr Grempe hat seine Oktober- und Novemberbeiträge erst am 31. Januar an mich bezahlt. Schurig, Dresdenerstraße 128/29, 34. Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Elektrotechnik. Abendkurse, monatlich 6 Mark. Jackson, Alte Jakobstraße 24. 2427b

Patentanwalt Deumann, Oranienstraße 67, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Augustabad, Köpenickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 4719*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbunds gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Vivisektion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [925b

Maskenkostüme verleiht, verkauft spottbillig Meyerstraße 31. †56*

Masken-Garderobe empfiehlt billig Gedatus, Markgrafenstraße 9, Hof.

Kunststopferei von Frau Kolodky, Steinmetzstraße 48.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Meinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. [2062*

Vereinszimmer frei. Lobewig, Kommandantenstraße 65. 2838*

Vereinszimmer, Vollmer, Manteuffelstraße 25. 1940b

Vereinszimmer, großes, Reichenbergerstraße 24. 2225b

Vereinszimmer zu vergeben, 50–100 Personen, bei Janlowski, Markusstraße 18. †30*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Langhans, Lichtenbergerstraße 21. *

Lokal, Saal, Vereinszimmer, Kegelbahn empfiehlt Pinger, Schützenstraße 18. 2429b

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 444K*

Vereinszimmer frei Montag bis Sonnabend. 30–40 Personen, Charlottenburg, Goethestraße 33.

Masken verleiht billig Ferdinand Henke, Dennewitzstraße 1. 2497b*

Vermietungen.

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer während der Tagung des Reichstags, Nähe des Anhalter Bahnhofs, gesucht. Offerten unter W. 2 Expedition des „Vorwärts". 2483b

Wohnungen.

Jungstraße 46 (Friedrichsberg), 2 Wohnungen mit auch ohne Stallung. Näheres 50 II rechts. †148*

Vorort, Königs-Wusterhausen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Kloset sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Amtsgarten 2. [1404b

Zimmer.

Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Forsterstraße 54, Quergebäude III, bei Witwe Rosenthal.

Schlafstellen.

Schlafstellen Pankow, Florastraße 25, Laden. 2490b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Kulackstraße 27.*

Bierabzieher sucht noch Stellen zum Abziehen. Offerten: Schneider, Gipsstraße 16, im Restaurant. [2486b

Stellenangebote.

Versilberer verlangt Barnimstraße 41. †140*

Tüchtige Schleifer auf breiten Facetten, Façonscheiben und Thürschonern, sowie ein Anmacher verlangt R. Dittmeyer, C. 2485b

Xylographen, tüchtige, technische Kräfte, beschäftigt in und außer dem Hause Kunze, Köpnickerstraße 114a.

Tüchtige Farbigmacher werden verlangt E. Joerß, Stallschreiberstraße 28.

Farbigmacher verlangt S. Schicke, Köpnickerstraße 21. †17

Blusensteppereria, Säumchen, fünf flotte Handnäherinnen, Brucht, Wollinerstraße 44. 2496b

Anständiges Mädchen, das den Verkauf im Restaurant erlernen will, verlangt Restaurant Köpnickerstr. 176.

Mamsells auf Regenmäntel verlangt Wolter, Alte Jakobstraße 132.

Farbigmacherin wird verlangt. Lazarus, Alexandrinenstr. 22. [2489b

Arbeiterin auf Paletots und Capes in und außer dem Hause. Dieffenbachstraße 35, Medes. [2487b

50 Mamsells und Ausfertigerinnen auf Capes und Sommersachen, gute Arbeit, sofort auch Handnäherinnen Wilhelm Behrens, Dunckerstraße 88 III. †58*

Jackettarbeiterin auf gesteppte Sachen bei hohem Lohn verlangt Blach, Grüner Weg 12. [2461b*

Jackett-Arbeiterinnen außer dem Hause Spötter, Grenzstraße 38. [†72*

Verschnürerin auf Soutach, Spötter, Grenzstraße 38. [†72*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Achtung! Stuccateure!

Bei den Firmen **Jäckel, Herrwich, Hänska** haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.
178/4 **Die Lohnkommission.**

Achtung! Achtung! Tischler!

In der Möbelfabrik von **Klinke**, Warschauerstraße 78, haben sämtliche Tischler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Desgleichen in der Möbelfabrik von **Ecclisch**, Rigaerstraße. Zuzug nach beiden Werkstätten ist streng fernzuhalten.
77/3 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Drechsler!

In der Möbeldrechslerei von
H. Schmidt, Stromstr. 30,
haben sämtliche Drechsler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten. 77/6
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: **Wilhelm Schröder** in Wilmersdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Kommunales.

Relikten-Versorgung städtischer Angestellten. Der Ausschuß, welcher zur Vorberatung der Vorlage, betreffend die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung an die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen eingesetzt ist, hielt gestern seine vierte Sitzung ab und fuhr zunächst mit der Beratung des § 8 der Vorlage fort. Dieser besagt, daß Bezüge, die einem Ruhegeld-, Wittwengeld- oder Waisengeld-Empfänger aus Mitteln des Reichs, eines Bundesstaats oder andrer öffentlicher Verbände oder auf Grund der Gesetze über die Unfall- und die Invaliden- und Altersversicherung zustehen, auf die städtische Rente, wenn und soweit diese Rente zusammen mit jenen Bezügen eine bestimmte Grenze übersteigt, in Anrechnung kommen sollen. Es gelang unsren Vertretern durchzusetzen, daß Unfallrenten überhaupt nicht in Abzug gebracht werden, da solche Abzüge der Absicht und dem Geist der Reichs-Unfallgesetzgebung widersprechen. Eine längere Debatte entspann sich über die Festsetzung der Grenze, von der ab Bezüge, die aus den obengenannten andren Quellen fließen, abgezogen werden dürfen. Man einigte sich schließlich, die Bestimmung im Anschluß an § 48 des Invalidenversicherungs-Gesetzes so zu fassen, daß eine Kürzung der städtischen Rente nur dann eintreten solle, wenn und so weit diese Rente zusammen mit den Bezügen aus jenen andren Quellen den 7½fachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigt.

Der Ausschuß trat dann in die Beratung eines von unsren Vertretern gestellten Antrags ein, welcher bezweckt, solchen Personen, die zehn Jahre oder länger im städtischen Dienste stehen und das 31. Lebensjahr vollendet und damit die Anwartschaft auf Rente erworben haben, vor unberechtigten Entlassungen durch Vorarbeiter, Meister usw. dadurch zu schützen, daß solche Entlassungen endgültig nur durch Magistratsbeschluß erfolgen dürfen. Der Antrag wurde ausführlich begründet und auch darauf hingewiesen, daß gleichlautende Bestimmungen sich in den Pensionsstatuten andrer Kommunen, so z. B. unsrer Nachbarstadt Charlottenburg, befinden. Nichtsdestoweniger wurde er auf das heftigste bekämpft: Der wahre Sinn des Antrags ginge dahin, jegliche Autorität zu untergraben und das Bestimmungsrecht in den städtischen Betrieben den Arbeitern in die Hände zu spielen. Solchem Beginnen müsse man unbedingt entgegentreten. Vom Oberbürgermeister wurde bemerkt, jeder städtische Arbeiter wisse, daß ihm jederzeit der Weg der Beschwerde auch gegen unberechtigte Entlassungen offen stehe; von dieser Möglichkeit werde in umfassender Weise Gebrauch gemacht, denn fast täglich habe man sich im Magistrat mit solchen Beschwerden zu beschäftigen; es sei daher unnötig, eine Bestimmung wie die vorgeschlagene, in den Gemeindebeschluß aufzunehmen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen von Singer und Heimann abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein von unsren Vertretern beantragter Zusatz zum letzten Paragraphen der Vorlage, nach welchem der Gemeindebeschluß fünf Jahre nach Inkrafttreten einer Revision unterzogen werden muß. — In der nächsten Sitzung soll die Beratung der noch zurückgestellten Anträge erfolgen und damit die erste Lesung der Vorlage zum Abschluß gebracht werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen! Am 13. Februar finden in Berlin und den Vororten wichtige Volksversammlungen statt. Die Leiter von Gewerkschaften und Krankenkassen werden gebeten, an diesem Tage keine Versammlungen einzuberufen.

Die Vertrauensleute.

Achtung, Parteigenossen! Die Lokalkommission richtet an Euch die Mahnung bei Abschluß von Festlichkeiten streng auf die Lokalliste zu achten. Wir sind der Ueberzeugung, daß genügend Lokale uns zur Verfügung stehen, deren Inhaber uns ihre Säle zu Versammlungen überlassen, darum ist es unsre Pflicht nur solche Lokale zu besuchen. Die Vergnügungskomitees insbesondere wollen darauf achten, bei Abmachungen von Festlichkeiten dahin zu wirken, daß, sofern der Wirt seine Lokalitäten nicht mehr hergiebt, auch die Vereinbarungen in Bezug auf das Vergnügen als nichtig zu betrachten sind.

Ferner ist es Pflicht der Arbeiterschaft zu verlangen, daß bei dem Bedarf an Bedienungspersonal der Nachweis der Gastwirtsgehilfen, Jüdenstr. 35, Berücksichtigung findet. Thue ein jeder seine Pflicht, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Heute abend, 8½ Uhr, Versammlung des Wahlvereins im Meßpalast, Alexandrinenstr. 110.

Lokales.

Widerwärtige Reklame.

Die freie Konkurrenz, einer der Grundpfeiler der kapitalistischen Produktion, giebt dem nie rastenden Geschäftssinn vager Spekulanten immer aufs neue den Anreiz, Mittel und Wege für einen gewinnbringenden und bequemen Absatz der Waren ausfindig zu machen. Zwar hat der Gesetzgeber versucht, der unlauteren Reklame, die sich in so marktschreierischer, aufdringlicher Weise an das Publikum wendet, Einhalt zu gebieten, aber in erheblicher Weise ist es ihm kaum gelungen; in stets neuer Form drängt sie überall wieder hervor, genau so abstoßend in ihrer Art, ohne doch den Gesetzesparagraphen zu verfallen. Und so sollte auch der Käufer wissen, daß die schreiende Reklame, die üble Begleiterscheinung unsres modernen geschäftlichen Lebens, nur selten den Grundsätzen eines ehrbaren Kaufmannsstands gerecht wird, sondern sich mehr an diejenigen richtet, von denen das Sprichwort behauptet, daß sie nicht alle werden.

Es lohnt sich deshalb auch nicht, das Publikum vor solchen Anpreisungen im einzelnen zu warnen, denn die Einsichtigen werden solchen Lockungen nicht zum Opfer fallen. Eine Ausnahme in der Beziehung verdient jedoch die Reklame, die eine Charlottenburger Verlagsanstalt versendet. Nicht etwa, daß wir glauben, es könnten viele Leute der Geschäftspraxis ihren Tribut bringen, wohl aber verdient sie niedriger gehängt zu werden. In einem Flugblatt, das uns dieser Tage zugesandt wurde, bedient sich die Norddeutsche Kunst- und Verlagsanstalt in Charlottenburg folgender Empfehlung:

In dem Kinderkrüppelheim zu Angerburg sind 95 elende, verkrüppelte Kinder ohne jedes Entgelt aus reinster Barmherzigkeit ohne Unterschied der Religion und ohne Rücksicht auf die Heimat aufgenommen, wo diese allerelendesten Geschöpfe mit hingebender Samariterliebe von sieben Schwestern genährt und gekleidet, gepflegt und getragen, gewaschen und abgewartet, geherzt und geheilt, unterrichtet und erzogen, geliebt und getröstet werden. Dazu werden die heranwachsenden Krüppelkinder, soweit es ihr Gebrechen erlaubt, durch Unterweisung in Handarbeiten erwerbsfähig gemacht oder im Fall unheilbaren Siechtums im Siechenhause verpflegt.

Die kräftigste Stütze dieses Samariterwerks ist die Norddeutsche Kunst- und Verlagsanstalt in Charlottenburg, welche auf ihre Kosten dreißig Freistellen für verkrüppelte Kinder eingerichtet hat und an die Kasse des Krüppelheims ein jährliches Pflegegeld von 300 Mark für jedes Kind zahlt. Sie unterhält augenblicklich mit einem Kostenaufwand von 6900 M. die 23 unten im Bilde dargestellten und näher beschriebenen Krüppelchen, so daß ihr noch die Besetzung von sieben Stellen mit Krüppelkindern, welche von ihren Reisenden angetroffen werden, zusteht.

Diese Hilfe kann jedoch die Norddeutsche Kunst- und Verlagsanstalt zur Linderung des erschütternden Jammers der kleinen Krüppel nur bringen, wenn die von derselben verbreiteten Gegenstände recht viele freundliche Abnehmer finden.

Jeder, der sich bei dieser irgend einen schönen, herrlichen Gegenstand bestellt, schmückt nicht nur sein Haus mit einem edlen Kunstgegenstand, sondern stützt zugleich die Arme der Barmherzigkeit; denn die Liebe, welche segnet, verdient auch gesegnet zu werden, wie geschrieben steht: „Ich will Dich segnen und Du sollst ein Segen sein."

Bei Lieferung der Gegenstände wird das Büchlein mit Geschichten „Aus der Welt der Elendesten" gratis dazu gegeben. In den nächsten Tagen wird ein Herr oder eine Dame Sie besuchen und eventuell Bestellungen entgegennehmen.

Zur Vervollständigung sei bemerkt, daß die Pfleglinge der Anstalt in der Geschäftsempfehlung mit ihren Gebrechen abgebildet sind. Jeden fein empfindenden Menschen muß es empören, daß diese unschuldigen gebrechlichen Kinder zu solchen Zwecken mißbraucht werden. Kann man sich eine häßlichere Reklame denken? Man giebt sich den Schein großer Mildthätigkeit, benutzt sie aber in ungenierter Weise zu Geschäftszwecken. Der anscheinend ganz auf christlicher Grundlage gestellte Verlag beherzigt in geschäftlicher Beziehung nicht den Grundsatz des Nazareners: Laß deine Linke nicht wissen, was die Rechte thut, — sondern sagt: Es steht geschrieben: Denn die Liebe, welche segnet, verdient auch gesegnet zu werden. Der Segen muß aber in blanker Münze erteilt werden, sonst hat es für unsre heute so materiell denkende Welt keinen Zweck. Ohne Geschäft keine Barmherzigkeit. Das ist ein Moralgrundsatz, dem man heute oft begegnet.

Wir hegen das Vertrauen in den guten Geschmack des Publikums, daß es sein Gefühl der Mildthätigkeit nicht geschäftlich ausnützen läßt.

Zur Bürgermeisterwahl. Unter den Bewerbern um den durch Brinkmanns Tod so rasch wieder frei gewordenen Posten eines zweiten Bürgermeisters von Berlin ist auch der Stadtsyndikus Meubrink, der im vorigen Jahre gegen Brinkmann unterlegen war, wieder genannt worden. Da Herr Meubrink damals nur um 8 Stimmen hinter Brinkmann zurückgeblieben war, so erschien seine erneute Bewerbung nicht aussichtslos. Es wurde diesmal aber gleich hinzugefügt, Herr Meubrink werde sich nur dann noch einmal bewerben, wenn seine Wahl von vornherein gesichert sei; sei das nicht der Fall, so werde er voraussichtlich den städtischen Dienst aufgeben und eine ihm angetragene Stelle als Mitglied des Ober-Verwaltungsgerichts annehmen. Wir hielten das für einen Schreckschuß, von dem sich Herr Meubrink Erfolg versprochen haben mochte, weil er weiß, daß er selbst bei manchem von denen, die ihn um seiner reaktionären Anschauungen willen nicht zum Bürgermeister haben wollen, als ein sonst schätzenswerter Beamter gilt. Nachdem dann gemeldet worden war, daß Meubrinks Uebertritt in das Ober-Verwaltungsgericht bereits beschlossene Sache sei, wird nun wieder die Nachricht verbreitet, seine Wahl zum Bürgermeister sei sicher. „Sicher" dürfte nur das eine sein, daß Herr Meubrink die Hoffnung auf den Bürgermeisterposten keineswegs bereits aufgegeben hat, und daß seine Freunde hinter den Coulissen eifrig arbeiten, um ihn durchzubringen. In diesem Zusammenhange gewinnt unsres Erachtens auch die Wandlung, die sich in letzter Zeit mit Herrn Meubrink in der Frage des städtischen Straßenbahnwesens vollzogen haben soll, eine besondere Bedeutung. Herr Meubrink, der früher ein heftiger Gegner des Baus und Betriebs von Straßenbahnen durch die Stadtgemeinde war, soll jetzt mit Eifer für städtische Straßenbahnen eintreten. Dieses Lob wurde ihm vor einigen Tagen in einer freisinnigen Versammlung sogar von dem in der städtischen Verkehrsdeputation sitzenden Stadtv. Dinse gespendet, der sonst nicht gerade zu den Meubrinkianern zählt. Es ist sehr wohl möglich, daß diese Bekehrung dem Stadtsyndikus manche Stimme gewinnt, auf die er anders nicht hätte rechnen dürfen. Vielleicht ist es aber erlaubt, zu fragen, wann denn die überraschende Sinnesänderung Meubrinks zuerst hervorgetreten ist. Am Ende hat der Herr Stadtsyndikus seinen „Tag von Damaskus", der ihn aus einem Saulus in einen Paulus verwandelte, erst ganz kürzlich gehabt?

Das Ergebnis der Steuereinziehung ist im Steuerjahr 1899/1900 ungefähr ebenso gewesen, wie im Vorjahre 1898/99. Die Ist-Einnahme bleibt alljährlich hinter der Soll-Einnahme um mehrere Prozent zurück, die entweder sofort niedergeschlagen werden müssen oder als Rest auf das nächste Jahr übernommen werden, um hinterher zum größten Teil ebenfalls niedergeschlagen zu werden. Im Jahre 1899/1900 sind die sofortigen Niederschlagungen etwas geringer gewesen, dafür haben sich aber die Reste vermehrt, was schließlich auf dasselbe hinauskommt. Am schwierigsten ist das Steuereinziehungsgeschäft in der Regel bei den Einkommensteuern. 1899/1900 (bezw. 1898/99) mußten bei der Gemeinde-Einkommensteuer von der Soll-Einnahme wegen Nichtverpflichtung 2,62 (2,80) Proz., wegen Unbeitreiblichkeit 1,25 (1,35) Proz., zusammen 3,85 (4,15) Proz. niedergeschlagen werden. In Rest blieben aber 1,88 (1,07) Proz., sodaß die thatsächliche Einnahme nur 94,75 (94,78) Proz. des Solls betrug. Bei der Staats-Einkommensteuer wurden wegen Nichtverpflichtung 3,01 (2,99) Proz., wegen Unbeitreiblichkeit 0,99 (1,06) Proz., zusammen 4,00 (4,05) Proz. des Steuer-Solls niedergeschlagen. In Rest blieben 1,40 (1,26) Proz., die thatsächliche Einnahme betrug mithin nur 94,60 (94,69) Proz. der Soll-Einnahme. Ueber die Einkommen von 660—900 Mark, von denen zwar schon lange keine Staats-Einkommensteuer mehr, aber leider immer noch eine Gemeinde-Einkommensteuer erhoben wird, ist im vorigen Winter bei Gelegenheit der in der Stadtverordneten-Versammlung darüber gepflogenen Verhandlungen bekannt geworden, daß hier die Einziehung kaum noch lohnt, weil die Kosten der Einziehung einen großen Teil der schließlich aufkommenden Steuersumme verschlingen. Die Steuerdeputation hatte aus diesem Grunde bekanntlich vorgeschlagen, auf die Steuern dieser Stufe überhaupt zu verzichten, und der Magistrat hatte sich dem Vorschlag angeschlossen, aber die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung hat grundsätzlich daran festhalten zu sollen geglaubt, daß auch die Einkommen von 660 M. an zu besteuern sind.

Die Mietssteuer hat im Jahre 1899/1900 dem Stadtsäckel noch 268,17 M. eingebracht. Sie ist zwar schon seit dem 1. April 1895 abgeschafft, aber noch bis 1899/1900 waren Mietssteuer-Reste aus früheren Jahren zu begleichen. In das Jahr 1900/1901 ist kein Rest mehr hinübergenommen worden, so daß die Mietssteuer-Verwaltung nun endgültig abgeschlossen ist.

Die Große Berliner Straßenbahn hat in der Entnahme von Zeitkarten folgende Erleichterung eingeführt. Die Erneuerung der Zeitkarten, welche unverändert bleiben, kann von jetzt an nicht nur in der Verkehrskontrolle der Gesellschaft, Friedrichstr. 218, wochentäglich von 10—4 (an dem ersten und letzten Wochentage des Monats von 10—6) Uhr, sondern auch wochentäglich vom 25. eines jeden Monats an sowie an den beiden ersten Tagen des Monats auf sämtlichen Bahnhöfen erfolgen. Die Karten werden dort vom 25. bis zum letzten von 9—12 und 2—6 Uhr, am 1. und 2. Monatstage von 9 bis 6 Uhr abends ohne weiteres verabfolgt. Werden bei der Erneuerung andre Strecken als bisher gewünscht, so kann dieselbe nur bei der Direktion erfolgen.

„Preßkohlen" aus Sägespänen. Unter den mancherlei Arten Heizmaterial, das zu Beginn der jetzigen Kohlenteuerung in den ärmeren Bevölkerungsklassen als wohlfeiles Ersatzmittel für die Steinkohlen versucht worden sind, haben sich die Preßkohlen aus Sägespänen am besten bewährt. Braunkohlen, Torf und Moor mögen im Verhältnis zum Preise sehr wohlfeile Brennmaterialien sein im großen Kachelofen eines Bauernhauses, in den Berliner Oefen können diese Heizstoffe keine großen Wirkungen hervorbringen. Wenn nun auch die aus Sägespänen hergestellten „Preßkohlen" nicht denselben Brennwert haben, wie die „echten", so sind sie dafür auch bedeutend billiger. Ein Vorzug dieses Heizmaterials, der für Berliner Verhältnisse sehr in Betracht kommt, ist noch, daß es leicht zu transportieren ist, keinen Schmutz verursacht und wenig Asche hinterläßt. Die Herstellung dieses Heizmaterials ist noch sehr jung, denn noch vor zwei Jahren gab es keine derartigen „Preßkohlen". Während früher auf den großen Schneidemühlen die Sägespäne meistens monatelang im Freien liegen blieben, bis sie verfault waren, haben diese Mühlen jetzt fast alle entweder eigne Sägespäne-Pressereien eingerichtet, oder mit solchen Pressereien Kontrakte auf Sägespäne-Lieferungen abgeschlossen. Es handelt sich bei diesem Geschäftszweig schon jetzt um ansehnliche Summen, die früher verloren gingen. Viele Berliner Kleinhändler verkaufen jetzt doppelt so viel „hölzerne" Preßkohlen als wirkliche und der Verbrauch dürfte sich noch heben, wenn die Herstellung sich weiter ausbreitet.

Aus Eifersucht angezeigt wurde der 25 Jahre alte frühere Koch W. Klingenberg. An der Stadtbahn 39 in Schlafstelle, der als Einbrecher große Beute an Brillanten gemacht hat. Auf sein Konto entfällt der Aufsehen erregende Einbruch bei der Bankierswitwe Grünwald aus der Friedrichstr. 80, der vor zwei Monaten auf Gummischuhen ausgeführt wurde und ihm Schmucksachen mit Brillanten im Wert von 8000 Mark lieferte. Die Beute an Edelsteinen verkaufte er an Juweliere teils auf seinen, teils auf erdichtete Namen. In der jüngsten Zeit hatte er auf seinen Lorbeern ausgeruht und war ein Verhältnis mit der Kellnerin Lieschen Witt eingegangen. Da aber das Mädchen älter ist als er, so wollte er nichts mehr von ihm wissen. Nach vorausgegangenem Streit lief die enttäuschte Geliebte zur Kriminalpolizei, um ihn aus Eifersucht und Rache anzuzeigen. K. konnte am Dienstag in seiner Wohnung verhaftet und am Mittwoch dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Infolge ehelichen Streits erschossen hat sich am Dienstagnachmittag um 2 Uhr der 41 Jahre alte Pförtner Johann Schulz aus der Stephanstraße in Moabit. Er griff in der Erregung zu einem Revolver und brachte sich einen Schuß in den Kopf bei, der ihn sofort tötete.

Angefallen und verletzt wurde der Arbeiter Lobstein aus der Schloßstraße 15 zu Charlottenburg. Auf dem Nachhausewege hatte ihn sein Schwiegersohn verlassen, als er abends nach 10 Uhr an der Scharren- und Schloßstraßen-Ecke von drei fremden Männern gestellt und mit Fußtritten und Faustschlägen solange bearbeitet wurde, bis er die Besinnung verlor. Die Missethäter entliefen darauf, als sich ein vermeintlicher Kriminalbeamter näherte, und entkamen. Die Thäter sind am Mittwoch von der Kriminalpolizei in den Tapezierern Hermann Haspe aus der Saarbrückerstr. 7a, Adolf Berthold, Obergerstr. 4 und Willi Hirschfeld, Junkerstraße, ermittelt. Alle drei sind auf einem Neubau in der Nehringstraße beschäftigt und wollen die That aus Versehen in der Trunkenheit ausgeführt haben.

Ein Einbrecher-Specialist, der 26 Jahre alte frühere Schlächtergeselle Jasniewski, ist gestern der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Er ist ein ansehnlicher Mann und benutzt dies, um mit heiratslustigen Mädchen Bekanntschaften und Liebesverhältnisse anzuknüpfen. Dabei sind ihm die Mädchen Nebensache; er heuchelt ihnen Zuneigung, um die Lage und Beschaffenheit der Wohnungen der Mädchen selbst, oft auch die Wohnungen der Herrschaften von Dienstmädchen kennen zu lernen und Gelegenheiten zu Einbrüchen auszukundschaften. Diese führte er dann entweder selbst aus oder betraute damit einen Komplicen, während er die Wohnungsinhaberinnen auf Ausgängen begleitete. Mit dem Einbruch war dann das Verhältnis zu Ende. Gestern wurde Jasniewski bei einer solchen That abgefaßt und dingfest gemacht. Bei ihm wurde ein ganzer Stoß von Pfandscheinen beschlagnahmt, die teils auf seinen eignen, teils auf fremde Namen lauteten.

In eigenartiger Weise hat der Arbeiter Ponatowski in der Hasenheide seinem Leben ein Ende bereitet. Er hatte das eine Ende einer Zuckerschnur um den Bettpfosten, das andre um sein rechtes Handgelenk geschnürt und sich dann zu Boden geworfen. Dadurch wurde der Blutumlauf im Körper gestört und vermutlich der Tod herbeigeführt. Da P. die That während der Abwesenheit seiner ihm die Wirtschaft führenden Schwester verübt hatte, so waren aus der merkwürdigen Art der Ausführung Zweifel entstanden, ob vielleicht eine dritte Hand im Spiele gewesen sei. Das hat sich aber nicht bestätigt. P. hatte seine Frau früher derart gemißhandelt, daß diese vor mehreren Monaten Selbstmord beging und wurde deswegen gerichtlich verurteilt.

Um sich das Leben zu nehmen, war gestern morgen zu früher Stunde ein Fremder in einen Gasthof in der Invalidenstraße eingekehrt. Er sollte nach der gegebenen Anordnung am Morgen geweckt werden, meldete sich aber nicht; man drang durch ein Nebenzimmer zu ihm. Er hing am Fensterriegel als Leiche; zur Ausführung der That hatte er sich eines Plaidriemens bedient. In das Fremdenbuch hatte er sich als Schneider Fritz Schütt aus Friedenau eingetragen; es ist indes sehr zweifelhaft, ob dies der richtige Name ist oder ob es sich nur um einen beliebig angenommenen Decknamen handelt, da gar keine Ausweispapiere vorhanden sind. Die Leiche wurde zum Zwecke näherer Feststellungen staatsanwaltschaftlich beschlagnahmt.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose. Im Monat Januar nächtigten im Männer-Asyl 21 586 Personen, wovon 10 012 badeten, im Frauen-Asyl 5137 Personen, wovon 1308 badeten.

Die geehrten Mitbürger werden ferner dringend um gütige Zuwendung von getragenen Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhen und Stiefeln gebeten, da bei der Ueberfüllung der Asyle die Gegenstände vortreffliche Verwendung finden. Die Sachen werden gern abgeholt, nur bittet der Verein um kurze Mitteilung auf einer 2 Pf.-Postkarte an nachstehende Adresse: Berliner Asyl-Verein, Wiesenstr. 55/59.

Oeffentliche Hygiene-Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen. Freitag, den 8. Februar. Das Thema lautet: „Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung." Seitdem man eingesehen hat, daß die Tuberkulose heilbar ist, wenn sie frühzeitig erkannt wird, und daß man auch unter Umständen ihre Entstehung verhüten kann, ist die Welt aus ihrem Gleichmut aufgerüttelt worden, mit dem sie bis dahin dieser verheerendsten aller Volkssenchen gegenüber gestanden hat. Keine andere Krankheit, weder Cholera noch Pocken, noch Pest, fordert auch nur annähernd so viel Opfer wie die Tuberkulose, welche nicht nur dann und wann die Welt heimsucht, sondern dauernd bei uns wohnt. Nirgends aber wütet sie so sehr wie in den Familien der Arbeiter, nirgends verbreitet sie sich mit solcher Leichtigkeit, wie in den Werkstätten und engen Wohnungen. Aber auch dort kann viel, sehr viel zu ihrer Verhütung geschehen, wenn nur jeder weiß, wie er sich in dieser Beziehung zu verhalten hat. Daher ist es geradezu eine Selbsterhaltungspflicht, den Vortrag über Tuberkulose zu hören und die dort gegebenen Vorschriften zu befolgen. Die Vorträge finden statt in den Schul-Aulen: Keibelstraße 31/32, Pantstr. 8, Wrangelstr. 128, Winterfeldtstr. 16. Vortragende die Herren Doktoren: Gustav Brasch, Theodor Sommerfeld, Leopold Ratkowski, Rudolf Lennhoff. Beginn pünktlich 8½ Uhr. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Aus den Nachbarorten.

Kulturaufgaben leiden nicht. Die Einführung des Schulzwangs für die Fortbildungsschule wurde wiederholt in der Rixdorfer Gewerbedeputation erörtert. Die Deputation erklärte sich fast einstimmig im Princip für den obligatorischen Fortbildungsunterricht, beschloß aber, auf eine Anfrage der Regierung zu antworten, daß Rixdorf an seine Einführung wegen der schlechten Finanzverhältnisse

nur dann denken könne, wenn der Staat die Mittel zur Verfügung stelle. Es wurde dann auch ein dahingehendes Gesuch an die Regierung gerichtet. Ferner wurde die Regierung um einen Beitrag zur Beschaffung von Apparaten und Instrumenten für den in der bestehenden Fortbildungsschule neu einzuführenden Physikunterricht angegangen. Der Gewerbe-Deputation ist nun in ihrer letzten Sitzung die Antwort unterbreitet worden. Der Minister hat die Staatsbeihilfe für den Physikunterricht abgelehnt, und auf den Antrag, für den obligatorischen Fortbildungs-Unterricht das Geld zur Verfügung zu stellen, ist die Regierung nicht eingegangen. Sie ermahnt aber trotzdem die städtischen Behörden, doch nun bald mit der Einführung des Obligatoriums zu beginnen. Die Deputation nahm lediglich davon Notiz. Da es sich in Rixdorf um ein Mehr von etwa 60 000 M. jährlich handelt, wird wohl die Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen bleiben.

Der Etat der Forbildungsschule für das nächste Jahr wurde auf 7100 M. in Ausgabe und 1210 M. in Einnahme festgestellt. Die Position: „Für Auszeichnung besonders befähigter Schüler", wurde aufgehoben und statt dessen der entsprechende Betrag für die kostenlose Lieferung von Lernmitteln an bedürftige Schüler bestimmt.

In Lichtenberg sind die Gemeindewähler aufgefordert worden, eine Neuwahl der Gemeindevertretung vorzunehmen, die sich nun aus 24 Gemeindeverordneten zusammensetzen wird. Die Wahlen der dritten Wählerklasse, in der unsre Parteigenossen acht Kandidaten aufgestellt haben, finden nicht am 12. Februar, wie erst bekannt gegeben wurde, sondern am **Mittwoch, den 13. Februar,** in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends in folgenden vier Lokalen statt.

Im ersten Bezirk: Schwarz' Konzertgarten, Dorfstraße. Kandidaten sind: Oswald Grauer, Schankwirt; Bernhard Weisfluck, Barbier.

Im zweiten Bezirk: Müllers Kronprinzen-Garten (H. Gürsch), Frankfurter-Chaussee 86. Kandidaten sind: Paul Kette, Bildhauer; Franz Wedemeyer, Kürschner.

Im dritten Bezirk: Höflichs „Schwarzer Adler", Frankfurter Chaussee 120. Kandidaten sind: Hermann Zimmermann, Schankwirt; Georg Treue, Weber.

Im vierten Bezirk: Die Aula der Schule in der Kronprinzenstraße. Kandidaten sind: Ferdinand Franke, Maurer; Karl Welk, Schriftsetzer.

Wir richten nunmehr an jeden Gemeindewähler das dringende Ersuchen, nicht nur selbst zu wählen, sondern überall, im Hause, in der Werkstelle oder Fabrik, thätig zu sein, Stimmen für unsere Kandidaten zu werben, damit es gelingt, den heute dominierenden Geldsackring in der Gemeindevertretung zu sprengen. Im besonderen richten wir an alle Berliner Arbeiter die Bitte, da, wo Gelegenheit ist, die Gemeindewähler aus Lichtenberg-Friedrichsberg-Wilhelmsberg auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, dies zu thun, und sich soweit als möglich dem Wahlkomitee, das seinen Sitz bei Grauer, Frankfurter Allee 181, hat, zur Verfügung zu stellen.

Das Wahlkomitee.

Im städtischen Arbeitsnachweis in Schöneberg war für den Monat Januar eine bedeutende Zunahme von Arbeitsuchenden zu verzeichnen. Während im Monat Dezember 84 Arbeitsuchende vorhanden waren, stellte sich diesmal die Zahl auf 287 Personen. Demgegenüber standen nur 122 offene Stellen. Davon wurden erledigt durch Einstellung 99, durch Zurücknahme 10, durch Streichung 108 und auf den folgenden Monat übernommen 20 Personen.

Einen billigen Fischfang gab es dieser Tage in Spandau und weiter stromabwärts auf der Havel. Von der Spree her, die auf der Strecke von der Charlottenburger Schleuse bis zur Mündung auch bei der stärksten Kälte nicht zufriert, kamen große Mengen Fische, die dem Anschein nach betäubt waren und an der Oberfläche schwammen. Viele Personen fingen die Fische, die sich, sobald man sie in reines Wasser legte, vollkommen wieder erholten. Die Ursache der Betäubung der Fische ist noch nicht festgestellt.

Gerichts-Zeitung.

Drei echte Rowdies, die in empörender Weise harmlose Straßenpassanten belästigt und gemißhandelt haben, standen gestern vor der III. Strafkammer des Landgerichts I. Die noch jugendlichen Angeklagten waren der Arbeiter Lange, der Artist Knuth und der Kellner Zimmermeister. Als am dritten Weihnachtsfeiertage nachts der schon bejahrte Gepäckträger B. mit seiner Ehefrau auf dem Wege nach seiner Wohnung die Landsberger Allee entlang ging, wurde er von den drei Angeklagten ohne jede Veranlassung angerempelt und mit einer Flut von Schimpfwörtern überschüttet. Er verbat sich dies und wollte weiter gehen. Die drei Burschen hinderten ihn jedoch daran und gingen alsbald zu thätlichen Angriffen über. Sie umringten das Ehepaar und hieben auf den Mann ein, der sich nur notdürftig seiner Haut wehren konnte. Sein Hut und sein Ueberzieher zeugten später von der Brutalität der Angreifer. Als der Ueberfallene endlich von einem Herrn Hilfe erhielt, nahmen die Angeklagten Reißaus, nachdem der eine von ihnen noch einen Revolver hervorgezogen und damit gedroht hatte. Es gelang, einen der Flüchtigen zu ergreifen und auch dessen Begleiter zu ermitteln. Obgleich die Angeklagten bisher unbescholten waren, hielt der Gerichtshof den Exceß doch für einen so gröblichen, daß er meinte, durch nachdrückliche Strafen eingreifen zu müssen. Er verurteilte Lange zu fünf, Knuth zu drei, Zimmermeister zu vier Monaten Gefängnis, außerdem wegen groben Unfugs zu je zwei Wochen Haft.

Die Aufforderung, einen Menschen durch Beschwörungen oder Sympathiemittel zu töten, ist nach einem im 33. Band vorliegenden Erkenntnis des Reichsgerichts nicht strafbar, so lange nicht etwas zur Ausführung dieses Verbrechens geschehen ist. Eine Frau, die ihren Mann gern los sein wollte, hatte eine Frau in Anspruch genommen, die behauptete, sie könne den Teufel kommen lassen. Sie gab der weisen Frau zur Anschaffung des „7. Buchs Moses" Geld und versprach weiteres Geld unter der Bedingung, daß sich der Teufel wirklich zeige. Es ist nicht aufgeklärt, ob die weise Frau dann den Ehemann vom Teufel holen lassen sollte, oder ob die zärtliche Gattin dem Teufel diesen Wunsch selbst aussprechen sollte. Die Strafkammer hatte dagegen eine Aufforderung zum Morde in dem Umstande erblickt, daß die auf die Wissenschaft so lüsterne Frau die andre gefragt hatte, ob sie die Leute sterben lassen könne, und ihr zumutete, zu probieren, ob sie durch Sympathiemittel den Tod ihres Mannes bewirken könne. Dies wurde verneint, die Frau dagegen einer andren Frau zugewiesen, welche die Dummheit derselben benutzte und gegen klingende Münze einige thörichte Dinge vornahm, die auf dem Gebiete der Sympathiemittel lagen. Da sie sich aber als machtlos erwiesen, war damit die Sache zu Ende. Das Reichsgericht hat diesen Schwindel nicht als Vorbereitungshandlungen zur Ausführung eines Verbrechens, sondern als Schwindel der beiden weisen Frauen angesehen und die zärtliche Gattin deshalb von der Anstiftung zum Morde beziehungsweise der Aufforderung zu einem Verbrechen freigesprochen. Die Angeklagte hatte, so führt das Reichsgericht aus, sich von dem Gedanken beherrschen lassen, der Tod ihres Mannes könne mit Hilfe des Teufels oder von Sympathiemitteln bewirkt werden, es lag ihr dagegen fern, den beiden Frauenspersonen einen physischen Angriff auf das Leben anzusinnen oder diese Form der Tötung auch nur in ihre Vorstellung aufzunehmen. Die Aufforderung hatte also die Vornahme von Handlungen zum Gegenstand, die immaterielle Kräfte erregen sollten zum Zweck physischer Wirkungen. Man kann von der Frage, ob das überhaupt möglich sei, ganz absehen, denn jedenfalls ist die Existenz der hier fraglichen Kräfte nicht beweisbar, sondern lediglich dem Glauben oder Aberglauben, der Vorstellung oder dem Wahne angehörig; sie können vom Richter nicht als Quelle realer Wirkungen anerkannt werden, sondern sind in rechtlicher Beziehung weder als taugliche, noch als relativ oder absolut untaugliche, d. h. überhaupt nicht als „Mittel" zur Herbeiführung irgend welcher Veränderung in der Welt des Thatsächlichen anzusehen. Es ist eine irrige Auffassung des § 49a, daß die Vorrichtung für ein Verbrechen hält, wenn jemand Gott oder den Teufel oder andre über- oder unnatürliche Kräfte zur Ausführung eines Verbrechens anruft: dies fällt unter kein Strafgesetz.

Zwei recht rohe Bluthaten gelangten am Dienstag vor dem Potsdamer Schwurgericht zur Aburteilung. Der aus der Haft vorgeführte Ziegelei-Arbeiter Gustav Reichstein aus Glindow bei Werder a. H. wurde beschuldigt, am Abend des 17. November v. J. den polnischen Ziegelei-Arbeiter Vincenz v. Szupinski mittels einer dicken Latte, in welcher sich lange eiserne Nägel befanden, vorsätzlich totgeschlagen zu haben. Es wurde erwiesen, daß der angetrunkene Angeklagte, nachdem er zuvor mit Szupinski, der gleichfalls angetrunken war, Streit gehabt, auf der Tiedtgeschen Ziegelei den Szupinski zu Boden geschlagen hatte. Mit der Latte schlug er dann auf den am Boden Liegenden unbarmherzig so lange ein, bis derselbe blutüberströmt und röchelnd regungslos dalag. Das Todesröcheln des Mißhandelten hielt der Angeklagte für Schnarchen und schleppte deshalb Szupinski bis zum Glindowersee, damit er sich dort ausschlafen könne. Am andern Morgen wurde die Leiche gefunden und der Angeklagte verhaftet. Szupinski hatte 8 schwere Verletzungen erlitten, darunter einen Schädelbruch und einen Bruch des Nasenbeins. Die Geschworenen verneinten den Totschlag und nahmen nur Körperverletzung mit tödlichem Erfolg an. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus; der Gerichtshof erkannte auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. — Die 2. Verhandlung drehte sich um eine blutige Messeraffaire zwischen Knechten aus dem Dorfe Grube (Kreis Osthavelland), bei welcher in der Nacht zum 15. Oktober v. J. auf der Chaussee zwischen Bornim und Grube der Knecht August Peter erstochen wurde. Aus der Haft vorgeführt hatten sich die Knechte August Schulze und Friedrich Fiedler, ersterer wegen Körperverletzung mittels eines Messers, durch die der Tod eines Menschen erfolgte, letzterer wegen Körperverletzung zu verantworten. Zu ihnen gesellten sich als Angeklagte, die auf freiem Fuß befindlichen Knechte Gustav Stage, Paul Köppe und Wilhelm Henke, welche beschuldigt sind, sich an einer Schlägerei, die den Tod eines Menschen herbeiführte, beteiligt zu haben. Schulze, Fiedler und Stage dienten in Neu-Grube und waren ohne jede Veranlassung auf die auf dem Amt Grube dienenden Knechte Köppe, Henke und den erstochenen Peter pikiert. Als sie am 15. Oktober vorigen Jahrs abends von der Tanzmusik aus Bornim heimkehrten, kam es zwischen den Parteien zum Streit. Man bearbeitete sich gegenseitig mit Messern, Stöcken und einer Schirmkrücke, wobei Schulze mehrere Messerstiche erhielt, ebenso auch Fiedler. Der erstochene Peter hatte dieselben geführt und erhielt nun selber fünf Messerstiche, von denen einer das Herz traf und seinen Tod herbeiführte. Die Geschworenen erachteten alle Angeklagten nur der Teilnahme an einer Schlägerei, die den Tod eines Menschen herbeiführte, für schuldig. Schulze erhielt 1 Jahr 4 Monate, Fiedler 1 Jahr, Stage 2 Monate, Köppe 6 Monate und Henke 3 Monate Gefängnis.

Was ist „Dunkelheit" im Sinne der Radfahr-Ordnung? Der Radler Weustelburg aus Krossen hatte sein Rad bei Mondschein benutzt, ohne daran eine brennende Laterne befestigt zu haben. Er wurde deshalb der Uebertretung der maßgebenden polizeilichen Vorschriften des Oberpräsidenten von Brandenburg angeklagt, wonach Radfahrer in der Dunkelheit eine hellbrennende Laterne am Rade mit sich führen sollen. Das zuständige Landgericht sprach ihn jedoch mit der Begründung frei, daß bei hellem Mondschein nicht von Dunkelheit geredet werden könne. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat jetzt das Kammergericht die Vorentscheidung aufgehoben und den Angeklagten zu der niedrigst zulässigen Geldstrafe von 1 M. verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Der Angeklagte sei schuldig der Uebertretung der angezogenen Oberpräsidial-Verordnung vom Januar 1900. Wenn die Verordnung von Dunkelheit spreche, dann sei darunter zu verstehen die Zeit zwischen dem Sonnenuntergang und dem Sonnenaufgang, also die Zeit, wo das Sonnenlicht fehle. Irgend welche andre Beleuchtung der Straßen und Wege, etwa durch Gas oder den Mondschein komme nicht in Betracht.

Versammlungen.

Eine gutbesuchte Protest-Versammlung gegen die Erhöhung der Getreidezölle, die von der freisinnigen Volkspartei einberufen war, fand am Dienstag bei Buggenhagen statt. Die Vorträge der beiden Reichstags-Abgeordneten Fischbeck und Müller-Sagan wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach der National-Sociale Herr v. Gerlach, der besonders für das Koalitionsrecht der Landarbeiter eintrat und ferner auf die unermüdliche Agitation hinwies, die vom Bund der Landwirte überall entfaltet wird und der nicht genügend entgegengearbeitet werde. Dann nahm der Landtags-Abgeordnete Wenzel das Wort und führte unter andrem aus, wie sich die Gutsbesitzer dagegen sträuben, ihren Arbeitern eine bessere Bildung zu ermöglichen. Schließlich wurde eine Resolution, die sich gegen die Erhöhung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel wendet und für den Abschluß langfristiger Handelsverträge ausspricht, einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, Reichstags-Abgeordneter Kopsch, forderte mehrfach dazu auf, alle kleinen Parteizwistigkeiten beiseite zu lassen und eine einmütige Volksbewegung gegen das moderne Raubrittertum der Agrarier herbeizuführen.

Herr Paul Pawlowitsch ersucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung:

In dem Bericht über die Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbands läßt mich der Berichterstatter sagen, meine Strafe wegen Kuppelei habe ihren Grund darin, „daß ich für eine Prostituierte, mit der ich ein Liebesverhältnis hatte, ein Zimmer auf meinen Namen mietete, in dem das Mädchen den unsittlichen Erwerb betrieb". Demgegenüber habe ich gesagt und das Gesagte entspricht den Thatsachen, „daß ich, als das Mädchen Schwierigkeiten mit dem Mieten eines Logis hatte, eine Stube auf meinen Namen mietete, und das Mädchen, welches zur Zeit arbeitete, erst nach Lösung unsres Verhältnisses das Zimmer zu dem angeführten Zweck benutzte, denn sonst hätte man mich nicht nur mit 7 Tagen Gefängnis bestraft. Wie der Satz in dem gestrigen Bericht lautete, läßt er den Gedanken aufkommen, daß ich das Zimmer zu dem Zweck mietete, als ob das Mädchen dort ihre Geschäfte erledigen sollte. Das war nicht beabsichtigt und ist auch nicht geschehen, nur durch meine Fahrlässigkeit oder Leichtsinn, daß ich mit dem Aufheben des Verhältnisses mit dem Mädchen nicht auch das Mietsverhältnis löste, ist es gekommen, daß ich bestraft wurde.

Die Lederarbeiter (Weißgerber, Lohgerber und Lederfärber) hielten am Freitag eine öffentliche Versammlung in Hensels Lokal, Invalidenstraße, ab. Reichstags-Abgeordneter Rosenow hielt zunächst einen Vortrag über: „Die Handelspolitik, der gewerkschaftliche Kampf und die Arbeiterklasse", der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dann gab der Vertrauensmann den Bericht über seine Thätigkeit. Die Gesamt-Einnahmen betrugen 3491,52 M., die Ausgaben 1508,68 M.; es bleibt demnach ein Kassenbestand von 1982,84 M. Nach Verweisung eines Unterstützungs-Antrags an die Vertrauensmänner heißt die Versammlung die Absendung von 30 M. an die Spitzenweber in Calais gut und bewilligt noch weitere 100 M. für diesen Zweck. Schließlich wird der Versammlung noch ein Antrag vorgelegt, der die Ablösung und volle Selbständigmachung der Zahlstelle II verlangt. Nach recht lebhafter Debatte wird beschlossen, denselben der nächsten öffentlichen Versammlung zu überweisen.

Die Stuccateure beschäftigten sich in einer gut besuchten Versammlung, die am Montag in Buskes Saal tagte, mit der Frage, ob es ratsam sei, die Sperren, welche behufs Durchführung der Lohnarbeit verhängt worden sind, weiter bestehen zu lassen. Die Lohnkommission empfahl die Aufhebung der Sperren mit Rücksicht auf die gegenwärtig herrschende schlechte Geschäftslage und im Hinblick darauf, daß ein Teil der Stuccateure sich zu Accordarbeiten anbieten und also systematisch Streikbrecherdienste leisten. Es wurde betont, daß die Abschaffung der Accordarbeit das Ziel sei, welches zu geeigneter Zeit mit aller Energie durchgeführt werden müsse, daß sich augenblicklich aber die Aufhebung der Sperre aus rein taktischen Gründen empfehle. — In der sehr eingehenden Diskussion traten die meisten Redner für Beibehaltung der Sperre ein. Der die Aufhebung der Sperren befürwortende Antrag der Lohnkommission wurde abgelehnt und beschlossen, in etwa einer Woche nochmals dieselbe Angelegenheit zu diskutieren.

Steglitz. Am 31. Januar tagte hier eine gut besuchte Volksversammlung, in welcher Zubeil über: „Die herrschende Wohnungsnot und der Kohlenwucher" sprach. In der sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag anschließenden Diskussion nahm unser Gemeindevertreter Rapp das Wort. Er gab bekannt, daß der Steglitzer Gemeindevertretung bloß zwei Mieter angehören. Eine Interpellation seinerseits, ob die Gemeinde Abhilfe in der Wohnungsfrage schaffen will, hätten die Herren am liebsten durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, ließen sich aber schließlich doch herbei, die Angelegenheit einer Kommission zu überweisen. Versprechen können wir uns ja von einer auf die Weise zusammengesetzten Gemeindevertretung nichts. Kutscher empfahl den Anschluß an die zu gründende Konsumgenossenschaft. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, welche die Gemeinde auffordert, an den Fiskus um Ueberlassung von Land der Domäne Dahlem heranzutreten. Der Vorsitzende Wilsch schloß die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, dem Wahlverein beizutreten.

Köpenick. Am Mittwoch, den 30. Januar, abends 8 Uhr, fand hier im Lokal des Herrn Scheer, Wilhelmsgarten, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem Abwehrstreik der Linoleumdrucker. Im Streik befinden sich 34 Drucker. Von der Versammlung wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den im Abwehrstreik befindlichen Druckern der Linoleumfabrik Köpenick vollständig einverstanden, spricht den Streikenden ihre Sympathie aus, verspricht denselben finanzielle und moralische Unterstützung und sucht dahin zu wirken, die Streikbrecher so viel wie möglich zurückzuhalten."

In Tegel fand am Montag eine stark besuchte Versammlung der namentlich bei Borsig und in der „Germania" beschäftigten Hilfsarbeiter statt. Paul Jahn-Berlin referierte über die wirtschaftlichen Krisen und die Notwendigkeit der Organisation. Vom Referenten wie von einigen Rednern wurde der Anschluß an den „Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter" empfohlen. Von zwei Rednern wurden noch einige Mißstände geschildert und darauf die Versammlung wegen der Polizeistunde geschlossen. Eine Tellersammlung wurde vom Gendarm verboten.

Vermischtes.

Ein Ballon des Vereins zur Förderung der Luftschiffahrt in Berlin landete nach guter Fahrt unweit des Wyschethiner Waldes bei Neustadt in Westpreußen. Bemannt war der Ballon mit dem Ingenieur Andreas und dem Lieutenant Walter vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 9. Der Ballon hatte die 400 Kilometer weite Strecke in 4 Stunden zurückgelegt und war bei einer Höhe von 5000 Meter in eine Luftschicht von 27 Grad Kälte geraten. Bei der Landung verwickelte sich ein Tau in eine Kiefer, wobei der Ballon hin und her geworfen wurde und sich die Luftschiffer kleine Kontusionen zuzogen.

Trauung im Zuchthause. Eine Dame von größter Aufopferung scheint die 25jährige Hella Ruthoff aus Berlin zu sein. Ihr Bräutigam, der Bankier Paul Müller, verbüßt zur Zeit eine siebenjährige Zuchthausstrafe wegen betrügerischen Bankrotts und wird sich demnächst mit ihr standesamtlich trauen lassen. Der Trauakt findet im Landesgerichts-Gefängnis zu Görlitz statt. Am dortigen Rathause hängt zur Zeit das standesamtliche Aufgebot aus.

Katastrophe auf den Petroleumwerken zu Baku. In Baku entstand vorgestern ein Brand in den Lagern der Kaspisch-Schwarzmeer-Gesellschaft (Rothschild), welche sechs Millionen Pud Petroleum enthalten. Der Brand erfaßte außerdem noch drei Lager mit einem Rauminhalt von zwölf Millionen Pud. Während der Löscharbeiten ergoß sich das Naphtha lavaartig und überschwemmte die Arbeiterwohnungen. Es fingen dann die Häuser an zu brennen, die schließlich gänzlich zerstört wurden. Bei der schrecklichen Katastrophe kamen viele Menschen ums Leben. Bis jetzt sind zwanzig verkohlte Leichen auf der Brandstätte hervorgezogen worden. Ueber fünfzig Personen erhielten schwere Brandwunden. Vierhundert Arbeiterfamilien verloren ihre ganze Habe. Der Brand der Lager dauert noch fort. Die benachbarten Lagerreservoirs sind in großer Gefahr. Es herrscht eine allgemeine Panik. — Am Sonntag wurden in Balachani vier Fontänen der Firma Melikoros, zwei der „Kaspisch-Schwarzmeer-Gesellschaft" und zwei, Rilski Erben gehörend, ein Raub der Flammen.

Marktpreise von Berlin am 5. Februar 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	15,30	15,28	Kartoffeln, neue,	D.-Ctr.	7,—	5,—
„ mittel	„	15,26	15,24	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	15,22	15,20	do. Bauch	„	1,20	1,—
*) Roggen, gut	„	14,15	14,14	Schweinefleisch	„	1,60	1,10
„ mittel	„	14,13	14,12	Kalbfleisch	„	1,60	1,—
„ gering	„	14,11	14,10	Hammelfleisch	„	1,60	0,90
†) Gerste, gut	„	15,40	14,70	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,60	13,90	Eier	60 Stück	5,50	3,30
„ gering	„	13,80	13,20	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
†) Hafer, gut	„	15,90	15,30	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	15,20	14,60	Zander	„	2,50	1,20
„ gering	„	14,50	13,90	Hechte	„	2,—	1,—
Richtstroh	„	7,16	6,66	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,90	6,—	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,70
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	12,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn.
†) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 6. Februar. Am heutigen Getreidemarkte herrschte ziemlich feste Tendenz infolge schwächerer Notierungen am gestrigen New Yorker Markte. Günstigere argentinische Ernteberichte und gute Ernteaussichten in Indien wurden durch geringeres Warenangebot und durch fortdauernde Klagen aus den östlichen Provinzen über Frostbeschädigung der Wintersaaten paralysiert. Lieferungspreise für Weizen und Roggen zogen um 0,25 M. an. Weizen ging später auf gestrigen Schlußpreis zurück. Hafer war etwas höher. Rüböl ließ auf Paris wieder 40 Pfg. nach.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 6. Februar 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 718 Rinder, 2275 Kälber, 806 Schafe, 10 947 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 47—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 46—49; e) gering genährte Kühe und Färsen 41—44. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 70—72, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 56—60, c) geringe Saugkälber 48—52, d) ältere, gering genährte (Fresser) 37—42. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 58—61, b) ältere Masthammel 46—54, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 42—45, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer, 55—56; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käser) 00—00; c) fleischige 52—54; d) gering entwickelte 48—51; e) Sauen 50—52. Für 100 Pfund mit 20 pCt. Tara.

Verantwortlicher Redacteur: Wilhelm Schröder in Wilmersdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.